

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis: pränumerando:
 Vierteljährlich 2,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

beträgt für die sechsgehaltene Koloniel-
 zeile oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 25 Pf.
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig-
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 19. August 1904.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Ein neuer Arenberg.

Während man jetzt in der bürgerlichen Presse in edler Be-
 tätigung christlicher Nächstenliebe darüber streitet, ob man sämtliche
 männlichen Hereros über die Klänge springen lassen oder sie „nur“
 zu langjähriger Sklaverei „begnadigen“ soll — beiläufig ein Streit,
 der sehr an die Geschichte vom Fell des Bären erinnert —, wird jetzt
 von durchaus kolonialfreundlicher Seite eine südwest-
 afrikanische Skandalaffäre bekannt gegeben, die wiederum einen
 trefflichen Beitrag zu der Frage nach der Ursache des Herero-Auf-
 standes liefert.

Wie wir in unserer Nr. 188 vom 6. August mitteilten, hatte die
 „Koloniale Zeitschrift“ des Dr. Meines in ihrer Nr. 16
 einen Fall veröffentlicht, der beweisen sollte, daß es sich in unfern
 herrlichen Kolonien nicht selten ereignet, „daß aus persönlicher
 Ränke Leute vernichtet werden sollen“. Es wurde in dem be-
 treffenden Artikel der „Kolonialen Zeitschrift“ von einem Herrn A. Her-
 furth behauptet, daß der südwestafrikanische Händler Groene-
 veld sich ein Opfer persönlicher Beamtenränke geworden sei.
 Innerhalb dreier Monate sei er durch die Gerichte zu
 fünf Jahren Zuchthaus, neun Monaten Gefängnis und 1000 Mark
 Geldstrafe verurteilt worden. Schon die endgültige Herabsetzung
 dieser Strafen auf insgesamt zwei Monate Gefängnis und 450 M.
 Geldstrafe beweise, mit welcher Skrupellosigkeit die Gerichte der
 ersten Instanz den Demunziationen gegen Groeneveld Folge gegeben
 hätten.

Der Grund für diese Demunziationen und gehässigen Gerichts-
 verfolgungen wurde von Herrn Herfurth folgendermaßen charakterisiert:
 „Alles das, weil er über die Ermordung eines Regers, nach-
 dem eine Beschwerde an die Behörde fruchtlos ver-
 laufen war, der Presse Nachricht gegeben hatte, die aber
 ebenfalls keine Notiz davon nahm.“

Der „Vorwärts“ nahm von dieser schweren Anklage gebührender-
 maßen Notiz, richtete aber gleichzeitig an den Ankläger, Herrn
 Herfurth, den Schriftführer der „Vermittlungszentrale für koloniale
 Arbeit und Kapital“, die Aufforderung, nähere Mitteilungen über
 den angeblichen neuen Fall Arenberg zu machen und namentlich
 nähere Auskunft über die Person des Mörders, der Er-
 mordeten, die Mordthat und über die Behörde zu
 geben, die angeblich nicht nur den Mord ungepönt ließ, sondern
 die ihren Ankläger noch obendrein zu „vernichten“ suchte.

Herr Herfurth ist dieser Aufforderung nur wenigstens zum
 Teil durch folgende Publikation in der neuesten Nummer der
 „Kolonialen Zeitschrift“ nachgekommen:

„Die schweren Verhaftungen des Anstellers Groeneveld und
 deren geringfügige Ursachen haben in dem größten Teil der
 deutschen Presse eine nicht unbedeutende Beachtung gefunden.
 Dazu hat aber m. E. mehr die Ermordung des Regers
 durch den stellvertretenden Distriktschef von Bethanien, Sanitäts-
 Unteroffizier Kossal beigetragen als das trübende Geschick Groene-
 velds. Wäre es anders, so hätte die Presse schon längst Gelegen-
 heit nehmen können, sich mit der Angelegenheit zu befassen, denn
 „der Fall Groeneveld“ wird jetzt hier zum drittenmal be-
 handelt unter dem gleichen oben angeführten Titel. In der
 Begründung zu dem freisprechenden Urteil in der Meines'schen
 (drei Jahre Zuchthaus und Nebenstrafen gegen Groeneveld) vor
 dem Windhuker Obergericht am 2. Oktober 1903 heißt es:

„Im Jahre 1901 entstanden zwischen dem Distriktschef von
 Bethanien, Lieutenant Baron v. Stempel, und dem Angeklagten
 mehrere Differenzen, zum Teil dadurch veranlaßt, daß der
 Angeklagte einen Sanitätsunteroffizier von der Stationsbesatzung
 wegen schwerer Mißhandlung denunzierte.“

Das Wort „schwere Mißhandlung“ ist ein etwas euphemistischer
 Ausdruck für die Art der Behandlung eines kräftigen und ge-
 sunden Regers, die innerhalb sechs Tagen zum Tode führte.
 Der Mann erhielt auf Befehl des Kossal in der an-
 geführten Zeit nur dreimal Nahrung und zwar am ersten
 Tage seiner Inhaftnahme. Vom Dienstag bis zum Sonnabend,
 dem Todestage, bekam er nichts, wohl aber versuchte Kossal den Er-
 schöpften an einem eisigen Septembertage im Schatten einer
 Mauer dadurch zur Arbeit zu ermuntern, daß er den trumm-
 geschlossenen Mann mit kaltem Wasser so lange übergoss, bis er in
 einem Kämpel lag. Um den Abfluß des Wassers zu verhindern,
 führte man um den auf der Mauer liegenden Regers einen Erdwall
 auf und froh ihn so zu Tode, da Kossal Sorge trug, daß kein
 erwärmender Sonnenstrahl den Mann treffen durfte.

Kossal hat nach seiner Entfernung von Bethanien in Windhuk
 weiter Dienste in seiner Charge geleistet. Von einer ausreichenden
 Bestrafung für seine That ist nichts bekannt geworden. Die Empörung
 über letztere hat Groeneveld veranlaßt, sich an die Presse zu wenden,
 die aber auf das Zeugnis des einzelnen Mannes hin sich nicht für
 berechtigt hielt, die Angelegenheit aufzunehmen. Auch der
 „Kolonialen Zeitschrift“ hat der Brief Groenevelds längere Zeit
 zur Verfügung gestanden. Die Bestätigung durch den vorher an-
 geführten Passus aus der Urteilsbegründung hat aber erst die
 endgültige Veranlassung gegeben, in der Sache vorzugehen.

Die Kolonial-Abteilung ist von Anbeginn an demütigt gewesen,
 dem Groeneveld zu seinem Rechte zu verhelfen. Im ganzen sind
 von ihr u. a. fünf Aufforderungen erlassen worden, den
 von dem Lieutenant v. Stempel über Groeneveld verhängten
 Woykott aufzuheben. Die ausübenden Organe im Schutz-
 gebiete, darunter auch der Gouverneur Leutwein, haben aber den
 klaren Anordnungen ihrer vorgesetzten Behörde keine Beachtung ge-
 schenkt. Nachdem endlich auf Befehl der Kolonial-Abteilung die
 Militärverwaltung von Bethanien aus Anlaß ihrer Verfehlungen
 in eine Civilverwaltung umgewandelt worden war, erhielt
 v. Stempel in Windhuk das Ehrenamt eines persönlichen Adjutanten
 des Gouverneurs.

Der Richter, der die schweren Strafen gegen Groeneveld aus-
 gesprochen hat, war der Referendar Dr. Merensky. Nachdem das
 Windhuker Obergericht Groenevelds Strafen fast auf ein Nichts
 herabgemindert hatte im Verhältnis zu den von dem Keetmans-
 hooper Gericht ausgesprochenen Urteilen, versuchte man vom

Schutzgebiete aus, den Mann auf eine andre Weise
 unmöglich zu machen. In einem Artikel des „Nieuwe
 Rotterdamer Courant“, der in mehrere deutsche Zeitungen über-
 ging, beschuldigte man ihn, den Vondelzwaarts Wagen gestohlen
 und so zum Aufstande dieser beigetragen zu haben. Die Be-
 hauptung wurde von dem Hamburger Kaufmann J. B. Meyer,
 dem Geschäftsfreunde Groenevelds, als un wahr erwiesen.

Aus den angeführten Thatfachen vermag man u. a. auch den
 Schluß zu ziehen, daß, wenn Missionare ihre Söhne, den Gouverneur
 Leutwein und den Referendar Dr. Merensky nicht besser
 zu erziehen im Stande sind, als sich aus vorstehendem ergibt, sie
 auch zur Erziehung der Farbigen nicht sehr geeignet erscheinen.“

Herr Herfurth erhebt hier also mit denkbarster Bestimm-
 heit die Anklage, daß

1. der Unteroffizier Kossal einen Regers in grausamer Weise zu
 Tode gemartert hat,
2. der Beschwerde des Groeneveld keinerlei Folge gegeben
 worden ist,
3. der Mörder Kossal in seiner Charge weiteren Dienst ge-
 leistet hat,
4. der Versuch gemacht wurde, den Ankläger Groeneveld unter
 Mißbrauch der Gerichtsgewalt zu „vernichten“.

Leider spezialisiert Herr Herfurth seine Anklagen noch immer
 nicht genügend. Offenbar bezieht er den Lieutenant Baron
 v. Stempel, die Beschwerde Groenevelds gegen seinen Unter-
 gegebenen Kossal widerrechtlich niedergeschlagen und den ihm persönlich
 anscheinend befreundeten Oberst Leutwein in seinem Interesse
 beeinflusst zu haben. Inwieweit gegen den Referendar
 Dr. Merensky die Anklage wegen wissenschaftlicher Parteilichkeit
 erhoben werden soll, ist ebenfalls nicht genügend substantiiert. Herr
 Herfurth wird sich also noch zu einem dritten Artikel entschließen
 müssen, in dem er eine aktionmäßige Darstellung des unerhörten
 Vorfalls giebt und seine Anklagen Punkt für Punkt präzisiert.

Allerdings kann auch bereits nach der bisherigen Darstellung
 Herfurths angenommen werden, daß er sich der Tragweite seiner
 herfurthbaren Anschuldigungen völlig bewußt und jederzeit in der Lage
 ist, für seine Behauptungen auch die Beweise zu erbringen! Zweifel-
 los werden die Behörden auch jetzt schon nicht mehr umhin können,
 diesem neuen Fall Arenberg ihre intensivste Aufmerksamkeit
 zuzuwenden, eine freisprende, gewissenhafteste Untersuchung einzuleiten
 und dem Volke uneingeschränkte Rechenschaft für alles Vorgekommene
 abzulegen!

Inwieweit die Angriffe Herfurths gegen die Missionare und
 Oberst Leutwein eine Verächtlichung haben, sind wir momentan
 außer Stande, zu beurteilen. Leutwein sowohl wie die Missionare
 galten bisher immer noch als diejenigen Elemente in Südwestafrika,
 die sich das lebendigste Menschlichkeitsgefühl bewahrt hatten.

Allerdings haben auch wir mehrfach konstatiert müssen, daß
 dies Menschlichkeits- und Verantwortungsgefühl bei weitem nicht so
 ausgeprägt war, wie man das von Repräsentanten des Christentums
 und der Zivilisation hätte erwarten müssen. Die Missionare haben
 viel zu lange geschwiegen und sind dann viel zu früh wieder
 verstummt! Und Oberst Leutwein hat seit jeher trotz aller
 erkennbaren guten Absichten den politischen und kolonialen
 Gegenströmungen gegenüber viel zu viel Nach-
 giebigkeit bewiesen, als daß wir ihm unbedingt Ver-
 trauen entgegen zu bringen vermöchten!

Der neue Fall Arenberg wird zeigen, ob unsere Kolonialpolitik
 der Menschlichkeit und Gerechtigkeit jede Bethätigungsmöglichkeit
 verschließt!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. August.

Ueber die Kriegsaussichten in Südwestafrika

wird der „Deutschen Tageszeitung“ von „kolonialer Seite“ ge-
 schrieben:

„In Südwestafrika hat der Entscheidungskampf begonnen, und
 alle Umstände sprechen dafür, daß er in kurzer Zeit beendet sein
 werde. Wenn die Hereros noch einen sehr hartnäckigen Widerstand
 leisten und selbst zu Angriffen auf die starken Truppenabteilungen
 übergehen, so braucht man sich nicht darüber zu wundern, weil sie
 wissen, daß sie um ihr Leben kämpfen. Die Häuptlinge haben
 sicher ihr Leben verwirft. Daß überhaupt noch eine
 größere Schaar der Hereros der Umzingelung entgegengehen
 und nach Osten oder Norden entweichen könnte,
 ist nicht wahrscheinlich. Mit Bestimmtheit läßt sich
 erkennen, daß die Hereros zusammengeleitet am Waterberg
 nur sitzen geblieben sind, weil ihr ungeheurer Troß von
 Weibern, Kindern und Hirten und namentlich die großen Vieh-
 herden ihre Fortbewegung hinderten. Aus denselben Gründen
 werden auch einzelne Stämme nicht entfliehen können, denn sie
 werden ihren Anhang nicht im Stich lassen.
 Möglicherweise könnten einige Häuptlinge allein, die
 am meisten bedroht sind, ihr Heil in der Flucht
 suchen. Die Hauptfrage ist jetzt, was macht man mit den Hereros
 nach ihrer Unterwerfung? Die Krieger werden von den übrigen
 getrennt und nach Kriegsdienst behandelt. Die große Masse
 des andren Volkes, die ein Augenzeugen auf 15000 Köpfe
 beziffert hat, wird wohl in mehreren Lagern untergebracht werden.“

Diese Auffassung klingt überaus unwahrscheinlich. Zunächst hat
 ja Trotha selbst gemeldet, daß die deutschen Truppen im Osten
 die Verfolgung starker Hererohäufen aufgeben mußten, weil das
 Wasser und die Weide ausging. Für die Hereros und ihr ebenso
 abgehartetes Vieh ist aber die mehrtägige Entbehrung von Wasser
 durchaus kein Hindernis für den Weitermarsch.

Ferner läßt der Gewährsmann der „Deutschen Tageszeitung“
 ganz außer Betracht, daß die in den Waterbergen versammelt ge-
 wesenen Hereros nur einen Teil, und nicht einmal die
 größere Hälfte, der Hereros darstellten. Er selbst spricht ja

von nur 15000 Personen, die außer den Kriegern, die auf 8000
 Mann geschätzt würden, vorhanden gewesen wären. Der Herero-
 Stamm zählte aber gegen 100000 Köpfe. Circa 10000 davon sollen
 über die Grenze entflohen sein. Rechnen wir sogar doppelt so
 viele, so müßten noch immer, wenn wir auch die bisherigen Ver-
 luste noch so hoch veranschlagen, mindestens 80000 übrig sein.
 Denn soweit kann doch die „Humanität“ unsrer südwestafrikanischen
 Kriegsführung unmöglich gegangen sein, 80000 Menschen bis auf
 20000—30000 zu decimieren!

Daß unser Kolonialmensch die 6000 Hererokrieger sämtlich „nach
 Kriegsdienst“ behandelt wissen, also wahrscheinlich totgeschossen haben
 will, sei nur kurz als Ausdruck kolonialen Humanitums festgenagelt.

Ganz anders als der Gewährsmann des agrarischen Blattes
 beurteilt ein gründlicherer Kenner die Kriegslage, sein geringerer
 nämlich als Oberst Leutwein selbst.

Der Redaktion der Drauschweiger „Neuesten Nachrichten“ sandte
 er unterm 6. Juli folgende Zuschrift:

„Ob die jetzt im Schutzgebiet befindliche Truppenmacht zur
 Niederwerfung der Hereros genügt wird, hängt von einem Faktor
 ab, welchen wir alle nicht zu übersehen vermögen, nämlich von dem
 Munitionsbefug der Hereros. Erst wenn deren letzte Patronen ver-
 schossen ist, wird der Krieg zu Ende sein. Dies schließt aber nicht
 aus, daß sie dann mit Krüden und sonstigen Handwaffen den Klein-
 krieg fortsetzen und so noch auf jahrelang den Farmbetrieb lähmen.
 Ich hoffe und wünsche, daß es nicht so kommt, aber ich fürchte es.
 In Kolonialkriegen ist eben nicht das Besiegen des Gegners das
 Schwierigste, sondern die Wiederherstellung des Friedens.“

Der Typhus hat allerdings die Kolonne Glasenapp voll-
 ständig außer Gefecht gesetzt, so daß die Truppe nach Organisation
 der Ende April herausgelassenen Verstärkungen nicht viel stärker
 gewesen ist als Anfang April, als sie die Gefechte von Ongangira
 und Ovumbo schlug. Ein durchschlagender Erfolg war daher
 wieder nicht sicher. Die durch Generalleutnant v. Trotha mit-
 gebrachte zweite Verstärkungsrate ist daher schon, um die Aus-
 fälle zu deuten, nötig gewesen. Auch jetzt herrscht der Typhus
 noch in der Truppe und reizt namentlich bei der am weitesten
 im Osten stehenden Abteilung des Majors v. Storf täglich große
 Läden.

Das sind aber Schwierigkeiten, die in jedem Kriege vorkommen
 und welche überwunden werden müssen. Wenn 3. B. in Swakop-
 mund 1000 Mann mit 1000 ostpreussischen Pferden landen, so sind
 dies noch lange keine 1000 brauchbare afrikanische Soldaten. Es
 bedarf vielmehr mehrerer Monate, bis sie sich mit ihren Pferden
 geeinigt und sich der afrikanischen Kriegsführung angepaßt haben.“

Es sieht ganz danach aus, als ob Leutwein mit seinen Ver-
 stärkungen recht behalten sollte. Trotha hat zwar — mit einem
 Verlust von mehr als 110 Mann! — den Hereros schwere Verluste
 an Mannschaften beigebracht, aber das Entkommen der Hauptmasse
 samt den führenden Häuptlingen hat er nicht zu verhindern ver-
 möcht!

Neue Jagden werden wahrscheinlich den gleichen Erfolg
 haben. Und das kann jahrelang so weiter gehen!

Auch die neueste Verlustliste der Schutztruppe für Südwestafrika
 meldet außer Gefechtsverlusten wieder eine größere Zahl von
 Todesfällen an Typhus. Als gefallen wird der Sekreite Ernst
 Marquardt, früher beim 2. Kommerzienfeldartillerie-
 Regiment Nr. 17, gemeldet, der am 24. Juli 1904 bei Ojurijsou
 den Tod fand, als verwendet bei Detachee am 2. August der
 Sekreite Arthur Vergau, früher im 7. Kommerzienfeld Infanterie-
 Regiment Nr. 54, und der Reiter Wladislaus Sworski, früher im
 5. Kommerzienfeld Infanterie-Regiment Nr. 42. Auf Patrouille
 Amhatjeto nach Ojuriarongo am 4. August: Unteroffizier Paul
 Lary, früher im Schlesischen Pionier-Bataillon Nr. 6, und der
 Sekreite Karl Hofmann, früher im Magdeburgischen Jüfuzen-
 Regiment Nr. 10. Vermißt wird der Reiter Adolf Worsche,
 früher im Westpreussischen Pionier-Bataillon Nr. 17, seit 24. Juli
 1904. Dem Typhus sind erlegen: in Crootsfontein der Lieutenant der
 Reserve Dauben, früher im 1. (Litt.) Feldartillerie-Regiment Nr. 1,
 am 21. Juli, und der Sekreite Friedrich Wilmes, früher im
 1. Ober-Schiffart. Infanterie-Regiment Nr. 167, am 26. Juli, in
 Ojisondu der Reiter Gustav Linze, genannt Strumpf, früher im
 Pionier-Bataillon Nr. 3, am 26. Juni, der Unteroffizier Ferdinand
 Riede, früher im Eisenbahn-Regiment Nr. 2, am 30. Juli, ferner
 die Reiter Hermann Wersch, früher im Leib-Rikastier-Regiment
 Nr. 1, am 2. August, Wily Gardle, früher im Jäger-Bataillon
 Nr. 5, August Dorau, früher im Feldartillerie-Regiment Nr. 53,
 und Ludwig Landmann, früher im Feldartillerie-Regiment Nr. 33,
 diese drei am 3. August, und Emil Schumann, früher im
 2. Württemberg. Dragoner-Regiment Nr. 26, am 9. August l. J.

Als eine weitere Vernehmung der Verlustliste um 11 Tote
 und 5 Verwundete! —

Oesterreichs Handelsvertragsverhandlung mit Italien.

—st- Wien, 17. August.

So rasch wie es in Norddeuschland gegangen, geht es in Venedig,
 wo zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien über den neuen Handels-
 vertrag verhandelt wird, nicht und die österreichischen Unterhändler,
 die heute, mit neuen Instruktionen ihrer Regierungen ausgerüstet,
 die Reise nach Italien antreten, werden noch oft zurückkommen, ohne
 die Votschaft von dem Abschlusse mitgebracht zu haben. Es steht
 schon heute fest, daß ein neuerliches Provisorium nötig sein
 wird. Der Handelsvertrag ist bekanntlich von Oesterreich-Ungarn
 gefündigt worden und lief mit Ende des vorigen Jahres ab. Die
 Kündigung war unvermeidlich — weil sonst nach den internationalen
 Verträgen an der Grenzbegünstigung für italienischen Wein nun auch
 Frankreich partizipiert hätte, welche neue Konkurrenz die Wein-
 produktion in Oesterreich und Ungarn nicht ertragen kann. Im
 Dezember wurde ein neunmonatiges Provisorium vereinbart, dessen
 Geltung also bereits am 1. Oktober abläuft. In diesem Pro-
 visorium, das sonst die alten Vertragsverhältnisse verlängert, ist
 die komplizierte Weinfrage dahingeregelt, daß der Ausnahmegesetz
 von 3,10 Gulden aufgehoben und der italienische Wein dem alger-

mehnen Zollfuß unterworfen wurde (24 Gulden), wofür Italien das Zugeständnis einräumte, noch einen Monat die Einfuhr zu dem Grenz- begünstigungszoll aufrecht erhalten zu können. Von diesem Zugeständnis hat es so umfassenden Gebrauch gemacht, daß in dem einen Monat Januar so viel italienischer Wein nach Oesterreich gebracht wurde, als es sonst im ganzen Jahre geschah. Das Problem ist nun, einen Vorschlag ausfindig zu machen, der ersten und Bedürfnissen der italienischen Ausfuhr genügt, ohne die österreichische Produktion so stark zu beeinträchtigen, als es bisher geschah. Das soll so gesehen, daß für ein bestimmtes Quantum von weißem Weinschnittweine ein ermäßigter Zollfuß eingeräumt wird. Was das Quantum betrifft, so wird man sich auf die Menge von 100 000 Meterzentnern leichter einigen als auf den Zollfuß, bezüglich dessen die Differenz noch sehr beträchtlich ist; die Italiener verlangen einen Zoll von 12 Kronen, wogegen Oesterreich von den 60 Kronen des autonomen Zolltarifs (ständiger Zolltarif-Entwurfes) nur auf 25 Kronen herabgehen will. Aber damit wäre die Frage noch nicht gelöst. Vielmehr muß die Ermäßigung so formuliert werden, daß sie wohl formell von jedem Staate, der Weisbegünstigung genießt, in Anspruch genommen werden kann, materiell aber nur Italien zu gute kommt. Die Ausnahmebegünstigung muß im Rahmen des Handelsvertrages verankert werden.

Bei der Schwierigkeit, welche diese vergleichsweise geringe Frage macht, ist nicht daran zu denken, daß die Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland dieses Jahr auch nur recht fortgesetzt, geschweige denn beendet werden könnten. Daß man damit in Oesterreich nicht mehr rechnet, geht aus der gesamten politischen Situation hervor, die ein Verhandeln oder Erledigen des Zolltarif- Entwurfes und der Handelsverträge absolut ausschließt.

Deutsches Reich.

Der Aleris gegen die christlichen Gewerkschaften.

Im Reiche des Bischofs Koram fand, so wird uns geschrieben, kürzlich ein Delegiertentag des Verbandes katholischer Arbeitervereine der Diocese Trier statt. Es waren etwa hundert Delegierte erschienen, wovon der dritte Teil Geistliche waren. Diese führten auch das große Wort; nur so zwischenher durfte auch ein Arbeiter den Mund aufthun. Die Verhandlungen, über die wir einen Bericht in der Dörsch- Presse finden, boten ein ungeheuerliches Bild der mehr als schaf- fählichen Gängelung und Verdummung der katholischen Arbeiter durch die Pfarrer und Kaplanen.

In den Reden ist besonders hervorsteckend die Feindselig- keit der katholischen Arbeitervereine und ihrer geistlichen Führer gegen die doch so zahmen und hilflosen christlichen Gewerkschaften. Ein stimmig nahm man eine Resolution an, die sich gegen die christlichen Gewerkschaften, für Fachabteilungen in den katholischen Arbeitervereinen (katholische „Gewerkschaften“ Berlin-Trierer Ober- banz) ausspricht.

Der zweite Teil der Resolution lautet: „Innerhalb der katholischen Arbeitervereine kann hinsichtlich der gewerkschaftlichen Organisation nur für berufliche Fachabteilungen agitiert werden.“ Also sogar die Agitation für die christlichen Gewerkschaften ist in den katholischen „Arbeiter“vereinen verboten.

Das schönste aber leistete sich der Bezirkspräsident für das Saar- gebiet, Pfarrer Hansen aus Dillingen. Seine Ausführungen über die Bestrebungen der katholischen Arbeitervereine gipfelten in dem Satz, daß diese bei der Lösung der sozialen Frage nur arbeiten könnten im engsten Anschluß an die katholische Kirche. Nicht mit a l l g e m e i n christlichen Grundfahen könne man etwas Erprob- liches leisten, sondern man müsse sich richten nach den Entscheidungen des höchsten kirchlichen Lehramts, wie die allgemein christlichen Grundfahen zweckmäßig für die jeweiligen Verhältnisse passend angewendet werden könnten. Die katholische Religion sei die Religion der Autorität, der Unterordnung und des sozialen Friedens, und eine Organisation der Arbeiter auf katholischer Grundlage liege auch im Interesse der Mächtigen dieser Erde; wenn alle Arbeiter unter katholischer Fahne organisiert seien, könnte jeder Arbeitgeber ruhig sein Haupt in jedes katholischen Arbeiters Schoß legen.

Dieser Pfarrer Hansen ist der Oberleiter der 58 katholischen Arbeitervereine des Saargebietes, die zusammen 10 500 Mitglieder zählen. Und was das Wort dieses Herrn gilt, mag man daran erkennen, daß er nach dem Bericht der „Trierischen Landeszeitung“ schon beim Festlegen des Rednerpultes mit Weisfall begrüßt wurde. Man darf dem Herrn von Herzen danken für seine Aufrichtigkeit. Denn so umschlingt hat wohl noch niemand die Absichten der katho- lischen Geistlichkeit und den Zweck der katholischen Arbeitervereine bekannt gemacht.

Schade, daß König Stamm nicht mehr unter den Lebenden weilt. Er würde dem Führer der katholischen Arbeiter seines Ge- bietes den Bruderkuß nicht vorenthalten haben, und wohl gar aus Vergnügen über so viel Gefinnungstüchtigkeit katholisch ge- worden sein.

Wie anders redete doch dieser edle Herr der Kirche als jene „Herren Pastoren“, die christlich-soziale Lust in sein Königreich einschmuggeln wollten, aber die er sich so schwer geärgert und die er auch seinem kaiserlichen Herrn demüthigt hat!

Webrigens gab zu diesem gewerkschaftsfeindlichen Vorstoß der Klerisei im Saargebiet wohl die Erfahrung den Anlaß, daß auch im Saargebiet seit dem Prozeß Krümer die Socialdemokratie be- deutend erstarkt.

Keine Ermäßigung der Eisenbahntarife. Von einer durch den Minister der öffentlichen Arbeiten empfangenen Abordnung des Bundes der Industriellen wurde beantragt, den infolge derzeitiger Be- hinderung der Binnenschifffahrt von ihnen angeforderten Notstands- tarif auf folgender Grundlage aufzubauen:

„Die königlich preussische Staatsbahnverwaltung gewährt den- jenigen Betrieben und Händlern, die direkt oder indirekt auf die Benutzung von infolge der Dürre nicht fahrbaren Wasserstraßen angewiesen sind, und ihre Kalkulation auf die billige Wasserfracht ganz oder teilweise basiert haben, eine Vergütung der Differenz zwischen der Eisenbahn- und Wasserfracht für den Zugang und Abgang von Waren, die zum Fabrikationsbetrieb erforderlich sind bezw. daraus hervorgehen.“

In Anrechnung kommt immer nur derjenige Teil der Fracht- differenz, welcher der verhinderten Benutzung einer bestimmten Wasserstraßenstrecke entspricht. Eine Vergütung der Fracht- differenz zwischen Wasserfracht und Eisenbahn findet für die- jenigen Betriebe, deren Kalkulation nicht auf Wasserfrachten basiert, nicht statt.“

Von dem Minister wurde zugegeben, daß die Industrie in zahlreichen Landesteilen infolge der großen Trockenheit und nament- lich durch Behinderung der Binnenschifffahrt Nachteile erleide und mit mehr oder weniger erheblichen Verlusten zu rechnen habe; von einem Notstand, der eine Herabsetzung der Eisenbahntarife recht- fertige, könne aber nicht die Rede sein. Es handle sich um wesent- lichen um Mehrausgaben, die einzelnen Industriellen dadurch er- wachsen, daß statt des billigeren Wasserweges vorübergehend die Eisenbahn benutzt werden müßte. Der Minister gab schließlich die bestimmte Erklärung ab, daß mit einer Ermäßigung der Eisenbahn- tarife infolge des vorübergehenden Versagens der Schifffahrt nicht gerechnet werden könne.

Die Kapitalisten wünschen jeden Einnahmeverlust sofort vom Staat ersetzt, und wenn sie Agrarier sind, erhalten sie ihn auch mit Wucherzins. Bisher aber wurde für arbeitslose Proletarier nie- mals auch nur ein Pfennig aus Reichsmitteln gegeben.

Russische Konsula in Deutschland. Die russischen Freunde und die russischen Verbände verdrücken gelegentlich auch Leute, die nicht in den Verbaht kommen, an einem hochverehrten Geheim- bunde gegen Ausland beteiligt zu sein, nämlich dann, wenn sie selbst, — wenn auch nur in sehr schwacher Form — russisch be- handelt werden.

In der nationalliberalen „National-Zeitung“ erzählt so ein rußland-verdrossener Staatsbehaltender seine Erfahrungen mit russischen Behörden:

„Auf Grund ärztlicher Verordnung beabsichtige ich den am 13. cr. Ham- burg verlassenden Dampfer „Einigkeit Victoria Luise“, der auf seiner Rundreise auch die russischen Häfen Gelsingfors und Petersburg berührt, zu benutzen und begab mich zwecks not- wendiger Versicherung meines Passes am 29. Juni auf das hiesige Konsulat, das eine direkte telegraphische Anfrage bei dem Mini- sterium des Innern in Petersburg für erforderlich hielt. Der Entwurf zu diesem Telegramm wurde mir vom hiesigen Konsul aufgesetzt und daselbe ging mit bezahlter Adantwort am gleichen Tage nach Petersburg ab.“

Von der Sommerreise aus, in welche ich mich ebenfalls auf ärztliche Verordnung begeben mußte, reklamierte ich am 2. cr. durch mein Personal beim hiesigen Konsulat den Bescheid, doch wurde mir die Mitteilung, daß eine Antwort von Petersburg noch nicht eingegangen sei und daß man hierseitig darin auch nichts thun könne.

Da ich meinen Platz auf dem Dampfer in der leider irrigen Voraussetzung, daß meiner Reise nichts im Wege stehe, bereits belegt hatte und mich das Ausbleiben des Bescheides unruhig machte, reiste ich persönlich am 8. cr. hierher, um auf dem Konsulat selbst vorstellig zu werden.

Der Konsul, der von meinem ersten Besuche her wußte, daß ich krank war und dem ich überdies sagte, daß ich extra aus der Sommerreise gekommen sei, um mich nach dem Verbleib der russischen Genehmigung zu erkundigen, ließ mich nicht einmal Platz nehmen, lies mir aber dafür gerade wie bei meinem ersten Besuche den Dampf seiner Cigarette ins Gesicht.

Ich suchte ihn zu veranlassen, auf meine Kosten nochmals nach Petersburg zu telegraphieren, was er indes mit dem Bemerkten ablehnte, daß der Bescheid ebenfugot sofort, als auch erst in 14 Tagen eintreffen könnte.

Am wandte ich mich am 8. cr. brieflich an die russische Botschaft nach Berlin, und auch daraufhin wurde mir bis zum 12. d. M. kein Bescheid. Ich mußte infolgedessen die mir gesund- heitlich notwendige mit vielen Kosten vorbereitete Nordlandreise aufgeben sowie den bereits belegten Platz im Stiche lassen.

Jetzt, am 13. d. M., nachdem es selbstverständlich zu spät ist und der Dampfer Hamburg bereits verlassen hat, wird mir vom russischen Generalkonsulat in Berlin der Bescheid, daß mein Paß in Berlin officiert werden kann!

Der Grabe sieht sich schon tödlich in seinen Gefühlen verletzt, weil ein russischer Konsul ihm Rang ins Gesicht bläst und er seinen Paß erst nach ein paar Wochen erhält! Er würde vermutlich schon Terrorist geworden sein, wenn ihn der Russe die Treppe hinunter geworfen hätte. Im übrigen behandelt die russische Behörde deutsche Reichsbürger so, wie es Bülow und Schönstedt nur wünschen können.

Eine Polizeischule an der russischen Grenze. Der obersteleische Industriebezirk hat eine Polizeischule erhalten, in der Amis- diener und Polizeibeamtente praktisch und theoretisch — hofentlich nicht von russischen Lehrern — für ihren Dienst besser ausgebildet werden sollen. Auch mit den Anforderungen, welche die wachsende polnische und sozialdemokratische Bewegung an die Beamten stellt, wird in „gutgefunten“ Blättern die Notwendigkeit dieser Polizei- schule erklärt. Die Polizeibeamtente sollen also wohl besonders auf den Polen- und Socialistenfang dressiert werden.

In einem bürgerlichen Blatt, dem „Oberstl. Tageblatt“, nimmt ein Polizeibeamter anonym das Wort, um nachzuweisen, daß diese Polizeischule ihren Zweck, tüchtige Beamte zu schaffen, gänzlich verfehlt. Bei durchschnittlich 16 Stunden Dienst täglich bliebe den Beamten weder Zeit noch Kraft, Geleg- und Instruktionsbücher zu studieren. Daß die obersteleischen Polizeibeamtente zum Teil minderwertig seien, giebt der Artikel- schreiber zu, doch sei es unmöglich, für die gebotenen Gehälter — oft 30 bis 45 M. monatlich! — bessere Kräfte zu gewinnen. Auch eine würdigere Behandlung durch die Vorgesetzten wird gefordert. Daß sich obersteleische Polizeibeamtente betant in die Dienstlosigkeit flüchten, zeigt wohl, wie traurig es um die Dienstverhältnisse dieser Beamten aussieht.

Ausland.

Die amerikanische Wahlkampagne.

Im politischen Drogenkessel zischt und brodelst es. Die ver- schiedenen Suppen werden eingebrakt, die „Bruder Arbeiter“ aus- essen soll. — Die Demokraten wollen beweisen, daß sie nicht gar so leicht zu besiegen sind, wie die Republikaner es sich vorstellen. An Roosevelt lassen sie kaum ein gutes Haar, und den Tugenden ihres Kandidaten Parker, eine bis dahin unbekannte Größe, werden die schönsten Lob- und Preislieder gesungen. Dabei wird der Vice-Präsidentkandidat Davis von West-Virginia nicht vergessen. Ganz im Gegenteil. Mit diesem Kandidaten haben die Demokraten einen jamosen Griff in Fortunas Hülfhorn getan. Dieser Mann hat nämlich das Geld zu einer amerikanischen Wahlkampagne. Er hat eine Million Dollar in den demokratischen Wahlfonds ge- than, was er leicht verschmerzen kann, denn er ist wenigstens ein zwanzigfacher Millionär und besitzt Eisenbahnen, Bergwerke, Banken etc., die ihm täglich neue Berge Gold bringen. Jetzt haben sich W. J. Bryan, die demokratische Organisation Tompkins Hall und die Zeitungslönlige Hearst zur Unterstützung von Parker und Davis bereit erklärt; dem „tauben Kelter“ Roosevelt wird es warm werden im Kampfe. Die Republikaner unterschätzen die Stärke der feindlichen Linie nicht, aber sie fühlen sich trotzdem hegemonisch. Kennerst fatal dagegen sind ihnen die vielen Streiks, die gegen- wärtig ausgebrochen sind; sie fürchten eine Verstärkung der Arbeitermassen gegen Roosevelt.

Von den verbündeten Gewerkschaften in Chicago ist der Ruf zur Bildung einer „Nationalen Arbeiterpartei“ ergangen. In dem Rufus heißt es, daß weder Republikaner noch Demokraten das Vertrauen der Arbeiter verdienen. Versuche dieser Art sind nicht neu, aber noch immer selbtschlagend. Vor dem An- schluß an die sozialistische Partei sprechen die Gewerkschaftler noch vielfach zurück, aber dieselbe macht ruhige und stete Fortschritte, und sie bemüht sich überall, das Vertrauen der organisierten Arbeiter zu gewinnen. Ein Zeichen, daß der Socialismus an Bedeutung in Amerika wächst, liegt darin, daß derselbe immer häufiger in großen Zeitungen zum Gegenstand von Leitartikeln gemacht wird, während er früher kaum der Erwähnung wert gehalten wurde.

Die Populisten (Volls-Partei) wollen wieder selbstständig ihr Glück versuchen unter Führung von Thomas C. Watson aus Georgia. Dieselben rechnen besonders auf Unterstützung aus den Kreisen der Farmer. Neben den Republikanern und Demokraten ist es noch keine Partei gelungen, festen Fuß zu fassen, außer den Socialisten, die seit dem Jahre 1888, als sie 2068 Stimmen erhielten, stetig ge- wachsen sind bis 1902, als sie 225 003 Stimmen zählen konnten. Dabei verfügte die Partei nicht einmal über das Nothmittel einer Presse, wenigstens nicht in genügendem Maße; es giebt außer einigen täglichen deutschen Zeitungen nur eine Anzahl englischer Wochenblätter im Dienste der Partei.

Die amerikanische Arbeiterfederation und die nächsten Wahlen. Die amerikanische Federation of Labour hat ihre Mitglieder angewiesen, den Kandidaten zum Kongreß bei den nächsten Wahlen folgende Fragen vorzulegen: Sind Sie für voll- ständige Koalitions- und Streikfreiheit (gegen die gerichtliche Einmischung, beziehentlich das Verbot der Streikposten)? Werden Sie für unser Achtstundens- Gesetz stimmen? Sind Sie für die Souveränität des Volkes, indem Sie für Ein- führung des Referendums stimmen? — Verlangt wird ein bestimmtes einfaches Ja oder Nein. Erfolgt ablehnende oder keine Antwort, so sollen die Mitglieder des Arbeiterbundes alle Kraft einsetzen, den betreffenden Kandidaten durchfallen zu lassen.

Die Federation of Labour, unter der Führung des Herrn Gompers, lehnt nicht jede politische Betätigung strikte ab, weil Politik die Gewerkschaften schädigen und ruinieren könne. Noch auf dem letzten Kongreß donnerte der Präsident Gompers in stundenlanger Rede nicht etwa gegen bürger- liche Politiker, sondern gegen die Socialisten. Wie das Obige zeigt, kommen die Arbeiter ohne politische Betätigung eben nicht vor- wärts; anstatt sich aber an die bürgerlichen Politiker zu halten, wäre es bei weitem klüger und einfacher, wenn die Mitglieder des Bundes socialistische Abgeordnete in den Kongreß wählten; deren Eintreten für die obigen Forderungen wäre von vornherein sicher und zuverlässig.

Schweiz.

Militärdienstverweigerung bei Streiks. Wir konnten in der letzten Zeit wiederholt berichten, wie auch in der Schweiz die Miliz bei Streiks gegen die Arbeiter zu Hilfe gerufen wird. In diesen Vorgängen hat dieser Tage die Section Zürich des Schwei- zerischen Metallarbeiter-Verbandes Stellung ge- nommen. Nach längerer Diskussion wurde einstimmig folgende von einem schweizerischen Milizsoldaten gestellte Resolution an- genommen:

„Der Schweizerische Metallarbeiter-Verband, Section Zürich, betrachtet die letzten Militäraufgebote gegen friedliche, nur um ihre bessere Existenz kämpfenden Arbeiter als eine Brutalität und einen frechen Eingriff in unsere Rechte. Er läßt den Central- vorstand ein, in Tausenden von Flugblättern die Arbeiter der ganzen Schweiz aufzufordern, bei Aufgebots in den Militärdienst wegen einem Streik den Gehorsam zu verweigern, mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln gegen den Militarismus zu kämpfen, und fernerhin diejenigen Kollegen, die wegen einem Streik nicht einrücken und dafür bestraft werden, moralisch und materiell zu unterstützen.“

Ferner wurde der Wunsch ausgedrückt, daß sämtliche politische und gewerkschaftliche Organisationen der Schweiz in gleicher Weise gegen diesen neuesten Auswuchs des Kapitalismus protestieren.

Rußland.

Die Not. Aus Rußisch-Polen kommen fortgesetzt Nachrichten über furchtbares Elend der Bevölkerung, sowohl der städtischen wie der bäuerlichen. Von den die sogenannten „Articles de Varsowio“ herstellenden Warschauer Fabriken wurden 9000 Arbeiter ent- lassen. In Lodz wurden 60 000 Arbeiter durch Verkürzung der Arbeitszeit um zwei bis vier Stunden täglich hart betroffen. Auch in den andern Fabriksstädten Rußisch-Polens, besonders in Wialyslod, sieht es tröstlos aus. Die Lage wird durch die ge- waltige Verteuerung aller Lebensmittel noch bedeutend verschärft.

Aus den Dörfern Rußisch-Polens werden täglich große Brände gemeldet. Viele zur Verzweiflung getriebene bäuerliche Wes- siger stehlen ihre Besitztungen selbst an, um durch die Versicherungssumme die Mittel zur Bestreitung des Lebens- unterhalts zu gewinnen. Die furchtbare Dürre giebt diesen Bränden solche Ausdehnung, daß oft ganze Dörfer eingedäschert werden. So wurde dieser Tage das Dorf Krystaf mit 110 Ge- händen, zahlreichem Vieh und der Ernte vernichtet. In Chmielnik fielen 19, in Kuford 34, in Swadnik 41, in Wschadow 28 Besitztungen dem Feuer zum Opfer. In letzterem Dorf wurde der Brandstifter beim Anzünden seines Hauses gefehen und von den andern Dorf- bewohnern gelyncht.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Zur Belagerung von Port Arthur

wird gemeldet: London, 18. August. Das „Renterische Bureau“ meldet aus Tokio von gestern abend: Wie verlautet, meldete der Kommandant der Belagerungssarmee, daß der Kommandant von Port Arthur die Aufforderung zur Uebergabe der Festung abgelehnt habe ebenso wie mit Dank das Anerbieten des Kaisers von Japan, die Nichtkämpfer aus der Festung abgehen zu lassen.

Tschiifu, 17. August. (Meldung des „Renterischen Bureau“.) Die Japaner führen in die Tauben-Ducht ein und rücken von Walingtsching aus, zwei Meilen nördlich von Port Arthur, gegen die Festung vor. In der letzten Nacht wurde Port Arthur von der Tauben-Ducht her bombardiert.

Yokohama, 17. August. Hier ist ein Telegramm aus Tschiifu eingelaufen, demzufolge die russische Flotte, die erst am Abend vorher nach Port Arthur zurückgekehrt war, gestern morgen aus dem Hafen ausgelaufen ist, um sich vor dem Artilleriefeuer der Japaner in Sicherheit zu bringen. Die Japaner segten die Beschießung bis 2 Uhr fort.

Heber die russische Schlachtflotte

Bringt „Daily News“ folgende Zusammenstellung: Von den Schlachtschiffen befinden sich, mehr oder weniger beschädigt, fünf in Port Arthur, eins, der „Czarewitsch“, ist in Tjingtau debarmiert, der „Petropawlowsk“ ist gesunken. Von den Kreuzern befindet sich der „Asold“ in Shanghai, „Vallade“ und „Diana“ wahrscheinlich in Port Arthur, der „Rowik“ auf Flucht in See, der „Vagan“, durch Mine beschädigt, in Port Arthur, zwei Kreuzer endlich sind gesunken. Von den Torpedo-Zerstörern ist einer mit Beschlag belegt in Chaiu, einer gestrandet und drei sind in Tjingtau debarmiert worden. Von dem Wladimiroff-Geschwader ist der „Murik“ gesunken, drei Kreuzer befinden sich mehr oder weniger beschädigt wahrscheinlich im Hafen von Wladimiroff. So ist die ganze russische ostasiatische Flotte teils ganz zerstört, oder doch secundärlich gemacht; die übrigen Schiffe sind nach allen Richtungen hin ver- sprengt und durch Debarmierung unschädlich gemacht. Zur See ist somit Rußland schon jetzt als vollkommen geschlagen zu betrachten.

Die russischen Schiffe in Shanghai.

London, 18. August. Das „Bureau Reuter“ meldet aus Shanghai unter dem 18. August, daß das Eintreffen der japanischen Flotte dort erwartet wird; Japan sei entschlossen, die sofortige Ausfahrt der russischen Schiffe aus Shanghai zu verlangen oder deren Entlassung nach dem Vorbild von Tjingtau zu erzwingen. Die den russischen Schiffen zum Verlassen von Shanghai gestellte Frist war bereits am 14. August, 2 Uhr nachmittags, abgelaufen.

Aus Kiautschau

wird über Petersburg gemeldet, daß eine allgemeine Be- wegung der japanischen Truppen nach Norden im Gange ist; man schlägt daraus auf neue Pläne gegen den äußersten linken Flügel der Russen. Von der Armee Aurokis holen Teile nordwärts über Saimatie aus. Rodzias Armee rückt vom Modulnaph aus vor: Da stößt sich auf den Dalnupah. In der Gegend von Kintichwang führen drei japanische Regimenter, die von der Insel Formosa übergeschifft worden sein sollen, Demonstrationen aus. Alle Bewegungen werden verlangsam

durch den Regen, der die Wege vielfach zerstört hat; zumal im Gebirge sind alle Verbindungen unterbrochen. Die Jaguntschusen erscheinen in großen Massen in den Flußthälern.

Vom Wladiwostok-Geschwader.

London, 18. August. Eine Tokioer Drahtung besagt, Kamimura verständigte die Regierung, er habe die Einfahrt von Wladiwostok verweigert und hoffe das Einlaufen der russischen Schiffe verhindern zu können.

Wladiwostok, 17. August. (R. S. T. S.) Die Panzerkreuzer „Kossija“ und „Gromoboi“ sind heute hier eingelaufen.

Ein nächtliches Handgemenge im Motien-Paß.

Schildert der Kriegskorrespondent des „Daily Chronicle“, Mr. Donohoe, folgendermaßen:

Eine kleine japanische Abteilung hielt den Paß, den die Russen geräumt hatten, auf der Liaopang-Seite besetzt, und die Russen beabsichtigten, diese Abteilung gefangen zu nehmen oder niederzumachen. Die Abteilung bildete den am weitesten vorgeschobenen japanischen Posten, und da sie wußte, daß der Feind in beträchtlicher Stärke vor ihr stand, beobachtete sie die strengsten Vorsichtsmaßregeln, um sich gegen eine Ueberraschung zu sichern. 180 Meter von dem Hause entfernt, wo die Abteilung ihren Stützpunkt hatte, stand abseits der Landstraße eine Schilddüne. In der frühen Morgenämmerung, als ein schwerer grauer Nebel alles umhüllte und die Dinge auf kurze Entfernung unsichtbar machte, hörte die japanische Schilddüne den gleichmäßigen Schritt marschierender Soldaten auf der Landstraße näherkommen. Bald darauf erschien im Nebel die Spitze der heranmarschierenden Abteilung. Es war ein russisches Bataillon, das in dichter Formation marschierte. Die Schilddüne glaubte Japaner vor sich zu haben und blieb ruhig. Bald jedoch entdeckte der Soldat, daß es nicht Japaner, sondern Russen waren, wie sich später herausstellte, vom 10. sibirischen Regiment, das bei Kuslenscheng so tapfer kämpfte. Sein Anruf „Tomare, Tare Dai!“ (Halt! Wer da?) waren die letzten Worte, die er noch rufen konnte. Ein russischer Soldat stand schon vor ihm und nahm ihn im nächsten Augenblick aufs Bajonett. Die japanischen Soldaten im Hause hörten jedoch seinen Anruf und, als keine Antwort erfolgte, vermuteten sie eine Ueberraschung, griffen zu ihren Gewehren und stürzten aus dem Hause, das sie bereits von den Russen umringt fanden. Im halben Licht des aufdämmernden Morgens fand ein verzweifelter Nahkampf zwischen Russen und Japanern statt, in welchem als Keulen benutzte Gemechfolben und aufgespannte Bajonette furchtbare Arbeit taten. Die Japaner, die in der Minderzahl waren, kämpften mit ihrer bekannten wilden Tapferkeit. Sie zählten nur 38 Mann. Fast der dritte Teil von ihnen war bereits gefallen, ehe die übrigen den Paß räumten und sich kämpfend auf die nächste japanische Abteilung zurückzogen. Die Russen drängten in scharfer Verfolgung hinter den Japanern her, bis diese durch zwei Compagnien verstärkt wurden und nun ihrerseits zum Angriff voringingen. Ein neues Handgemenge entstand nun. Die japanischen Offiziere stürzten sich, die Gebote der Klugheit völlig außer acht lassend, mit ihren zweihändigen Schwertern, die sie von ihren Samurai-Vätern ererbt hatten, in den Kampf. Ein japanischer Feldwebel löppte mit einem Streich einen russischen Leutnant vollständig. Noch einen zweiten schlug er nieder, aber im nächsten Augenblick gruben sich ein halbes Duzend Bajonette in seine Brust. Als man seine Leiche nachher herausholte, wies sie 14 Bajonettwunden auf. Mit wilder Wut ging der Kampf um die wenigen Fußbreit Boden im Paße weiter. Eine Zeitlang war das Gewirr so groß, daß Feuerwaffen nicht gebraucht werden konnten, da jeder fürchten mußte, seine eignen Soldaten zu treffen. Schließlich wurden jedoch die Russen zurückgeschlagen. Die Japaner hatten 16 Tote und 30 Verwundete, die Russen 35 Tote und 44 Verwundete.

Internationaler Kongreß in Amsterdam.

Die Taktik-Frage in der Kommission.

Amsterdam, 16. August 1904. (Fig. Ver.)

Die Debatte eröffnet Suesde, der vorausschickte, daß die Franzosen kein Urteil verlangen über ihre inneren Streitigkeiten; diese könnten sie selber ausfechten. Aber gegen ein Uebel, das international in Erscheinung tritt, muß internationale Sicherheit geschaffen werden.

Jaurès ist mit der Absicht der Versöhnung gekommen. Auch in seinen eignen Reihen giebt es Genossen, die da meinen, man könne auch zu weit und zu rasch gehen in der Jagd nach Augenblickserfolgen. Suesde sagt, die französischen Streitigkeiten könnten im eignen Lande ausgefochten werden; gewiß, die Deutschen, Italiener und Belgier haben ihre Streitigkeiten auf den eignen Kongressen behandelt, im Gegensatz zu Suesde und seinen Freunden; nun seien diese wohl auf den Gedanken gekommen, von dem internationalen Proletariat Hilfe zu holen; sie suchen beim Internationalen Kongreß Unterstützung gegen ihre Erfolge, gegen unsere Politik. Es ist eine Frage der Kompetenz; sicher kann der internationale Sozialismus sich darüber aussprechen, aber sofern er nicht mehr urteilt über Prinzipien und allgemeine Regeln, sondern über die Ausführung in einem bestimmten Lande, muß er vorsichtig sein. In den Lebensverhältnissen der einzelnen Länder existieren große Unterschiede, und der Kongreß kann keine für alle Fälle bindende Vorschriften erlassen. In der Mehrheit sind die hier Anwesenden in der Republik geboren, und nun sollt ihr schon auch eure Meinung über den russischen Terrorismus und seinen socialdemokratischen Kritikus Plechanow abgeben, und vielleicht später auch noch über die Teilnahme der deutschen Partei an den preussischen Landtagswahlen. Man sagt, daß wir durch unser Zusammenwirken mit den bürgerlichen Klassen den Sozialismus schädigen. In dieser Auffassung haben wir keinen Anlaß gegeben; wir führen den Klassenkampf und erklären, daß die Gesellschaft ihr Gleichgewicht erst finden kann nach Ueberwältigung des Kapitalismus. Aber wir wollen den Interessen des Proletariats dienen dadurch, daß wir einen Anfang machen mit seiner Befreiung durch Beförderung der Volksschule und gesetzlichen Arbeiterschutz. Was immer dieser Kongreß beschließen mag, das, was wir dem französischen Proletariat haben erringen helfen, kann ihm nicht mehr genommen werden. Die Dresdener Resolution, die jetzt international gemacht werden soll, versäumt zu sagen, daß es unwahr ist, daß es außerhalb des Proletariats nur eine reaktionäre Masse gebe und daß es den Arbeiterinteressen widerspreche, wenn man die vorgeschrittenen Elemente der Bourgeoisie für sie in Anspruch nehme. Die Frage der Teilnahme an einer bürgerlichen Regierung existiert für uns Franzosen nicht mehr, und wir wünschen nicht, sie wieder aufheben zu lassen. Die Deutschen haben durch ihre Resolution die Thüre einen Spalt weit aufgemacht, aber sie haben weder den Mut, sie ganz zu schließen, noch den, sie weiter aufzumachen. Sollen die französischen Arbeiter nach der Annahme dieser Resolution den Streit gegen Merkismus und für Socialreformen aufgeben? Der internationale Sozialismus sollte einer Politik nicht den Weg verstopfen wollen, die die Befreiung des französischen Proletariats fördert und die unter ganz andern Verhältnissen als in Deutschland angewandt wird. Unsere Politik gilt für ein durch die große Revolution demokratisiertes Land. Güte Euch, Ihr Deutschen, die Kluft zwischen zwei großen Fraktionen des Proletariats zu vertiefen. Wir erheben stolz den Anspruch darauf, unsere eigene alte Methode zu behalten.

Kautsky verteidigt namens der deutschen Socialdemokratie die Dresdener Resolution und wünscht ihre internationale Geltung. Sie schließt sich an die Pariser Resolution Kautskys von 1900 an, die mit Nachdruck betont, daß die Regierungsgewalt nicht Stückweise erobert werden kann, daß die Socialdemokratie nur in ganz besonderen Ausnahmefällen an einer bürgerlichen Regierung teilnehmen darf und nicht danach streben soll. Kann man taktische Regeln für alle Länder aufstellen? Da muß man unterscheiden zwischen den Regeln selbst und ihrer Anwendung. Die Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen war nur die Anwendung der Regel, und das bleibt der Partei jedes Landes überlassen. Die deutsche Partei hat immer am Princip des Klassenkampfes festgehalten; sie unterstützt auch die liberale Bourgeoisie bei den Stichwahlen, doch nicht, wie die

Franzosen es thun, auch dann, wenn sie reaktionär ist. Die Annahme der Resolution würde ein großer Vorteil für den Klassenkampf in allen Ländern sein.

De Leon (Socialistische Arbeiterpartei der Vereinigten Staaten) empfiehlt das völlige Schließen der Thüre zur bürgerlichen Regierung. Er bringt eine Resolution ein, die dahingehet, daß die Socialdemokratie nicht ohne Verrat an den Interessen des Proletariats eine Position einnehmen kann, die sie nicht erobert hat.

Dr. Victor Adler (Österreich): Wir wollen von der Dresdener Resolution, die in knappen Sätzen den Klassenkampfstandpunkt ausspricht, nicht abweichen. Hier aber sollen wir Regeln aufstellen über die Taktik unter ganz konkreten Umständen in einem ganz bestimmten Lande zu einer ganz bestimmten Zeit. Das aber halte ich für unmöglich, so wünschenswert es wäre. Ich sage nicht: wir sollen nicht, sondern: wir können nicht. Niemand wäre dankbarer als ich, wenn man mir für alle zweifelhaften Fälle eine Regel der Entscheidung gäbe. Ja, wenn wir eine solche Norm für den Klassenkampf finden könnten, wie er allein geführt werden darf! Aber die Taktik ist abhängig von den Umständen. 1900 zwang uns der Fall Willerand zu einer Entscheidung, und wir dachten nur an diesen einen bestimmten Fall. So entstand die Resolution Kautsky. Faktisch ist der Fall Willerand heute erledigt und wir haben es mit einer weit gefährlicheren Sache zu thun, die durch die Kautskysche Resolution nur ganz ungenügend erledigt wird: mit der autonomen Mitregierung einer großen socialistischen Gruppe an einer bürgerlichen Regierung, ohne daß eine einzige bestimmte Person die Verantwortung trägt. Ein Einzelner kann, wenn er für den Jaren und das Niederschießen von Streikenden eintritt, abgeschüttelt werden; hier aber gilt es einer Partei, die den socialistischen Namen trägt. Es wird eine schwere Enttäuschung für das Proletariat geben, wenn die Socialdemokratie sich auf diesen Weg begiebt. Ich sehe der Entwicklung mit Furcht und Trauer zu. Aber wie ich für meine Handlungen verantwortlich bin, so kann ich hier nur mit aller Schärfe zu den Jaurèsisten sagen: Thut es nicht! Aber ich beurteile nicht, ich schließe nicht aus. Die Dresdener Resolution ist eine ausgezeichnete Principienerklärung, das kann nicht scharf genug gesagt werden. Aber wir dürfen auf dem internationalen Kongreß keine Verurteilung aussprechen, die erst in drei oder vier Jahren revidiert werden kann. Wir müssen uns auf die positive Erklärung des Klassenkampfstandpunktes beschränken und das internationale Proletariat davor warnen, diesen Weg zu verlassen. Aber wir dürfen die Minderheit nicht brandmarken, keine Verurteilung, keinen Vornachdruck aussprechen.

Konbanowitsch (russische revolutionäre Partei) wirft Jaurès vor, daß er dem Jaurèsismus gegenüber Mäßigung empfohlen habe. Wenn im „Bloc“ Disciplin sein muß, so muß sie auch in der internationalen Socialdemokratie sein.

Vanderelde (Belgien) schließt sich Adler an. Alle belgischen Parteigenossen halten international bindende Regeln für die Taktik für unmöglich. Nur eine Befestigung der Principien kann der Kongreß aussprechen und sagen, daß niemand den Klassenkampf durch das Zusammenwirken der Klassen erzeigen will. Die Resolution Kautsky von 1900 war viel klarer, als die für Deutschland berechnete Dresdener Resolution, die nicht einmal die Teilnahme an der Regierung verbietet. Gewiß ist es gefährlich, wenn ein socialdemokratisches Blatt das offizielle Organ eines Bourgeoisministeriums wird. Aber keine Verurteilung, keine Verbanung! Vereinen ist unsere Aufgabe nicht trennen. Redner beantragt, in der Dresdener Resolution die Ausdrücke der Verurteilung zu streichen, dagegen den positiven Teil der Principienerklärung unverändert aufrecht zu erhalten. Außerdem soll der Schluß lauten: Betreffend die Anteilnahme an der Regierungsgewalt innerhalb einer bürgerlichen Gesellschaft, erneuert und bestätigt der Kongreß die Resolution Kautsky von 1900.

Ferri-Rom: Jaurès macht einen zu großen Unterschied zwischen Theorie und Taktik. Die beiden lassen sich auch auf einem internationalen Kongreß nicht trennen, sonst beschränkt man sich auf vage platonische Diskussionen. Gewiß ist die Bourgeoisie nicht eine reaktionäre Masse, aber auch ihr äußerster Flügel hält bis zum letzten am Besitzmonopol fest. Koalitionen mit bürgerlichen Parteien gegen die Reaktion sind nur als Ausnahmen und für kurze Zeit zulässig, sonst überwuchert der Gegenjaß zwischen Ministerialismus und Antiministerialismus den Klassenkampf. Aber die unerlässliche Voraussetzung dafür, daß unsere Revolution Frucht trägt, ist, daß der rechte und der linke Flügel innerhalb einer Partei zusammenhält.

Plechanow sieht auch mit dem Mikroskope keine beurteilenden, brandmarkenden Stellen in der Dresdener Resolution. (Vanderelde und Adler erklären, die betreffenden Stellen vorgelesen zu haben.) Bernstein hat sich durch die Resolution nicht gebrandmarkt gefühlt; verdächtige seiner Anhänger haben sogar dafür gestimmt. Die Resolution enthält die Principien, welche Theorie und Praxis verbinden. Hier gilt es, die revisionistischen Theorien (nicht die Personen) zu beurteilen, die unsere Partei in den Augen des Proletariats kompromittierte. Jaurès sagte, daß, wenn der Kongreß sich in den französischen Streit mischen sollte, er sich auch in den russischen Streit zwischen Terroristen und Antiterroristen einmengen müßte. Das ist aber ganz anders. Sobald ein Terrorist auf einem Ministerstuhl sitzt oder vor dem Jaren seine Verbeugung macht, wird es Zeit sein, sich zu fragen, ob er noch zur socialistischen Partei gehöre.

Kautsky (Ungarn) meint, Jaurès sehe seine Hauptaufgabe in der Bekämpfung des Nationalismus und Merkismus. (Jaurès: Ganz richtig!) Das ist die Taktik der „Von der Hand in den Mund-Politik“, deren Ende man nicht kennt. Ist der Merkismus überwinden, so wird es nachher heißen, man müsse das Ministerium Combes unterstützen, weil der Merkismus wiederkommen könne. Jaurès schrieb in der „Humanité“: wir legen die Traditionen der großen Revolution fort. Aber diese Traditionen sind bürgerlich, wenn auch revolutionär zu ihrer Zeit, nicht aber socialistisch und nicht proletarisch. Wir Ungarn erwarten vom Kongreß eine Richtschnur für unsere inländische Taktik. Eine Partei, die für die Zukunft wirkt, muß Augenblicksvorteile missen können. Es ist besser, auseinanderlaufende Richtungen nicht in eine Partei zusammenzwingen. In zwei Parteien geschieden und zusammenarbeitend, wo es möglich ist, können wir fruchtbarer wirken, als bei fortwährendem Streit in einer Partei.

Moor (Schweiz) erklärt, die Schweizer Delegation habe sich gegen jede Einmischung des Internationalen Kongresses in die Landesangelegenheiten ausgesprochen. Er verweist dann auf die praktischen Erfahrungen, welche in Genf, Basel, Bern mit den socialistischen Ministern gemacht worden seien, die in der Regierung nichts erreichten, für die socialistische Agitation aber lähmend wirkten. Diese elende Korruption-Methode der Bourgeoisie sei von Jaurès in ein prächtiges System gebracht worden. Unsere schweizerische Erfahrung sagt aber: Vetrete diesen Weg nicht.

In der Dienstag-Nachmittags-Sitzung.

Der Trotskist-Holland präsidierte, erhielt zuerst Bebel das Wort. Er führte in mehr als anderthalbstündiger Rede aus: Wir hatten in Dresden nicht vermutet, daß unsere Resolution auf dem internationalen Kongreß noch einmal würde verhandelt werden, aber wir können uns nur darüber freuen, daß sie internationale Bedeutung gewonnen hat. In der That ist unsere Dresdener Resolution keineswegs, wie Jaurès meinte, auf deutsche Verhältnisse beschränkt, sondern gerade gegen die Richtung Jaurès, die auch in Deutschland Anhang fand, gerichtet. Sie ist eine internationale Erscheinung, die wie auch in Italien, in Oesterreich (Dr. Viktor Adler: O nicht doch!) wiederfinden und von der Holland nur infolge der vorjährigen Ereignisse gekundet ist. (Trotskist: Wir waren nicht krank!) Aber in Gefahr, es zu werden. — Wer allen Menschen eine und dieselbe Ueberzeugung aufzudrängen wollte, gehörte ins Irrenhaus. Gerade Meinungsverschiedenheiten bringen die Partei vorwärts. Derentwegen wird sich die deutsche Partei nicht spalten. Wir haben es vor Gotha durchgemacht: Wehe dem Lande, in dem die Partei-Einheit nicht wie in Deutschland bestehen bleibt. — Die Dresdener Resolution war kein Vornachdruck. Schon die Abstimmung zeigt, daß keine zwei Stimmen deshalb dagegen waren, weil sie sich persönlich getroffen

fühlten. Aber wenn Du, lieber Viktor, statt „beurteilen“ „abweisen“ oder „missbilligen“ sagen willst, uns ist es recht. Auch wir in Deutschland, werter Freund Jaurès, nehmen jede Konzeßion von jedem Gegner an, aber wir sagen nicht: Danke schön, und lassen uns nicht weiter mit dem Feinde ein. Das ist gerade der Unterschied zwischen uns und Euch. Ihr treibt die besten Kämpfer dem Anarchismus in die Arme, und bringt dafür zweifelhaft bürgerliche Elemente in die Partei. In Adler habe ich immer ein Stück Revisionist vermutet, aber was er gestern über die Gefahren der Stellungnahme Jaurès' gesagt hat, unterschreibe ich vollkommen. Auf seine Weise schiebt man die bürgerlichen Parteien nicht nach links, sondern die Socialisten nach rechts. Willerand empfing den Jaren, aber nicht den internationalen Socialistenkongreß. Seltsame Haupter, aber keine Arbeiter empfangen, das ist charakteristisch! 1889 unter dem erzkonzervativen Dupuy konnten wir ungeführt einen Kranz auf das Grab der Kommunisten legen, unter Waldeck-Rousseau sind wir 1900 auseinandergeripelt worden. Hätte Willerand einen Funken Ehrgefühl in seinem Verbe gehabt, hätte er damals sogleich seinen Abschied nehmen müssen. In Deutschland wäre ein solcher socialistischer Minister sofort aus der Partei herausgeflogen. Jaurès sage, Frankreich sei Republik und Deutschland eine Monarchie; deshalb paßt die Dresdener Resolution nicht auf Frankreich. Gewiß, wir haben eine Monarchie und eine reaktionäre Regierung. Aber seit dem Vergarbeiterstreik von 1889 ist bei uns kein Militär gegen Streikende aufgetrieben worden, wie in Frankreich alle Tage. Gewiß, auch bei uns thut Polizei und Justiz ihr möglichstes gegen die Arbeiter, aber gerade deshalb verwerfen wir jede Koalition mit den bürgerlichen Parteien. Das Königtum kann auch einmal, wie unter Bismarck, in der Lage sein, die Arbeiter gegenüber der Bourgeoisie zu gebrauchen. Aber denken Sie an die Schandthaten gegen die Streikenden in Colorado, Pennsylvanien und Pittsburg. Das Königtum muß auch stets befechteten, sein Prestige zu verlieren. Sie haben gehört, was uns Genosse Moor von schweizerischen Ministern erzählt hat. Soll das so weiter gehen? Wie kann man daran denken, daß eine bürgerliche Regierung daran mitarbeiten soll, den Klassenstaat in den socialistischen umzuformen. Die bürgerlichen Parteien sind viel konsequenter und weitblickender als viele Socialisten. Die bürgerlichen Regierungen nehmen Socialisten nur deshalb in ihre Mitte auf, um Jwis in die Reihen der Arbeiterklasse zu tragen und sie an der Entfaltung ihrer vollen Kraft zu hindern. Die englische Kapitalistenklasse hat es von jeher zum Schaden der Arbeiterklasse so getrieben. In dem Kampfe gegen den Merkismus — und für den haben wir sehr viel Sympathie, mein werter Jaurès — geht keine bürgerliche Regierung über einen gewissen Punkt hinaus: alle gebrauchten schließlich einmal gegen die Arbeiter den lieben Gott. Und ist der Merkismus der einzige Feind? Nirgend besteht ein infameres Steuersystem als in Frankreich. Einer solchen Regierung, die die brutale Klassenherrschaft handhabt, würde ich keinen Feind bewilligen. Unser Standpunkt ist: Für alle Maßregeln stimmen, die den Arbeitern zu gute kommen, aber in vollkommener Freiheit und Unabhängigkeit gehen alle, die sie schädigen. Die Dresdener Resolution greift nicht mehr in die inneren französischen Parteiverhältnisse ein, als dies die Resolution Kautsky von 1900 that. Und für diese haben auch die Jaurèsisten gestimmt. Für eure Fehler müssen auch wir in Deutschland büßen. Gewiß kann man die Taktik nicht für lange Jahre hinaus festlegen. Wir können jederzeit neue Erfahrungen machen. Aber wie sich auch die Taktik ändert, der Gegenjaß bleibt bestehen: Die Bourgeoisie, die Proletariat! Keine Versöhnung ist möglich. Kampf bis aufs Messer! (Stürmischer Beifall.)

Nachdem-England (Independent Labour Party) erklärt, daß nach seiner Auffassung alle diese persönlichen Streitigkeiten für einen internationalen Kongreß zu unbedeutend seien. Jedes Land müsse das Recht haben, den Socialismus auf ihrem eignen Wege zu verwirklichen. Den Engländern schade das Eintreten der Deutschen für bürgerliche Kandidaten bei Stichwahlen viel mehr als die ganze Richtung Jaurès.

Jules-Gespanien wünscht im Interesse ihres Kampfes gegen die Anarchisten eine scharfe Verurteilung der unbedingten Unterstützung des Ministerium Combes. Man müsse aufpassen, daß der rechte Flügel nicht eines Tages rechts von der Partei stehe.

Hilquist-Amerika hält die Pariser Resolution von 1900 für damals und die Dresdener Resolution für jetzt für die denkbar glücklichste Ueberwindung der Schwierigkeiten.

Trotskist-Holland weist nach, daß seine Partei nicht erst heute, sondern von jeher den Standpunkt in Theorie und vor allem auch in Praxis vertreten habe, der jetzt internationale Regel werden solle. Auch die Holländer müßten erklären, daß sie für die dauernde Verbindung Jaurès mit den bürgerlichen Parteien jede Verantwortung ablehnen. Aber die beiden Richtungen gehörten in der Partei zusammen und machten zusammen erst ihr Wesen aus. Man solle nur darauf achten, daß nicht aus Antirevisionismus wie in Italien die Linke anarchisirt und antiparlamentär werde und nicht aus Antiradikalismus die Rechte — bürgerlich.

Dr. Victor Adler-Oesterreich: Ich bin erstaunt, daß mich Bebel und Plechanow für einen verkappten Revisionisten halten. (Plechanow: Das habe ich nicht gesagt!) Nein, Sie haben es nur geschrieben. (Große Heiterkeit.) Plechanow: Es war ja nur eine Prognose!) Ach ja, eine falsche Prognose schadet nicht immer dem Kranken, blamiert aber stets den Arzt. (Große Heiterkeit.) Bebel wirft mich und Vanderelde, weil wir die Dresdener Resolution besser formulieren wollen, gar zu den Jaurèsisten. (Jaurès: Psiu! — Stürmische Heiterkeit.) In Trotskists Rede war fortwährend von zwei Tendenzen in der Partei die Rede. In jedem Menschen sind zwei Tendenzen. In Bebel steckt genau soviel Revisionismus wie in mir. — Plechanow hat gesagt: Was man nicht will, muß man beurteilen. Aber ich habe immer dem das Urteil überlassen, der die Verantwortung trägt. Gerade die, die hier am lautesten nach internationaler Einigkeit schreien, die Russen und Franzosen, sind in der nationalen Partei am meisten gespalten. (Plechanow: Die russischen Marxisten nicht!) Ja, wenn man alle widerstrebenden Elemente aus der Partei herauswirft, kann man leicht eine einheitliche Taktik erzielen. (Heiterkeit.) Ich halte es für sehr schwer, aus der Ferne über Taktikfragen zu entscheiden. Bei Plechanow hingegen scheint die Fähigkeit mit dem Quadrat der Entfernung zu wachsen. (Große Heiterkeit.) Den allgemeinen Grundzug der Politik, der socialistischen Taktik können wir angeben, mehr nicht. (Lebhafter Beifall.) — (Da es inzwischen dunkel geworden ist, übersetzt Vanderelde diese Rede von 30 Minuten a u s d e m R o p f wortgetreu ins Französische.) Redner empfiehlt zur Annahme folgende

Resolution Vanderelde-Adler:

„Der Kongreß erklärt mit größter Entschiedenheit, daß es notwendig ist, ohne jedes Schwanken an der bewußten siegreichen, auf dem Massenkampf beruhenden Taktik des Socialismus festzuhalten, und daß niemals an Stelle des Kampfes für die Eroberung der politischen Macht durch Befreiung unserer Segner eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung treten darf.“

Die Folge einer solchen Taktik der Konzeßion wäre, daß man eine Partei, welche die baldmöglichste Umwandlung der bürgerlichen in die socialistische Gesellschaft anstrebt, also eine im besten Sinne revolutionäre Partei in eine Partei verwandelt würde, welche sich damit zufrieden giebt, die bürgerliche Gesellschaft zu reformieren. Daher ist der Kongreß der Meinung, daß die Klassegenossen statt sich abzuschwächen, sich immer mehr aufzuheben, und erklärt:

1. Daß der Kongreß unter den politischen und ökonomischen Verhältnissen, welche sich auf die kapitalistische Produktionsweise stützen alle Verantwortlichkeit, welche es auch sei, zurückweist, und deshalb kein Mittel gutheißen kann, welches die Aufrechterhaltung der bestehenden Klassenherrschaft fördert.

2. Betreffs der Gefahren und Unzulänglichkeiten einer Anteilnahme in der Regierungsgewalt innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft erneuert und bestätigt der Kongreß die Resolution Kautsky des Internationalen Socialistenkongresses in Paris 1900.

*) Verspätet eingetroffen.

der Taktik-Kommission wurde der Beschluß gefaßt, nur noch diejenigen Vertreter von Nationen oder Gruppen zu Worte kommen zu lassen, die bis jetzt noch nicht gesprochen, mit Ausnahme von Jaurès, der das Schlüsselwort haben soll.

Jaurès tritt gegen die Dresdener Resolution auf, weil es nicht angeht, die in jedem Lande je nach der historischen oder ökonomischen Entwicklung verschiedene gestaltete Taktik auf einem internationalen Kongresse schablonenmäßig für alle Länder gleichmäßig vorzuschreiben.

Renard spricht sich im Namen der Minderheit der jaurèsistischen Fraktion für den Antrag Vandervelde-Abler aus; die Dresdener Resolution sei unannehmbar; sie enthalte eine Verurteilung der Handlungen einer Partei, über welche in dieser Partei selber eine Minderheit eine von der Majorität abweichende Meinung habe. Eine solche Verurteilung von außen sei aber für die Gesamtpartei von größtem Schaden; er stehe principiell auf dem Boden Vandervelde-Ablers.

Suffert-Vog (Socialdemokratische Föderation von England) polemisiert gegen MacDonald von der Unabhängigen Arbeiterpartei, die keine socialistische Organisation sei und deren Kandidaten entweder nicht Socialisten seien oder nicht als Socialisten aufgestellt werden. MacDonald vertrete nur eine Minderheit der englischen Delegation, er die Mehrheit, die auf dem Boden der Dresdener Resolution stehe, nur die Stelle von der „civilisatorischen“ Aufgabe müsse abgeändert und der socialistische Gedanke hervorgehoben werden. Heute verheie man unter civilisatorischer Aufgabe immer nur den kapitalistisch-civilisatorischen Begriff. Jaurès' großer Einfluß in Frankreich erkläre sich aus seiner großen Persönlichkeit. Was aber, wenn Jaurès einmal weg sei? Ruß man da nicht konsequenterweise Millerand wiederum holen?

Um 7/1 Uhr wird die Sitzung auf 9 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Remer-Frag: Je länger die Diskussion dauert, umso klarer erscheint die Notwendigkeit, daß hier eine klare Richtschnur gegeben wird, wenn nicht das Proletariat desillusioniert und degoutiert werden soll; schon heute sehen wir als Folge dieser grundsätzlichen Taktik das Anwachsen des Anarchismus in Berlin, in der Schweiz und der österreichischen Bergarbeiterbewegung. Ich halte die hier citierte „anonyme“ Politik von Jaurès für nicht so gefährlich wie die Millerand'sche; der Kampf gegen den Anarchismus ist den Massen verständlicher. Jaurès opfert dem Augenblickserfolg zu viel; es ist ausgeschlossen, daß die Arbeiterklasse vom Bürgerum Konzeptionen erhält, die seine Klassenlage ändern. Der Revisionismus ist keine bloße literarische Frage, wie Troelstra sagt, sondern eine bestimmte Richtung, die sich nur noch nicht hat durchsetzen können. Er sei für die Dresdener Resolution.

Rapin (Lausanne): Moor hat nicht die Auffassung der schweizer Delegation wiedergegeben; im Gegenteil, er widersprach dem Geiste der schweizer Resolution, auch seiner Schilderung der schweizer Verhältnisse widersprechen die ältesten schweizer Genossen, wie Greulich, Lange, Seidel. Die internationale Festlegung einer bestimmten Taktik könnte erst dann erfolgen, wenn sie sich bereits als allgemein anerkannt durchgesetzt hat. Auch über den Parlamentarismus müßte erst die Meinung sich klären und die Erfahrung sprechen. Was sehen wir aber? Der Wunsch auf internationale Festlegung kommt aus einem Lande, wo die Partei selber noch nicht einmal darüber einig. Sollen wir da nicht lieber warten, bis die Partei des eignen Landes darüber einig? Die Dresdener Resolution verbietet Teilnahme an der Regierung rundweg. Welche Regierung? Central-Regierung? Wie denn in föderativ-Staaten wie der Schweiz? Und wie ist es mit der Gemeinde? Bei uns haben Gemeinden und Kantone oft die gleiche Legislative und administrative Rechte. Staat und Stadt Geis haben gleiches Budget und gleiche Befugnisse — wohin kommen wir also? Wir dürfen daher auch keine Verweise geben. Mit dem Verweis beginnt man, mit der Verbannung endet man. Die für die Taktik in Frage kommenden Verhältnisse jedes einzelnen Landes sind schon schwer zu beurteilen, wie sollen wir erst die in anderen Ländern entgültig bestimmen? Nicht um Jaurès zu beschließen, stimmen wir gegen die Dresdener Resolution, wir würden uns auch halten, solch alten Kämpfern wie Bailant, Guesde zu sagen: Ihr kennt die Verhältnisse Eures Landes nicht, wir, die kleine Schweiz, wollen Euch in auf den rechten Weg weisen.

Katayama hält sich nicht für kompetent zur Entscheidung dieser Frage. Für Japan habe er immer die Taktik gelehrt: nur mit eignen Kräften zu kämpfen. Auch in Japan seien Professoren und bürgerliche Socialreformer aufgetreten für Arbeiterbeschwerden, aber nicht als Socialisten und nicht im Interesse der Arbeiter, sondern dem der bürgerlichen Gesellschaft.

Raudsen-Dänemark: Ueber unser Endziel sind wir alle einig; das Wort „Revisionismus“ halte ich nur für ein hohles Schlagwort, hinter dem nichts steht; niemand denkt an Aufgeben der revolutionären Endziele oder Selbstbegünstigung mit ein paar Reformen. Wir haben in Dänemark seit 30 Jahren von Fall zu Fall mit bürgerlichen Parteien Bündnisse abgeschlossen, aber niemals unsere socialistischen Forderungen aufgegeben. Als eine Volkspartei, die den Volkswillen zum Ausdruck bringen will, müssen wir auch für eine Minderheits-Regierung eintreten. Denken wir uns eine bürgerlich-radikale Partei, die vielleicht gerade mit Rücksicht auf die socialistischen Arbeiter revolutionär auftreten muß, dann müssen wir für sie eintreten und an einer solchen Regierung teilnehmen. Nehmt diese revolutionäre Voraussetzung, dann nicht. Wenn die Schweizer mit ihren Regierungsräten Enttäuschungen erlebt haben, dann liegt die Schuld wohl an den schweizer Genossen. Man darf nicht an einer Regierung teilnehmen, um Macht zu gewinnen, sondern man nimmt teil, weil man stark genug dazu ist. Er beschwört die Franzosen zur Einigkeit und erklärt sich für die Resolution Vandervelde-Abler.

Privatdepesche des „Vorwärts“.

Amsterdam, 18. August, 5.45 nachmittags.

Die Taktik-Kommission nahm die Dresdener Resolution mit allen Stimmen gegen Argentinien und Jaurès an. Belgien, Dänemark, Schweden und ein Schweizer enthielten sich der Stimmen. Die Resolution Adler-Vandervelde war vorher mit 27 gegen 16 Stimmen abgelehnt worden.

Der Kongreß nahm heute die Resolution Van Kol zur Kolonialpolitik an. Ueber den Generalfreist referierte Frau Roland-Holst. Friedberg begründete seine Berliner Resolution. Ihm entgegnete Robert Schmidt. Die holländische Resolution wurde nach längerer Diskussion angenommen.

Zum Generalfreist wurde die holländische Resolution mit 36 gegen 4 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen angenommen. Sie wendet sich scharf gegen die Chimäre des anarchischen Generalfreists und empfiehlt, unter der Voraussetzung einer guten Organisation und Disziplin, den politischen Massenstreik als möglicherweise in äußersten Fällen anwendbares Kampfmittel. Grundständig abweichend verhalten sich die Jaurèsisten, Allemanisten und russischen Revolutionäre als weitergehende Anhänger des Generalfreists.

Morgen verhandelt der Kongreß die Taktikfragen. Troelstra präsidentiert, Vandervelde referiert. Dann folgen Jaurès und Bebel mit einer Redezeit von 30 Minuten. Alle anderen Redner haben 10 Minuten Redezeit. Abend 5 Uhr wird die Debatte geschlossen.

Gerichts-Zeitung.

„Den einen sin Ubl is den anern sin Nachtigall“, lautet ein holländisches Sprichwort, das durch folgenden Bericht aus dem Gerichtssaal illustriert wird: Ein interessanter Konzeptionsstreit ist

dieser Tage durch Urteil der vierten Zivilkammer des Landgerichts I zu einem vorläufigen Abschluß gelang. Vor etwa zwei Jahren erstand der Professor Dr. Rudolf Siemering das Grundstück Kuhbaum-Allee 31 zu Westend. Er hoffte dort eine Stätte zu finden, wo er nach seinem anstrengenden Schaffen Erholung und Ruhe finden könnte. Hieran lag er sich in der unlieblichsten Weise gewöhnt. Von seinem Besitzum durch eine unbebaute Parzelle und die Alleen-Allee getrennt liegt ein Grundstück, welches der Gastwirt Klaneßki gepachtet hat. Derselbe ist für die im Garten befindliche Sommerbühne eine Singspiel-Konzession erteilt worden. Die Konzession wurde nun in einer Weise ausgenutzt, daß die benachbarten Grundstücke, insbesondere das Grundstück des Professors Siemering, durch Zuführung von Geräusch auf das empfindlichste geschädigt wurden. Abends um 6 1/2 bis 11 Uhr wurden auf der Bühne von weiblichen und männlichen „Mimikern“ mit lauten, kreischenden Stimmen Couplets unter lärmender Musikbegleitung zum Vortrag gebracht und nach jedem Vortrage folgte drohender Applaus durch weithin schallendes Händeklatschen. Natürlich waren die Nachbarn von diesen Genüssen weniger erbaut, sie thaten sich unter Führung des Professors Siemering zusammen, nahmen sich den Rechtsanwalt Voelchau als Vertreter an und ließen durch diesen im Wege der Klage den Antrag stellen, im Wege der einstweiligen Verfügung dem Gastwirt Klaneßki bei Vermeidung einer für jeden Zuwiderhandlungsfall festzusetzenden Geldstrafe zu unterjagen, fernherhin ruhendes Geräusch in die Grundstücke der Antragsteller hinüberbringen zu lassen.

Vor Gericht schilderte Rechtsanwalt Voelchau alle die Nachteile, welche die Antragsteller durch die Nachbarschaft der Sommerbühne zu erdulden hatten, in lebhaften Farben.

Demgegenüber beantragte Rechtsanwalt Leopold Reher, als Vertreter des Angeklagten Klaneßki, den Kläger kostenpflichtig abzuweisen. Nach § 26 der Reichs-Gewerbe-Ordnung könne der Besitzer einer mit obrigkeitlicher Genehmigung errichteten gewerblichen Anstalt wegen schädlicher Einwirkungen nicht zur Einstellung des Betriebes, sondern nur zur Herstellung von Einrichtungen genötigt werden, welche die benachteiligenden Wirkungen ausschließen. Im vorliegenden Falle könne von einer wesentlichen Beeinträchtigung der Benutzung des Grundstückes des Professors Siemering nicht die Rede sein. Dabei sei zu berücksichtigen, daß nur das Empfinden eines normalen Durchschnittsmenschen in Betracht gezogen werden könne, nicht aber eine besonders nervöse Empfindlichkeit oder ein durch persönliche Verhältnisse besonderer Art bedingtes Ruhebedürfnis. Nach den Verhältnisseverhältnissen in dortiger Gegend ließe sich auch nicht behaupten, daß überhaupt ein Anspruch auf Nachtruhe vor 11 Uhr für irgend jemand bestehe. Die Vorträge seien durchaus dezent und von der Behörde genehmigt. Es gäbe bekanntlich viele Personen, die gerade derartige Musik und Unterhaltung als Erholung suchen und angenehm davon berührt würden. Diesen gegenüber kann das Empfinden vereinzelter Personen nicht in Betracht kommen. Der Kläger sei nicht berechtigt, dem Betrieb des Beklagten eine andre Schranke zu setzen, als die Polizeibehörde ihm vorschreibt, und müsse sich der Klage unbedingt die Ausübung des dem Beklagten konzessionierten Betriebes gefallen lassen, soweit solcher sich innerhalb der polizeilichen Vorschriften halte.

Die Zivilkammer schloß sich diesen Ausführungen an und verwurft dem Empspruch des Antragstellers.

Verfassungen.

Vierter Wahlkreis (Süd-Ost). Die Wahlvereins-Verammlung am Dienstag im Glettschen Saale war recht gut besucht. Genosse Kohls sprach über das Thema: „Pflichten und Rechte“. In der Diskussion bemerkte Genosse Thäde r unter andern, wie notwendig es sei, unabhängig auch für die Erhaltung der bestehenden Rechte zu kämpfen, und daß es heute so gut wie ein Sieg sei, wenn es gelingt, ein bestehendes Recht durch harte Kämpfe zu erhalten. Genosse Tollsborn spricht in ähnlichem Sinne. Unter verschiedenen rügt Genosse Kuzendorf, daß nicht in allen Stadtteilen Verfassungen wegen des Ausganges des Königsberger Prozesses eimerufen worden sind, sondern nur eine Versammlung im Feenpalast. Genosse Hadelbusch erwidert, daß nur einer der Teilnehmer an den Verhandlungen in Königsberg als Referent zur Verfügung gestanden habe und verweist auf den ausführlichen Prozeßbericht im „Sozialisten“. Genosse Kirchner regt an, zu den im November stattfindenden Gewerbegerichtswahlen schon jetzt Stellung zu nehmen, insbesondere zu der Forderung der Lokalorganisationen auf Berücksichtigung bei Aufstellung der Kandidaten. Genosse Hadelbusch teilt daraufhin mit, daß Verhandlungen darüber noch schweben, worauf Schluß der Versammlung erfolgt.

Sechster Wahlkreis. In einer gutbesuchten Versammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins, die am Dienstag im Schweinmünder Gesellschaftshaus stattfand, hielt Genosse Kapfenstein einen Vortrag über „Das schweizerische Parteiprogramm“. Der Redner, der einleitend darauf hinwies, daß die demokratische Verfassung der Schweiz unsern schweizer Parteigenossen eine im eigentlichen Sinne des Wortes revolutionäre Auffassung unmöglich macht, weil, wo, wie dort im wesentlichen der Wille des Volkes allein maßgebend ist, nur die Gewinnung der Volksmehrheit für unsere Ideen zum Ziele führen kann, beleuchtete in sehr anregender Weise die einzelnen Punkte des Programm-entwurfs. Er erklärte zum Schluß, daß, wenn er auch nicht jedem Punkt zustimmen könne, er den Entwurf doch als eine ehrliche, tüchtige Arbeit anerkenne. Namentlich zeige sich, daß auf den verschiedenen Gebieten, die darin berührt würden, Genossen mit grundsätzlichen Sachkenntnissen mitgearbeitet hätten, und die ganze Arbeit in allgemeiner auf wissenschaftlicher Höhe stehe. — Dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine Diskussion, an der sich unter andern die Genossen Solowowski, Marx und Gutmann beteiligten. Besonders wurde hierbei die Frage der Verstaatlichung von Betriebszweigen, zu der sich die Socialdemokratie in demokratischen Ländern selbstverständlich anders verhält als in halb konstitutionell, halb despotisch regierten, wie Deutschland, berührt; ferner die des Generalfreists, sowie auch die Frage, durch welche Mittel der Aufstieg zum Socialismus vorbereitet werden kann und was in dieser Hinsicht bei einer Revision des deutschen Parteiprogramms eventuell anzuführen wäre. — Schließlich forderte der Vorsitzende Genosse Kniz zu eifriger Thätigkeit für die Organisation auf.

Der Holzarbeiter-Verein (Verwaltungsstelle Berlin) hielt am Donnerstag in Kellers großem Saale seine Generalversammlung für das 2. Quartal ab. Die gedruckt vorliegende Abrechnung erläuterte der Rentant Riets. Demnach betragen die Einnahmen der Hauptkasse 63 268,41 M. und die Ausgaben 54 671,28 M. Davon wurden gezahlt an Arbeitslosen-Unterstützung a) auf der Reise 1198,03 M., b) am Orte 8735,82 M.; Streikunterstützung 14 652,70 M., Gemahregelten-Unterstützung 602,65 M., Unterstützung in Todesfällen 1105 M., Umzugsunterstützung 804,38 M. und für Rechtschutz 203,26 M. Die Einnahme der Lokalkasse belief sich insl. Bestand auf die Summe von 337 492,55 M. Veranschlagt wurden für Streikunterstützung 10 516,40 M., für Gemahregelte 169 80 M., an Arbeitslosen-Unterstützung 17 917,27 M. An Darlehen für andre Zahlstellen 2800 M.; an Unterstützung anderer Gewerkschaften 1000 M., worunter 500 M. an die Württembergischen in Dettingen (Ungharn). Die Lokalkasse verfügt über einen Bestand von 259 755,53 M. Der Zahlstelle gehören gegenwärtig 15 162 Mitglieder an. — Glöde gab sodann einen Ueberblick über die Thätigkeit des Vorstandes, worin er unter andern anführte, daß für die Branche der Bauhilfsarbeiter kürzlich eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehende Kommission eingesetzt worden ist, um demnächst einen Retrotarif für diese Gruppe zu schaffen. Ferner begründete er im einzelnen, weshalb die Bedingungen der Maschinenarbeiter, die diese an ihren Uebertritt in den Holzarbeiter-Verein geknüpft hatten, nicht acceptiert werden konnten. Weisens haben der Annahme jener Bedingungen katastrophische Hindernisse im Wege ge-

standen. Glöde bemerkte dazu, es liege kein Anlaß vor, die fernere Isolierung der Maschinenarbeiter zu betrauern, denn so lange in dieser nicht die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Verschmelzung durchgedrungen sei, so lange hätte auch ein Anschluß keinen Zweck, weil es andernfalls nur unerquickliche Differenzen gäbe. — Ueber die Arbeitsvermittlung berichtet Klinger. Danach belief sich die Zahl der Nachfragen nach Arbeitskräften auf 1954, der ein Angebot von 4507 gegenüberstand. Vermittelt wurden 1023 Personen. — In der Bibliothek wurden 1025 Bände verliehen. — Den Bericht der Werkstätten-Kontrollkommission gab Raab. Es gehören der Kommission in allen Branchen und Bezirken 128 Mitglieder an. Abgehalten wurden 590 Werkstätten- und 50 geschäftliche Sitzungen. Eingeladen waren 1369 Werkstätten mit 13 356 beschäftigten Kollegen, wovon 11 893 organisiert waren. — Dieran schloß sich der Bericht über die Werkstattdifferenzen im 2. Quartal. Gemeldet waren aus den verschiedenen Branchen 71 Werkstattdifferenzen, bei denen es sich teils um Neuregelung der Arbeitsverhältnisse, teils um Abwehr von Verschlechterungen handelte, und zwar kamen in Betracht: die Bauhilfsarbeiten mit 30 Angriffsbewegungen und 1 Abwehrbewegung, die Möbelschleiereien mit 11 Angriffen und 4 Abwehren, die Modellschleiereien mit 12 Angriffen und die sonstigen Branchen mit 8 Angriffen und 4 Abwehren. In den Bauhilfsarbeiten wurde in 20 Werkstätten ohne Arbeitsniederlegung ein voller Erfolg, in 3 Werkstätten ein teilweiser Erfolg erzielt. Durch Streik wurde in 7 Werkstätten ein voller und in 1 Werkstatt ein teilweiser Erfolg errungen. Die Abwehrmaßregel endete ebenfalls ohne Arbeitsniederlegung mit vollem Erfolg. Von den 11 Angriffsbewegungen der Möbelschleiereien wurden 5 mit vollem Erfolge ohne Arbeitsniederlegung, 2 durch Streik erledigt; 4 endeten mit teilweisem Erfolge; die Abwehrbewegungen waren in 3 Fällen erfolgreich, in 1 Falle erfolglos. In den Möbelschleiereien gelang 5mal ohne Arbeitsniederlegung die Arbeitszeit auf 52 Stunden zu verkürzen und einen Lohnaufschlag von 10 Proz. durchzusetzen. In 3 Werkstätten wurden dieselben Erfolge durch Streik erreicht. Bei den übrigen Branchen endeten zwei Streiks erfolglos; die übrigen Differenzen teils mit, teils ohne Arbeitsniederlegung mit vollem oder teilweisem Erfolge. Die meisten Streiks waren nur von kurzer Dauer. — Bei den Erntewahlen zur Ortsverwaltung wurde in lebhafter Debatte die Regelung der Beamtenfrage sowie eine Neuregelung der zu besträngten Raumberechnungen im Gewerkschaftshause erörtert. Gewählt wurden sodann in den Ausschüß: Krüger und Lang-acewski, als Arbeitsvermittler Raab, Bibliothekar Klinger, 2. Kassierer König (diese drei als besoldete Beamte), 2. Schriftführer Dahle, Revisor Oskar Schmidt, Beisitzer Exner und Gäh; in den Bauvorstand Ander-acewski, Leopold, Sidfeld, Fendel, Glöde und Gäh. Die Wahl des zweiten Arbeitsvermittlers (besoldet) konnte der vorgeschickten Zeit halber nicht mehr erledigt werden. Beschlüssen wurde ferner, die Stelle eines neuwählenden besoldeten zweiten Bevollmächtigten öffentlich zur Bewerbung auszusprechen. — Ueber die Stellungnahme zur Feier des 1. Mai wird noch des näheren in einer späteren Versammlung gesprochen werden; immerhin stellte Glöde fest, daß die Generalversammlung auf dem Standpunkt steht, die Kaiserin in der bisherigen Weise auch fernherhin zu feiern.

Pankow. Der Socialdemokratische Wahlverein hielt zum Zweck der Delegiertenwahlen zu der Konferenz des Kreises Nieder-Parnim eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende Sonntag wies in seinen einleitenden Ausführungen darauf hin, daß sich die Kreisversammlung mit dem Provinzialparteitag, dem deutschen und dem internationalen Parteikongreß beschäftigen muß und hob besonders hervor, daß der Vorschlag des „Vorwärts“, der Parteitag möge sich mit der Schulfrage in Deutschland befassen, zu unterstützen sei. In der Diskussion hält Berger es nicht gerade für ein gutes Beispiel, wenn hervorragende Parteigenossen ihre Kinder einen weiten Weg machen lassen, nur, um sie in eine konfessionelle Schule zu schicken. Bei solchem Verhalten der Führer unserer Partei ist es kein Wunder, wenn die Wünsche der Dunkelmänner, die ganze Schule konfessionell zu gestalten, sich zu geheimeren Maßnahmen verdichten. Es wird auf Kosten unsres Parteiprogramms: Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit, immer noch zu viel gefündigt. Freiwaldt schildert der Versammlung den Kampf, den er des konfessionellen Unterrichts seiner Kinder wegen mit den Behörden hatte, und bedauert, daß Parteigenossen, die sich schon etwas um Naturwissenschaft gekümmert haben, es noch über sich bringen können, der Kirche anzugehören. Es äußerten sich zu dieser Frage noch die Genossen Vierräther und Jakob, welche auch familiär dafür sind, daß sich der Parteitag mit der Schule zu beschäftigen habe. — Bei der Besprechung des Tagesordnungspunktes „Kommunalpolitik“ sagt Berger, wenn wir in den Gemeindevertretungen für eine Grundwertsteuer des unbebauten Geländes eintreten, bestreben wir eigentlich gegen unser Programm, denn diese Steuer wirkt, indem sie von den Grundbesitzern auf die Hauswirte und von diesen auf die Mieter abgemälzt wird, als indirekte. Freiwaldt ist jedoch der Meinung, daß man die Grundwertsteuer nur als das auffassen kann, was sie ist, eine direkte Steuer und meint, die Gemeindevertretungen wären bunn, wenn sie sich diese Steuergelegenheit entgehen ließen. Nach Bergers Argumentation kann man ja auch die streifenden Rauerer für die Höhe der Mieten verantwortlich machen. — Zur Kaiserin sind mehrere Redner, vor allem Fenger, der Meinung, daß der Parteitag und der internationale Kongreß Mittel und Wege finden müssen, um die Feier wirkungsvoller zu gestalten.

Zur Tagesordnung des Parteitages werden erstens die Resolutionen der Berliner Parteioorganisationen und zweitens folgende angenommen: Die heutige Vereinsversammlung des Socialdemokratischen Wahlvereins Bezirk Pankow beantragt, auf die Tagesordnung des Parteitages in Bremen als besondere Verhandlungsgegenstand zu setzen: Die Schulfrage in Deutschland. — Zur Kreisversammlung werden die Genossen Dr. Konrad, Fleischer, Jacob, Otto, Kieble und Schwager entsandt.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deutscher Volkstag.

Troppan, 18. August. (W. T. B.) Der unter sehr großer Teilnahme der Deutschen aus ganz Schlesien abgehaltene Volkstag nahm nach mehreren meist von Abgeordneten der deutsch-radikalen Richtung gehaltenen Reden einen Beschlußantrag an, in welchem gegen die Errichtung von slavischen Parallellassen an den deutschen Lehrerbildungsanstalten in Troppan und Teschen energisch protestiert, die Einführung der deutschen Staatsprache gefordert und die Ueberzeugung ausgedrückt wird, daß ohne die nachhaltigste Förderung des Deutschstums als eines Oesterreich verbindenden Elementes der Gesamtstaat nicht weiter bestehen kann.

Troppan, 18. August. (W. T. B.) Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer des Deutschen Volkstages in geschlossenem Zuge mit Fahnen und demontrativen Emblemen vor das Regierungsgebäude, woselbst Bfui-Rufe ausgedrückt wurden und geöhlt wurde. Da die Polizei den Platz nicht zu räumen vermochte, wurde Gendarmerie requiriert, welche mit gefülltem Bajonett vorging, wobei eine Person am Halse schwer verletzt wurde. Militär besetzte den Platz vor dem Regierungsgebäude ab, worauf die Demonstranten sich zerstreuten. Ein Teil derselben zog vor das Kaiser Josef-Denkmal, wo ein Kranz niedergelegt wurde. Abends herrschte Ruhe.

Vom asiatischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 18. August. (W. T. B.) Die russische Telegraphen-Agentur meldet aus Wladiwostok von heute, daß in dem gestrigen Wladwostoker Telegramm erwähnte Fahrzeug, welches die Japaner mit gelappten Raketen in See gelassen haben, wurde vom Winde an das Ufer von Tschifu getrieben. Das Fahrzeug war mit Frauen und Kindern gefüllt.

Arbeitergesetzgebung betreffend, erklärte der Holländer Hoeber, daß er, da zwei politische Parteien in seinem Verband vertreten seien, sich hierbei der Stimme enthalten müsse, ebenso sein Landsmann Toledo. Auf Vorschlag Schumanns wurde dann bei Stimmhaltung der Holländer eine Resolution angenommen, in der verlangt wird: Festsetzung eines Normalarbeitstages; Schutz der Arbeiter gegen alle Nachteile und Gefahren des Betriebs; Aufsicht und Durchführung der Sicherheits- und Unfallgesetze durch Ernennung von Arbeitern, die den Regierungsinspektoren beistehen; Einrichtung der Versicherung auf öffentlich rechtlicher Grundlage — also nicht nur Auszahlung von Unterstützung, wenn Schuld des Unternehmers vorliegt — und nach einem festen, internationalen Schema, das völlige Vergütung für die durch Unfall usw. erlittenen Lohnverluste gewährleistet; Versicherung gegen vorübergehende und dauernde Arbeitslosigkeit; Abschaffung aller Ausnahmestimmungen für Seeleute. Die Föderation soll nach Kräften bei der Agitation für diese Forderungen mitwirken. Bei der nächsten internationalen Konferenz soll eine Uebersicht über die Arbeitergesetzgebung in den verschiedenen Ländern gegeben werden. —

Darauf wurde über einen Vorschlag von Lindén-Schweden verhandelt, wonach das Laden und Löschen von Schiffen, die in einem fremden Hafen boykottiert wurden, nicht direkt verweigert, wohl aber ein Ausschlag von fünfzig Prozent verlangt werden soll. Der Vorschlag wurde dem Föderationsvorstand zur Erwägung überwiesen, ebenso ein anderer, die Unterstützung bei partiellen Streiks und Ausperrungen betreffend. Angenommen wurde ein Antrag der Holländer, dem Sekretär aufzutragen, eine Statistik über Löhne und Arbeitszeit aller Hasen- und Transportarbeiter mit Hilfe der einzelnen Organisationen auszuarbeiten.

Eine sonderbare Frage wurde von den Holländern angeregt, nämlich die: Was in Niederland oder andern Ländern gegen die Einführung von Maschinen gethan werden könnte, die den Arbeitern die Arbeit unmitttelbar aus den Händen nehmen. Deeken erklärt dazu namens der Deutschen, es sei unmöglich und unratbar, etwas gegen die Einführung von Maschinen zu thun; Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnerhöhung müßten einigermassen den Arbeitern die Vorteile der Maschinen zu gute kommen lassen. Daß die Arbeiter die Maschinen entgegenwärtigen, sei ein seit hundert Jahren veralteter Standpunkt. In ähnlichem Sinne äußerten sich die Vertreter der andern Länder. — Des weiteren brachten die Holländer eine Resolution ein, die gegen den Militarismus gerichtet ist. Sie wurde mit 8 gegen 7 Stimmen angenommen, nachdem von deutscher und schwedischer Seite erklärt worden war, daß die Antragsteller sich eigentlich an den internationalen Sozialistenkongress hätten wenden sollen.

Sodann wurde über den von der Kommission ausgearbeiteten Statutenentwurf verhandelt. Tillet lehnte die Verantwortlichkeit für den Entwurf ab, mit der Behauptung, die Deutschen hätten bei der Ausarbeitung nicht genug Rücksicht auf die andern Nationen genommen. Die Bestimmung im Entwurf, daß der Sitz der Föderation in Deutschland sein soll, wurde von den Deutschen nach kurzer Diskussion zurückgenommen; der Sitz der Föderation soll durch die alle zwei Jahre stattfindende Konferenz bestimmt werden. — Den Tillet brachte später einen Gegenentwurf ein; nach heftiger Debatte wurde jedoch der deutsche Entwurf zur Grundlage der Verhandlungen gemacht. Er bestimmt im wesentlichen: Der Zweck der Föderation soll sein, die materiellen und moralischen Interessen der Transportarbeiter zu vertreten und zu sichern. Als Mittel dazu werden genannt:

1. Unterstützung der bei der Föderation angeschlossenen nationalen Organisationen in ihrer auf Verbesserung und Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Bestrebungen.
2. Herbeischaffung von statistischem Material über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den verschiedenen Ländern und Berufen.
3. Herbeischaffung von Angaben über die Gesetze und Bestimmungen zur Sicherung von Leben und Gesundheit der in den Transportbetrieben thätigen Arbeiter.
4. Beförderung und Ausbreitung der sozialen Gesetzgebung.
5. Beförderung der internationalen Solidarität und gemeinsamen Bethätigung.

Zum Anschluß berechtigt sind alle Organisationen der Transportarbeiter, nämlich: 1. Eisenbahnarbeiter, 2. Arbeiter der Straßenbahnen, 3. Arbeiter, die im Fuhr- und Transportwesen thätig sind, 4. Hafnarbeiter, 5. Seeleute, 6. Winnschiffer und Holzflößer, 7. Maschinisten, Heizer usw.

Der Beitrag zur Föderation wird auf 3 Pf. pro Mitglied und Jahr für Eisenbahnarbeiter und auf 6 Pf. für die übrigen Arbeiterkategorien festgesetzt. Organisationen, die länger als 2 Quartale im Rückstand sind mit dem Beitrag, verlieren alle Rechte an die Föderation. Unter besonderen Umständen kann Gestundung gewährt werden.

Die Leitung der Föderation wird durch einen Centralrat, bestehend aus einem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter, einem Korrespondenten und zwei Kontrollseuren, ausgeübt. Der Centralrat wird ernannt durch die Vorstände der Organisationen des Landes, wo die Föderation ihren Sitz hat. Die Kontrolle über den Föderationsvorstand wird durch eine Kommission von 3 Mitgliedern, die aus einer andern Nation zu wählen sind, ausgeübt. Diese Wahl soll die Konferenz vornehmen. Die Nationen sollen alle 3 Monate Bericht an den Föderationsvorstand senden und dieser selbst soll alle halbe Jahre einen Jahresbericht geben. — An diesen Vorschlägen wurde eine Abänderung insofern getroffen, als beschlossen wurde, daß auch die Kontrollkommission, ebenso wie der Föderationsvorstand, aus und durch eine Nation gewählt werden soll. Im übrigen sollen die Vorschläge den einzelnen Organisationen zur Abstimmung vorgelegt werden. Als Sitz der Föderationsvorstandes wurde Deutschland bestimmt, als Sitz der Kontrollkommission Frankreich. Die Verlegung des Sekretariats soll am 1. Oktober erfolgen. —

Mit dem Wunsche, die Föderation möge sich ihrer großen Aufgabe, den immer mehr sich organisierenden Kapitalisten die Solidarität und Harmonie des internationalen Proletariats gegenüberzustellen, gewachsen zeigen, schloß der Vorsitzende Müller die Konferenz.

Partei-Nachrichten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Kinderpolitik.

In Erdmannsdorf in Sachsen ist folgende Verordnung erlassen worden:

Gemäß des Beschlusses des Schulvorstandes wird hiermit den Schülern der hiesigen Fortbildungsschule der Besuch des Restaurations-Grundkurses „Zum Waldrieden“ in Augustsburg zur Grund von § 47, letzter Absatz der Ausführungs-Verordnung zum Volksschul-Gesetz vom 25. August 1874, in Verbindung mit § 4 der Kultusministerial-Verordnung vom 4. November 1878 (Gesetz- und Verordnungsblatt vom Jahre 1878, Seite 432) untersagt.

Eltern, Erzieher und Arbeitgeber werden hierdurch beauftragt, die Einhaltung dieses Verbots zu überwachen.

Erdmannsdorf, am 23. Juli 1904.

Der Gemeindevorstand. Der Schulvorstand.

(unleserlich)

Die Gesehesbestimmung, auf die sich die Verordnung stützt, heißt: „Den Schulbehörden bleibt vorbehalten, den Besuch einzelner Vergnügungsorte und Schaulustigungen (durch Schulkinder. Red. b. Vora.) gänzlich zu untersagen. Dieses Verbot kann auch auf die Schüler der Fortbildungsschule ausgedehnt werden.“

Es stellt sich diese Bestimmung äußerlich dar als ein Mittel, Schulkinder und Fortbildungsschülern den Besuch solcher Vergnügungsorte zu untersagen, bei denen sie sittlichen Gefahren ausgesetzt sein könnten. Von solchen ist aber bei dem Besuche des Lokals „Waldrieden“ in Augustsburg keine Rede. Es ist einfach ein Arbeitervereinslokal, und der Arbeiterturnverein, dem Fortbildungsschüler als Turnzöglinge angehören, hält dort seine Übungen

ab. Aber es ist nicht das erstemal, daß diese Vorschrift des Schulgesetzes benützt wird als Kampfmittel gegen die Arbeiter. Es ist vielmehr schon oft vorgekommen, daß sie gegen Arbeiterfestlichkeiten angewandt wurde. Und am Ende ist auch diese Kinderpolitik demselben Geiste der Unsicherheit entsprungen, der die Polizeipolitik überhaupt angeleitet. Gesetliche Bestimmungen, die ganz andern Zwecken dienen sollen, werden durch Auslegungskünste solange gedreht und gedehnt, bis jede beliebige Polizeimaßregel mit dem äußeren Scheine des Rechtes gedeckt wird, während ihr jede Spur von Gerechtigkeit mangelt. Das einzig Tröstliche an der Sache ist, daß solche Kinderpolitik immer das Gegenteil der gewollten Wirkung erzielt.

Aus Industrie und Handel.

Zur Hibernia-Affaire bringt die „Morgenpost“ eine Mitteilung, die, wenn sie zutrifft, auf den Verstaatlichungsplan des Handelsministers ein seltsames Licht wirft. Nach der Versicherung eines Gewerksmannes des Wlades, der sich wiederholt als gut unterrichtet erwiesen hat, soll Herr Müller sich nicht aus eigenem Antriebe zum Kauf der Hibernia entschlossen haben, sondern ihm ein solches Vorgehen von hoher Stelle aus nahegelegt worden sein. Der Gewerksmann schreibt nämlich:

Das würde manches, was bisher an der Affaire nicht verständlich erschien, erklären. Das Eisenwerk „Kraft“ gehörte bis 1898 dem Fürsten Dornberg, der auch jetzt Hauptaktionär und Präsident des Aufsichtsrats ist. Diesem gehört auch der Oberbergat Dr. Wachler an, der neben Geheimrat Knipf der Vertrauensmann der Regierung bei den Aktienkäufen war. Die Bankverbindung des Eisenwerks „Kraft“ ist die Dresdner Bank.

In einer zweifellos aus dem Handelsministerium stammenden längeren Notiz der „Berliner Politischen Nachrichten“ wird dagegen das Vorgehen der Regierung nochmals damit begründet, daß es sich nur darum handle, den Trustbestrebungen, die im Rheinland vorhanden wären, entgegenzutreten. Das wäre nur möglich durch eine gegen solche Trustbildungen gerichtete Gesetzgebung oder durch Ankauf und Verstaatlichung einer der drei größten Bergwerksgesellschaften. Die Regierung habe den letzten Weg gewählt. „Vollkommen irrig erscheint somit“, heißt es in der Notiz, „die Annahme, daß in dieser Sache eine Finanzgruppe auf eigene Faust gehandelt hätte. Die Anläufe von Hibernia-Aktien sind auf Initiative der Regierung und nicht für private Rechnung erfolgt. Es ist daher auch ausgeschlossen, daß die Regierung ihren Plan aufgegeben und wegen des Widerstandes, den derselbe infolge falscher Auffassungen an einzelnen Stellen gefunden hat, zurückgewichen. Nichts wäre falscher, als wenn sich die Aktionäre dem Wahn hingäben, daß die Regierung sich irgend einer Pression unterwerfen könnte.“

Zum Schluß wird mit einem Anti-Kartell- und Anti-Trustgesetz gedroht: „Keine Volkervertreterung wird jemals zugeben, daß der Staat sich um den Entwicklungsgang der Kohlenproduktion und des Kohlenab Absatzes einfach nicht kümmern, nachdem ein so mächtiger Verband wie das Rheinisch-Westfälische Syndikat darauf die Hand gelegt hat und entschlossen scheint, die gewonnene Macht dazu zu benutzen, um der deutschen Montanindustrie überhaupt ein völlig verändertes Aussehen zu geben. Sicher ist, daß eine über große Mehrheit des gegenwärtigen Landtages die Regierung aufs nachdrücklichste bei jedem Schritt unterstützen wird, welcher darauf abzielt, dem Staate, wie dies durch die „Hibernia“-Verstaatlichung angestrebt wird, Einfluß und Einbild bei den Syndikaten zu verschaffen. Ueber diese Gewissheit sollten sich die Beteiligten jedenfalls keiner Täuschung hingeben.“

Die Großindustriellen und die mit ihnen koalitierten Bankgruppen werden sicherlich denken: Dange machen gilt nicht!

Der Gelsenkirchener Montantrust. Die Meldung, daß der Vereinigung der Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaften mit dem Schaller Gruben- und Hüttenverein auch der Aachener Hütten- und Hüttenverein beitreten wird, von der ganzen kapitalistischen Presse lebhaft erörtert. Reist ist man der Ansicht, die wir schon gestern äußerten, daß mit diesen drei Gesellschaften der Trust noch nicht fertig ist, sondern die Angliederung weiterer Gesellschaften folgen wird. Die „Vossische Zeitung“ meint: „Wie von uns längst hervorgehoben und immer wieder betont wurde, glaubten wir in der beschriebenen Annäherung dieser beiden Gesellschaften (Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft und Schaller Verein) nicht das Endziel ihrer Expansionsbestrebungen erblicken zu dürfen, meinten aber, daß dieselben sich auch nach einer andern Richtung hin bewegen und den Anschluß an eine Reihe der dem bekannten Großindustriellen Thyssen nahestehenden Bergwerks- und Hüttenvereine zur Folge haben würden. Daß diese Vermutungen hiermit vollkommen abgehandelt sind, kann zur Zeit noch nicht gesagt werden, wenn auch das Projekt einer späteren Angliederung der Gewerkschaft Deutscher Kaiser an die Gelsenkirchener Bergwerksgesellschaft seitens der interessierten Kreise zur Zeit in Abrede gestellt wird. Möglicherweise ist es ja auch, daß die Gewerkschaft Deutscher Kaiser als Konzentrationspunkt der übrigen Thyssenschen Unternehmen ausseren bleibt, wie andererseits neuerdings auftretende Gerüchte die übrigen großen Kohlenbergwerke in Verbindung mit ähnlichen Plänen bringen.“

Ueber das Motiv der Vereinigung wird das kurioseste Zeug zusammengeschrieben. Die „Kölnische Zeitung“ schreibt: „Sehr wesentlich ist es für die Gelsenkirchener Gesellschaft, daß sie nunmehr auch im Stahlwerksverbande Einfluß erhält, ebenso wie dies durch die Interessengemeinschaft mit Schalke beim Roheisensyndikat und dem Gußstahlsyndikat der Fall ist. Die Beteiligung des Aachener Hütten- und Hüttenvereins im Stahlwerksverbande stellt sich für die Produkte A auf 213 900 Tonnen und für die Produkte B auf 119 068 Tonnen, zusammen also auf 332 968 Tonnen. Nach dem letzten Geschäftsbericht (für 1903/4) förderten die Ergruben in Luxemburg und Lothringen 1 183 888 Tonnen, die 5 Hochofen in Eich stellten 344 272 Tonnen Thomasstaehle her, die Stahlwerke erzeugten 339 858 Tonnen Roheisenerze. Das Kalkwerk Büsbach lieferte 33 671 Tonnen gebrannten Kalk, die Leistung der Thomasphosphatmühle betrug 68 296 Tonnen, die der Gießerei 8616 Tonnen.“

Der „Börsen-Courier“ sieht dagegen in der Vereinigung eine Abwehrmaßregel gegen die Verstaatlichungspläne der Regierung: „In der Öffentlichkeit wird man deshalb die enorme Expansion der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft hauptsächlich als das starke Mittel ansehen, um der Gefahr der Verstaatlichung, die man nach dem Vorgehen der Regierung in Bezug auf die Bergwerksgesellschaft Hibernia vielfach als nahegerückt ansieht, für die Gelsenkirchener Gesellschaft zu begegnen. Und dieser Zweck dürfte auch erreicht werden; denn abgesehen von der Vielseitigkeit der Betriebe, die durch die Fusion mit den beiden großen Hüttenvereinen entsteht, und denen eine Staatsverwaltung schwer gewachsen sein dürfte, wird es sich bei dem zukünftigen Aktienkapital der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft von nominal 125 1/2 Millionen Mark bei dem ungefähren gegenwärtigen Kurswerte um das Fünfen-

abselt von etwa 300 Millionen Mark handeln, womit der Verstaatlichung ein wirksamer Niegel vorgeschoben sein dürfte.“

Der Aachener Hütten-Aktien-Verein ist bereits 1847 von Belgischen Kapitalisten gegründet. Das Aktienkapital beträgt nom. 11 500 000 M., außerdem hat die genannte Gesellschaft noch eine Anleihe von 3 000 000 M. aufgenommen. An Dividenden gelangten in den Jahren 1899/1900 bis 1902/03 zur Verteilung 40 Proz., 25 Proz., 20 Proz. und 30 Proz., die höchste Dividende wurde in dem Jahre 1897/98 mit 50 Proz. ausgeschüttet. Der Verein besitzt 5 Hochofen, Stahl- und Kalkwerke zu Rothe Erde, ein Martinstaahlwerk zu Rothe Erde, Erzgruben in Lothringen und Luxemburg, ein Kalkwerk in Büsbach und eine Thomasphosphatmühle in Rothe Erde. Die Produktion belief sich 1902/03 auf 344 272 Tonnen Roheisen, 339 858 Tonnen Roheisenerze, 8616 Tonnen in der Gießerei, 1 183 888 Tonnen Erzförderung, 32 671 Tonnen Kalkproduktion, 68 296 Tonnen Thomasstaehl.

Geschäftslage im Textilgewerbe. Seit Anfang August belebt sich der Geschäftsgang im Textilgewerbe zusehends. Gegenüber dem Vorjahre ist der Beschäftigungsgrad gegenwärtig zweifellos schon besser. Selbst im Seidengewerbe ist die Lage nicht ungünstiger als 1903. In einem Teil der Webereien kann schon wieder normal gearbeitet werden und für die nächsten Wochen erwartet man einen allgemeinen Umschwung zum Besseren, der damit begründet wird, daß die Mode Seidenstoffe wieder in höherem Maße begünstigt. Die Baumwollspinnerei ist meist voll beschäftigt, wenn auch in manchen Bezirken über geringe Nachfrage nach Garnen durch die Webereien geklagt wird. Doch thut das dem Geschäftsgang der Spinnereien für den Augenblick keinen Eintrag, da diese Betriebe noch auf längere Zeit mit Aufträgen versehen sind. Die Stodung auf dem Garnmarkt ist hauptsächlich dadurch zu erklären, daß die Webereien mit einer Verbilligung der Baumwolle und damit auf niedrigere Garnpreise rechnen, während die Spinner vorläufig nicht daran denken, mit den Garnpreisen herabzugehen.

In der Baumwollweberei selbst ist der Geschäftsgang noch ruhig, ohne daß indessen in letzter Zeit eine Verschlechterung eingetreten wäre. Allerdings häufen sich in vielen Betrieben die Vorräte in bedenklicher Weise. Regier gestaltet sich schon das Geschäft in den Wollwebereien. Im Glauchau-Neeraner Bezirk, wo noch Anfang Juli das Geschäft für den Winter beschränkt, sind die Aufträge aus dem Inland sowie aus den ausländischen Absatzgebieten so reichlich eingegangen, daß von einem flotten Beschäftigungsgrad gesprochen werden kann. In Herrentouren sowohl als auch in Damenstoffen ist der Begehr steigend. Die Betriebe in Forst haben Aufträge, die für Wochen, teilweise sogar für Monate eine normale Beschäftigung gestatten. Wie lebhaft gerade in Forst der Beschäftigungsgrad ist, geht daraus hervor, daß die Spinnereien die für kurze Lieferfristen vorliegenden Aufträge selbst oft gar nicht zu erledigen in der Lage sind, sondern einen Teil davon nach auswärts vergeben müssen.

Die Strumpfwarenbranche, das Stoffhandels- und Wollwebereigewerbe, die Wollstoffbranche und Tüllfabrikation haben in den hauptsächlichsten Bezirken flott zu thun. In Chemnitz herrscht in den meisten Betrieben äußerst lebhaftes Tätigkeits. Weniger günstig liegt die Strumpfwarenindustrie in Zeulendorf, für das namentlich die Exportaufträge ungenügend sind. In der Spitzen- und Siederindustrie steigen die Aufträge seit einigen Wochen, so daß mit einer befriedigenden Herbstbeschäftigung zu rechnen ist. Auf dem Arbeitsmarkt hat die zunehmende Besserung freilich noch zu keiner merklichen Steigerung der Nachfrage geführt. Nur vereinzelt kann der Bedarf weiblicher Arbeitskräfte nicht gedeckt werden.

Die offizielle Begründung der neuen russischen Anleihe ist recht kurios ausgefallen. Sie zeigt, daß selbst in den heutigen ersten Zeiten es im russischen Finanzministerium nicht an Humor fehlt. Der „Regierungsbote“ schreibt nämlich: „Nach dem am 13. Mai veröffentlichten Ausweise der Regierung über die ihr für Kriegszwecke zur Verfügung stehenden freien Summen betragen dieselben zu Beginn des Krieges über 300 Millionen. Inzwischen ist bis zum 16. August allen Ressorts ein Kredit für Kriegszwecke im Betrage von 257 1/2 Millionen eröffnet worden. Daraus geht hervor, daß der Ertrag der Realisierung der fünfprozentigen Schatzscheine, welche im Nominalbetrage von 800 Millionen Frank ausgegeben wurden, noch unberührt ist. Die eben angeordnete neue Anleihe wird dadurch erklärt, daß eine rechtzeitige Verbollständigung der Varmittel während des Krieges besonders wichtig ist und die Unterbringung der Serien einige Zeit beansprucht. Bezüglich der Form der neuen Anleihe ist zu bemerken, daß die Billette der Reichsrentei ein in Rußland weite Verbreitung genießender Wertpapier-Typus und besonders zur Kriegszeit sehr bequem ist, da sie keinen Kurschwankungen unterliegt. Sie dienen oft als Zahlungsmittel an Privatpersonen. Die Realisierung von 100 Millionen der neuen Anleihe ist bereits gesichert.“

Es muß doch nicht gleich gar so grob gesunkert werden.

Der Schiffsahrtkrieg nimmt seinen Fortgang. Seht die eine Schiffsahrtlinie ihre Passagierpreise herab, dann folgt in den nächsten Tagen die Gegenseite mit einer noch größeren Preisreduktion. Die Cunardlinie kündigt eine Jahrespreis-Ermäßigung von 15 Dollars für Passagiere erster und zweiter Klasse von New-York nach Liverpool an. Die Internationale Handels- und Schiffsahrt-Gesellschaft regte in London die Frage an, wie der Maßnahme entgegenzutreten sei. Die White Star-Linie setzt den Preis ihrer zweiten Klasse nach Liverpool herab.

Soziales.

Außenfreundliche Ratgeber.

In der „Sozialen Praxis“ schreibt Stadtrat Dr. Fleck in Frankfurt a. M. über die Verhältnismahl bei den Kaufmannsgerichten und das allgemeine Wahlrecht. Nach allgemeinen Betrachtungen über die Wirkung der Einführung der obligatorischen Verhältnismahl auf die allgemeinen Wahlen und die Wahlen zu andern Institutionen kommt Fleck auch auf die Wahlen zu den Generalversammlungen der Krankenkassen, insbesondere der Ortskassen zu sprechen, er schreibt dazu:

„Und es kann des weiteren auch nicht unbeachtet bleiben, daß die Verhältnismahl, deren Notwendigkeit der Reichsgesetzgeber anerkannt hat, für eine ganze Reihe von Körperchaften auch schon jetzt anwendbar ist, ohne daß es irgend welcher weiteren gesetzgeberischen Maßregeln bedarf. Für die Krankenkassen ist dies in autoritativer Weise in der Sitzung des Reichstags vom 20. April 1903 durch den Vertreter der verbündeten Regierungen ausgesprochen worden, und es ist auf die Zulässigkeit der Verhältnismahl, sowohl für die des Vorstandes in der Generalversammlung der Ortskrankenkassen als für die Wahl des Vorstandes der Betriebskrankenkassen, ausdrücklich aufmerksam gemacht in dem vom Reichsanwalt durch Bekanntmachung vom 1. Juli 1903 veröffentlichten Musterstatuten von Ortskrankenkassen und Betriebskrankenkassen. Die größeren Ortskrankenkassen, Fabrik-Krankenkassen usw. können also sämtlich die Verhältnismahl zur Anwendung bringen, und sie haben, weil sie dies können, die Pflicht hierzu; nicht eine rechtlich erzwingbare, gesetzlich sanktionierte, aber eine politische Verpflichtung. Die Ortskrankenkassen-Verwaltung, die es unterläßt, eine bezügliche Statutenänderung herbeizuführen, setzt die in ihr herrschende Majorität dem Verdacht aus, daß es dieser mehr auf Wahrung ihrer Macht, auf Ausschluß unangenehmer Minoritäten als auf die allseitige und gleichmäßige Mitarbeit aller Mitglieder an der Verwaltung ankomme. Und sie ersichert sich, beiläufig bemerkt, selbst die Durchführung der ihr von dem Gesetz zugewiesenen Aufgaben. Um wieviel glatter würden sich die Kämpfe wegen der freien Wahl abspielen, wenn den Vertretern der Ortskrankenkassen nicht stets offen oder versteckt vorgeworfen würde, daß sie ausschließlich abhängig seien von der sozialdemokratischen Parteiorganisation des Stipes der Krankenkasse.“

So darf es wohl als auffallend bezeichnet werden, daß der Centralverband der Orts-Krankenkassen auf seiner Generalversammlung, die vom 21. August ab in München stattfindet, sich nicht auch mit der Frage der Einführung der Verhältniswahl zu beschäftigen gedenkt. Zu wünschen wäre nur, daß auch wenn der Verband auf seiner diesmaligen Tagung an der Frage vorbeigehen sollte, die Minoritäten, die ja auch bei den großen Orts-Krankenkassen durch das bisher allein übliche System der Majoritätswahl von jeder Beteiligung an den Kassengeschäften ausgeschlossen sind, sich rühren und innerhalb der einzelnen Kassenverwaltungen selbst die Einführung der Verhältniswahl verlangen. Die Aufsichtsbehörden, die ihnen hierbei behilflich wären, würden nicht in die Selbstverwaltung der Krankenkassen eingreifen, sondern im Gegenteil eine Bewegung fördern, welche die Selbstverwaltung, d. h. die Beteiligung aller an der Ordnung gemeinsamer Angelegenheiten zu Ehren bringt.

Mit ganz gleichen Argumenten behandelt ein Artikel der „Frankfurter Zeitung“ den Gegenstand. Diese politische Verfassung, die hier ausgesprochen wird, ist doch etwas allzu deutlich gegen die modernen Arbeiter-Organisationen gedreht. Leider haben diese noch nie die Erfahrung gemacht, daß man solche Verpflichtung ihnen gegenüber anerkannt oder geübt hätte, wo sie in der Minderheit sind oder waren. Wir sind für die Verhältniswahl, aber wir können nicht anerkennen, daß die organisierten Arbeiter in einzelnen Fällen eine Verpflichtung haben und üben sollen, für die sie keinerlei Gegenleistung erwarten dürfen. Wir treten für die gesetzliche Einführung der Verhältniswahl ein und damit erfüllen wir die politische Verpflichtung, auch den Minoritäten eine Vertretung zu gewähren, voll und ganz. Es ist zu viel Selbstlosigkeit verlangt, wenn man den organisierten Arbeitern zumutet, sie sollten dort die Verhältniswahl einführen, wo sie die Mehrheit sind, während man sie ihnen dort verweigert, wo sie durch die Majoritätswahl majorisiert werden. Und der Ortslosetag hat wohl Wichtiges zu thun als zu erörtern, wie sich die organisierten Arbeiter am besten dort der Mehrheit begeben können, wo sie sie haben, ohne sie dadurch dort zu erlangen, wo sie sie nicht haben.

Die freundlichen Ratgeber mögen nur ihre Ratschläge dort anbringen, wo es notwendig ist, gegen eine Majorisierung des Volks nicht durch Mehrheiten, sondern durch Minderheiten aufzutreten.

Kerstliche Hege gegen die Krankenkassen.

In dem Organ des Leipziger wirtschaftlichen Verbandes der Ärzte, die „Kerstlichen Mitteilungen“, schreibt der Führer der Ärztebewegung, Dr. Kormann:

„Zum 1. Vorstehenden der Leipziger Ortskrankenkasse ist, wie wir gleichfalls vorherzusaßen, ein Arbeitervertreter gewählt worden: Otto Hollender, Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“, sozialdemokratischer Stadtverordnetener und einflussreicher Führer der Sozialdemokratie. Die Kerstenschaft kann nur lebhaft diese Entwicklung der Verhältnisse begrüßen, damit sind alle verhängenden Säulen gefallen und alle beteiligten Faktoren sehen jetzt klar, wohin die Reise geht. Die Regierung wird jetzt, wo ein zielbewußter Sozialdemokrat an der Spitze der Ortskrankenkasse steht und wo alle Vorstände nur mit Arbeitervertretern besetzt sind, sicher Veranlassung nehmen, dauernd einen genaueren Einblick in die finanzielle Gebarung des Kassenverbandes zu nehmen. Die „Volkszeitung“ wird diesen wohl begründeten Hinweis zwar wieder eine niedrige Denunziation nennen, aber wir Ärzte haben jetzt noch mehr als früher alle Veranlassung, eine Verschleierung der Kassengeschäfte zu verhindern, damit nicht die ärztlichen Honorarforderungen und die kassenärztliche Tätigkeit als Sündenbock für einen etwaigen Ruin der Kasse hingestellt wird.“

Auch die geschwebenden Faktoren werden aus der Entwicklung der größten Kasse Deutschlands entnommen, wozu das Selbstverwaltungsrecht führt und daß dieses den Arbeitern gewährte Recht zu parteipolitischen Zwecken missbraucht wird. Die Kerstenschaft hat es endlich satt, daß man ihre beschwerlichen Forderungen auf unständiges Honorar und Unabhängigkeit von den Räumlichkeiten des Vorstandes als Vorwand benutzt, um ihre Kosten die Krankenkassen zum Zummelpfad eines parteipolitischen Kampfes herunterzuwirtschaften; die weitere Entwicklung wird lehren, daß die Kerstenschaft schlecht beraten waren, als sie den Ratschlägen ihrer politischen Führer folgten, die Krankenkassen aus unpolitischen Gebilden zur Domäne der organisierten Arbeiterschaft zu gestalten. Die Aufhebung der immerhin recht erheblichen Selbstverwaltungsrechte wird das Ende der Entwicklung sein und die Kerstenschaft werden die unerfreuliche Rolle der betäubten Loggerber zu spielen haben. . . .

Und damit kommen wir auf die Stellung der Arbeitgeber: Diese gingen, solange die Kassen einzig zum Wohle der Versicherten geleitet und verwaltet wurden, trotzdem sie nur eine Minderheit im Vorstand bildeten, doch freudig und friedlich mit den Arbeitervertretern Hand in Hand, waren doch gerade die Krankenkassen der einzige neutrale Boden, wo Arbeitgeber und Arbeitnehmer unbefangenen an einem Arbeitstische zusammensaßen. Auch in Leipzig stand sicherlich fast die gesamte Arbeitgebererschaft auf der Seite des Kassenverbandes. Aber auch hier hat der Kerstelampf flierend gewirkt: man hat eingeschrien, daß der Kampf gegen die Kerste nur ein Vorwand war; um weit höhere Ziele handelt es sich, die Sozialdemokratie will in den Krankenkassen das volle Recht der Verfügung über die riesigen Kassengelder erhalten, die sich aber nicht bloß aus den Arbeitergrößen, sondern auch aus recht erheblichen Unternehmersummen zusammensetzen. Und um den Akt abzufragen, auf dem sie sich, d. h. um der Sozialdemokratie selber in dem Annehmen von Reservefonds behilflich zu sein, die bei gegebenem Anlaß einmal gegen sie selber gebraucht werden könnten, dazu will sich die Arbeitgebererschaft fernerhin nicht mehr begeben. . . .

Und so hätte denn zunächst die Sozialdemokratie in Leipzig ihr Ziel erreicht: souverän steht sie an der Krippe der immer noch reichen Krankenkasse, kein Arbeitgeber hat mehr das Recht, den verschwiegenen Vorstandssitzungen beizuwohnen und Einblick in die Geheimbücher (1) der Kassenverwaltung zu nehmen.“

Angesichts solcher schabigen Heereien muß man uns zu, zu glauben, die Kerste seien im Grunde Freunde der Krankenkassen und der Selbstverwaltung. Wenn die ärztlichen Organisationen nicht Veranlassung nehmen, gegen die elenden Denunziationen ihres Führers entschieden Verwahrung einzulegen, dann kann man nicht glauben, daß sie sie nicht billigen, man wird dann vielmehr annehmen müssen, daß sie damit einverstanden sind.

An der internationalen Regierungskonferenz für Arbeiterschub, die im Mai 1905 in der Schweiz stattfinden wird, hat nunmehr, wie die „Soziale Praxis“ berichtet, auch die englische Regierung sich zu beteiligen beschloßen. Es liegen somit von sämtlichen ausschlaggebenden Staaten Europas, Deutschland, Österreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Italien, Holland, Luxemburg, England und der Schweiz, Zusicherungen der Teilnahme vor. Darauf gestützt wird die schweizerische Bundesregierung nunmehr wohl im Herbst die offizielle Einladung erteilen, um die noch fernstehenden Staaten, vor allem die Vereinigten Staaten und Rußland, zur Beschickung der Konferenz zu gewinnen.

Gewerkschaftliches.

Die letzte Konsequenz.

Vor der Strafkammer in Königsberg fanden am Montag vier Berufungstermine statt, in denen sich in zwei Fällen je ein Maurer, in je einem Fall ein Arbeiter und ein Kassierer wegen Straßenselbstverletzung zu verantworten hatten.

Die beiden Maurer und der Arbeiter waren seiner Zeit vom Schöffengericht freigesprochen, nachdem der Amtsanwalt Strafen beantragt hatte wegen Streikpostennehmens. Der Kassierer, der weder gewerkschaftlich organisiert, noch Sozialdemokrat war, sollte gleich-

falls Streikposten gefunden haben. Wegen ihn beantragte aber selbst der Amtsanwalt vor dem Schöffengericht Freisprechung. Aber auch gegen dieses freisprechende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt.

Auch durch die erneute Beweisaufnahme im Termin vor der Strafkammer konnte den drei erstgenannten Angeklagten nichts weiter zur Last gelegt werden, als daß dieselben in ruhiger einwandfreier Weise den ankommenden Arbeitswilligen mitgeteilt hatten, daß in Königsberg gestreikt werde. Sie hatten allerdings dabei auf der Strafe bestanden, besonders Streikposten verboten.

Ganz besonders merkwürdig ist aber der Fall mit dem Kassierer. Am 26. April hatte er von den Kunden seines Geschäfts Geld einliefert und wollte über den Marktplatz zu weiteren Kunden gehen. Hier stieß er auf eine größere Menschenmenge, die darauf wartete, wie von einem Neubau die dort beschäftigten arbeitswilligen Italiener, nachdem sie Feierabend gemacht hatten, herunter geholt, in eine Journaliere gepackt und fortgeführt wurden. Der Kassierer ging, wie er behauptete, langsam weiter und machte sich nach Art dieser Leute dabei einige Notizen in seinem Buch. Sofort trat ein Schutzmann auf ihn zu, faßte ihn am Arm und forderte ihn auf, weiter nach der andern Straße zu gehen. Der Kassierer, der eine andre als die vom Schutzmann angewiesene Straße passieren wollte, weigerte sich. Da trat der Polizeikommissarius hinzu und befahl, den Mann zu arretieren. Er mußte bis zum andern Tage auf der Polizeiwache bleiben. Auf die Aussage des Kommissarius, der Kassierer wäre wiederholt aufgefordert worden, den Marktplatz zu verlassen, verurteilte ihn die Strafkammer jetzt zu 15 M. Geldstrafe. Die drei erstgenannten Angeklagten wurden zwei zu je 15 M. Geldstrafe, der dritte zu 1 Woche Gefängnis verurteilt. —

Von dem völlig unbeteiligten Kassierer mag ja die über ihn verhängte Strafe als ungerichtet empfunden werden; aber sie ist zweifellos nicht weniger berechtigt, als die gegen die Streikposten verhängten Urteile. Das Gericht in Königsberg war nur konsequent, wenn es die Straßenselbstverletzung nicht nur auf die Streikposten, sondern auch auf unbeteiligte Dritte anwandte. Man muß im Angesichte der gegenwärtigen Situation in der Rechtspflege die Gerichte geradezu vor solche Konsequenzen stellen.

In Berlin verbietet die Straßenselbstverletzung — unglücklich aber wahr! — das Stehenbleiben auf der Granitbahn des Bürgersteiges! Begegnet einmal einer er bestraften Streikposten zufällig einem seiner Herren Richter auf der Straße, wie er auf der Granitbahn das Herannahen eines Straßenselbstverletzenden abwartet oder gar mit einem Kollegen stehend disputiert — frugs Zeugen festgestellt, die dieses Vergehen gegen die Straßenselbstverletzung bekunden können und Anzeige erheben! Kein Richter in Moabit ist in der Lage, den angeklagten Kollegen freizusprechen; er muß ihn verurteilen und — worauf es dabei ankommt — auch die famose Straßenselbstverletzung.

Berlin und Umgegend.

Streik und Aussperrung der Formner.

In Ausführung des am Mittwoch gefassten Beschlusses, daß in den Miggereien sämtliche noch arbeitenden Formner nach beendeter Arbeit die Arbeit niederzulegen haben, ist die Zahl der Ausständigen bereits auf 94 gestiegen. Es arbeiten noch ca. 400 Mann, die in den nächsten Tagen ebenfalls mit ihrer Arbeit fertig werden und sich dann zum weitaus größten Teil ihren streikenden und ausgesperrten Kollegen anschließen dürften. Es herrscht gegenwärtig in der Berliner Metallindustrie die Stille vor dem Sturm. Die Aussperrung ist ihren etwaigen Folgen bildet überall das Tagesgespräch, es sind keine Schmeicheleien, die dabei über die Kühnheit der Arbeiter zu werden. Die Formner selbst sehen der Weiterentwicklung der Dinge gelassen entgegen.

Der Streik ist nunmehr beendet, nachdem er seit dem 1. August mit voller Energie von den Gesellen geführt worden ist. Allerdings lag es, ehe die Beendigung ausgesprochen wurde, in der letzten Streikversammlung am Mittwochabend zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen in der Organisation. Bekanntlich hatten die Streikenden am Dienstag die Anerkennung des von der gemischten Tarifkommission vereinbarten Tarifvorschlags gegen eine starke Minderheit beschlossen. Am Mittwoch aber wurde der Streikleitung ein von 152 Gesellen unterzeichneter Antrag unterbreitet, den Anerkennungsbefehl wieder zu annullieren, einmal weil die Gültigkeit der Abstimmung zweifelhaft wurde, und dann auch, weil der Tarifentwurf nach Meinung der Antragsteller zu wenig Zugeständnisse seitens der Arbeitgeber enthielt. Die Streikleitung dagegen befürwortet schon aus moralischen Gründen die Aufrechterhaltung des einmal ordnungsmäßig gefassten Beschlusses; auch war sie der Meinung, daß die Errungenschaften, wie die Lohn-erhöhung um 5 M. pro Stunde und Anerkennung der Organisation im immerhin als ein nicht zu unterschätzender Erfolg angesehen werden müsse, wenn auch nicht alle früheren Forderungen durchgeführt seien. Es kam darüber nun zu einer sehr erregten und ausgedehnten Debatte, die ihren vorläufigen Abschluß tatsächlich in der Annullierung des Anerkennungsbefehls fand. Darauf legten die Mitglieder der Tarifkommission ihr Amt nieder, indem sie sich außer Stande erklärten, auf einer neuen Grundlos nochmals mit den Arbeitgebern zu verhandeln. Da eine neue Kommission aber nicht zusammen zu bekommen war und die Anwesenden sich auch davon überzeugten, daß eine weitergehende Aneignung ihrer allgemeinen Position nicht förderlich sein könne, so einigten sie sich gegen ihre morgens doch wieder dahin, den von der gemischten Kommission vereinbarten Tarifentwurf endgültig anzuerkennen. Schon vorher hatte eine Deputation der Arbeitgeber der Streikleitung die Mitteilung überbracht, daß auch die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes den Entwurf acceptiert habe. Die Arbeit wird demgemäß am heutigen Freitag wieder aufgenommen. Der Vorstand der Organisation weist jedoch darauf hin, daß auch jetzt nach Beendigung des Streiks jeder arbeitende Arbeiter mit einer Arbeitsberechtigungskarte versehen sein muß, die drei rote und zwei grüne Marken enthält.

Der Streik der Fleischer wird aus Anlaß der von den Meistern gefürchteten Bewegung der Gesellen mit genau denselben Mitteln bekämpft, wie die Bädermeister seiner Zeit erfolglos gegen die Organisation der Bäder anwendeten. Zunächst ging man an die Gründung ein Streikbrecher-Organisation, die — ebenfalls analog in Vorgängen im Bädergewerbe — im Stadtteil Moabit das Licht der Welt erblickte. Die Schlichtergesellen Arthur Riech bei Herrn Stächtermeister Friedrich, Stephanstr. 44, Karl Schütte bei Leifer Dabelow, Wilsnaderstr. 40, und Otto und Max Prusow, letzterer bei Reijter Pauli, Wadensers-straße 20, hielten sich plötzlich gedrungen, ihren Meistern durch Gründung einer Fleischergefellens-Vereinigung „Berlin Nordwest“ zur Seite zu treten. In einer Versammlung, die zu diesem Zwecke einberufen war, wurde eine Resolution angenommen, in der die anwesenden Schafe im Gegensatz zu den Bökern vom Centralverband erklärten: „in guter und erster Zeit treu zu Meistern und Handwerk zu halten; ferner sich von allen sozialdemokratischen Agitationen und Streikheeren fernzuhalten.“ Die Heere von nicht sozialdemokratischer Seite scheinen sich die Herrschaft allerdings nicht so vom Leibe halten zu können und diese Heere ist ihm offenbar auch ihre Wirkung. So ließen Mitglieder der Streikbrecher-Vereinigung der Fleischergefellens Berlin-Nordwest dem Centralverband dieser Tage das verbrannte Mitgliedsbuch eines Verbändes zugehen. Der Sendung war ein Schrift-

stück beigelegt, in welchem dieses Auto-da-fé in Versen gefeiert wurde, die noch schlechter waren als die Sache, welche der betreffende Fleischer des Beglaubigten bezug. Die Unbarmerzigkeit, mit welcher er das arme Füllgelpferd mißhandelte, läßt beinahe vermuten, daß es sich um einen Hofschlichter handelt. Oder hat die Schlichter-Zinnung nach dem Vorbilde der Reberkriener Farbenfabriken ihre Streikbrecherkolonne bereits mit Mitteln versehen und diese macht ihren ersten Ausfall gegen die organisierten Fleischer infolge dessen nothgedrungen in Mäntelwerfen?

Achtung, Maurer! Die Sperre über den Bau Raths, Kommandant, ist aufgehoben. Der Unternehmer erklärte bei der Verhandlung, daß er in Zukunft dafür Sorge tragen werde, daß sich die Poliere keine Uebergriffe erlauben dürften. Sollte dies bei dem Polier Maack trotzdem der Fall sein, so wird nach Feststellung der Sache seitens der Richter-Kommission unmaßhäßig die Entlassung des Poliers die Folge sein.

Deutsches Reich.

Achtung, Schuhmacher. In der Schuhfabrik von Franz Heide in Bernau waren in der vorigen Woche Differenzen ausgebrochen und kam es zu einer Arbeitsniederlegung. Doch wurde eine Einigung erzielt und die Arbeit wieder aufgenommen. Unter andrem gab der Fabrikant das Versprechen, daß das lange Warten auf Arbeit wegfallen werde. Auch sollten die Lohntarife gültig bis 1. April 1906 in dem Betriebe ausgehängt werden. Leider ist auch hier wieder von seiten des Unternehmers gezeigt worden, daß Versprechen leichter ist als Halten. So ist der Tarif nicht ausgehängt worden, auch hat das Warten nicht aufgehört; ja es scheint sogar, als ob der Fabrikant seine Leute so nach und nach entlassen möchte, denn er sucht Zwicker in auswärtigen Blättern, obgleich er, wie schon oben angeführt, nicht für die jetzt Beschäftigten genügend zu thun hat. Wir erlauben darum alle Kollegen, Bernau vorläufig zu meiden und Zugang fern-zuhalten.

Die Ortsverwaltung Bernau des Vereins deutscher Schuhmacher. Der Gerichtsvollzieher im Lohnkampfe. In Düsseldorf haben die Unternehmer jetzt neben den Schutzeuten, die von ihnen im wirtschaftlichen Kampfe ganz selbstverständlich die Hilfe reklamieren werden, auch — die Gerichtsvollzieher aufgeboden. Eine Studfirma verwendete folgendes Schriftstück:

Herrn V. B. Seiding, Studgeschäft, Reuß.
Der Statistiker Albert G. von Düsseldorf, hat bei mir eine übernommene Accordarbeit nicht fertig gestellt und ist bei Ihnen in Arbeit getreten. Ich fordere Sie hiermit auf, den Genannten sofort zu entlassen und mache Sie für allen Schaden unter Hinweis auf die betreffenden Paragraphen der Gewerbe-Ordnung haftbar.

Achtungsvoll
gez. F. Jakob.
Beglaubigt.

Charlt, Gerichtsvollzieher.

Der Säcker vor dem Gerichtsvollzieher ist nun tatsächlich dem Reuther Unternehmer so in die Glieder gefahren, daß er den betreffenden Arbeiter entließ, obgleich die betreffenden Paragraphen der Gewerbe-Ordnung nur in der Phantasie des Herrn F. Jakob existieren. Vielleicht macht nun aber seinerseits der betreffende Arbeiter eine Schadensersatzklage gegen den Unternehmer anhängig, der ihn um sein Wort brachte lediglich deswegen, weil der Arbeiter seine Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern trachtete.

Der Lohn der Arbeitswilligen. In der Düsseldorfer Brotsfabrik von Schergag war ein junger Mann als Gelegenheitsarbeiter im Stall und als Kutscher beschäftigt. Beim Ausbruch des Bäderstreiks verwandte man ihn als Helfer in der Not in der Bäckerei. Da er mit den Maschinen nicht umzugehen wußte, wurde er — jetzt hat ihn die Firma entlassen. — Wie sagte jener Berliner Bädermeister bei der Entlassung eines Arbeitswilligen? „Da können Sie sehen, wie dumm sie waren!“

Der Streik in den Farbenfabriken vorm. Beher u. Co. zu Leverkusen dauert fort. Die Direktion sucht fortgesetzt Arbeitswillige und bietet den Agenten für jede Seele 1,50 M. Das ist genau so nobel wie das Verhalten den Arbeitern gegenüber. Bietet man doch den Schloßern einen Lohn von — 3 M.! In einem Schreiben der Direktion an die Streikleitung führte diese aus, sie habe ihre Arbeitswilligen keine „Knüppel“, sondern denen, die es wünschten, „solide Spazierstöcke“ verabreicht. In einer Versammlung der Streikenden wurde diese Mitteilung mit Gelächter aufgenommen und von dem Gaukler Riegler humorvoll die Erwartung ausgesprochen, daß die Geschäftsleitung der Fabrik ihren Arbeitswilligen am nächsten Jahltage lange Pfeifen und Schlafstöcke, den Arbeiterinnen aber Sonnenströme verabreichen werde. — Die Aktien des Unternehmens sind bereits im Kurse zurückgegangen.

Zu dem neu abgeschlossenen Lohnvertrag im Gebiete des Mitteldeutschen Arbeitgeber-Verbandes für das Baugewerbe, den wir im „Vorwärts“ Nr. 191 mitteilten, werden wir erucht, mitzuteilen, daß die in der ersten Spalte der Tabelle unter 1904 angegebenen Löhne die bisherigen sind und daß nach Aufnahme der Arbeit sofort die in Spalte 2 unter 1905 mitgeteilten Löhne in Kraft treten, die sich dann von Jahr zu Jahr, wie sonst richtig dargestellt, steigern.

Ausland.

Die Ziegelverlader Stockholms sind am Montag in den Streik getreten. Sie hatten den Ziegelimporteurten am 5. August Forderungen auf Erhöhung der Accordlöhne eingereicht. Die Unternehmer wollten die Forderungen nur zu einem geringen Teil bewilligen, worauf der Fachverein der Ziegelverlader die Arbeitsniederlegung beschloß.

Briefkasten der Redaktion.

Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Briefzeit: 7 Uhr.

N. 7. 3. 1. Berlin kann die Weitergewähr der Armenunterstützung von dem Verbleiben in Berlin abhängig machen. 2. Winklers zwei Jahre. — **Friedrich 100.** Verlegt der Vormund die Umwidmung zur Beschließung, dann kann sie durch das Vormundschaftsgericht ersetzt werden. Nach vollzogener Beschließung geht Vormund und Nachtrag des Vermögens der Ehefrau auf den Ehemann über. Dilem ist dann also das Vermögen der Ehefrau vom Vormund auszuhandeln, sofern nicht von den Eltern der Frau in einer letztwilligen Verfügung bestimmt ist, daß die Ausübung erst nach Vollendung des 21. Lebensjahres erfolgen solle. Ist das der Fall, dann kann die Auszahlung auch erst zu diesem Zeitpunkt erfolgen. — **Kuno.** Trifft ihn ein Verdict, dann kann er auch noch im Laufe des 4. Jahres heilbar gemacht werden, falls nicht besondere Vertragsabreden entgegenstehen. — **M. 100.** Rein. — **Fraut.** Sie müssen für den Schaden aufkommen. — **K. Jünnou.** Rein. — **Dora Hamburg.** 1. Die Frau erbt den ganzen Nachlaß, die Hochzeitsgeschenke und vom übrigen Vermögen die Hälfte. Nachtrag gebührt ihr auch der Trauung. 2. Die Regierung. — **Schlicht.** Allerteilnehmlich sechs Wochen vor Ablauf des Vierteljahres. — **G. H. Nibdorf.** Die Frau ist freient, aber nicht inwaldbenutzungsfähig. — **N. 2.** 100. 1. Ratenzahlungen werden jedenfalls bewilligt werden, eine Steuererhöhung dagegen wahrscheinlich nicht. 2. Ja. — **N. 13.** Die Erbschaft braucht nur bis zur Beendigung des Dienstverhältnisses, d. h. hier ansetzend nur bis zum 1. September, für Kur- und Verpflegungskosten aufzukommen. In einer Testamentarische braucht sie das Dienstverhältnis nicht anzunehmen. — **N. 2. 3.** 1. Rein, wohl aber ist es in den Nebenverträgen häufig bestimmt. 2. Gänzlich ganz von den Umständen ab, die mit dem Vermögen getroffen sind. Ohne solche Abmachungen können Schlichter nicht verlangt werden. — **J. G. C.** Nach Ihrer Darstellung scheint es, als hätte der Unternehmer die Weiterarbeit verboten, wenn nicht zehn Stunden gearbeitet werde. Ist dies der Fall, dann läge eine unbedingte Entlassung des Arbeiters vor, der dann den vollen Accordwert verlangen könnte. — **G. S. 79.** Der Wert ist im Recht. — **G. 2. N.** Wenn sich die Verhältnisse im wesentlichen geändert haben, können die Eltern neu klagen. Eine Klage der Stadt Berlin wäre auch ohne diese Voraussetzung zulässig. — **10. 11.** Sie sind selbstverständlich strafbar. Das Begleichen der Blumen, so daß das Wasser auf die Straße läuft, ist überhaupt unzulässig. — **Nibdorf 67.** Stempelung ist für die Gültigkeit unnötig. Ihr Bruder ist an den Verlag gebunden.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 19. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues Musik. Opern-Theater.
Der Bettelstudent.
Belle-Alliance. Kamrad Lehmann.
Anfang 8 Uhr.
Schiller O. (Ballner-Theater.)
Der Troubadour.
Westen. Liebeshandel.
Berliner. Japsentreich.
Neues. Rabale und Liebe.
Reichens. Die 300 Tage.
Kleines. Raschlahl.
Trianon. Die Notbrücke.
Metropol. Ein tolles Jahr.
Apollo. Venus auf Erden. Spezialitäten.
Sternwarte. Nur eine Nacht. Am andern Morgen.
Stadt-Theater Moabit. Der reiche Postleutnant.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Vassage-Theater. La belle Georgette. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taudenstraße 48/49.
Die Weltausstellung in St. Louis.
An den Seen Oberitaliens.
Invalidentheater 57/62. Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Neues Theater.

Schiffbauerdamm 4a-5.
Kabale und Liebe
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Einem Jux will er sich machen.

Central-Theater

8 Uhr: **Ginasterabend** aus **Fritz Reuters** Werken: 1. Die Kamellen. 2. Luschen und Riemels. 3. Dünne Rutes Abschied. 4. Jochen Böfel. 5. Bräutigam's letztes Ständlein. 6. Ein kleiner Beamter.
Emil Richard, 1. u. 2. Gasthaupteinleiter, a. G. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Belle-Alliance-Theater.

Täglich abends 8 Uhr:
Kamrad Lehmann.
Militärposse mit Gesang und Tanz in 4 Akten.
Im Sommergarten Anfang 6 Uhr:
Curt Goldmann - Konzert und grosse Spezialitäten-Vorstellung.

Kleines Theater.

Unter den Linden 44.
Nachtsydl.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: **Nachtsydl.**

Trianon-Theater.

Georgenstraße zwischen Friedrich- und Unterhändlerstraße.
Die Notbrücke.
Lustspiel in 3 Akten von Fred Grefse und Francis de Croisset.
Anfang 8 Uhr.

Residenz-Theater.

Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Die 300 Tage.
Schwank in 3 Akten von Paul Bernau u. Robert Gormen. Deutsch v. A. Holm. Der Richard Alexander in der Hauptrolle.

Apollo-Theater.

7 1/2 Uhr: **Garten-Konzert.**
8 Uhr:
Venus auf Erden.
Operette von **Paul Lincke.**
9 1/2 Uhr: Die phänomenalen Attraktionen des grossen **August-Programms** und **Rob. Steidl** mit neuen Schlagern.

Metropol-Theater

Der grösste Erfolg dieses Jahres
Ein tolles Jahr
Gr. dramatisch-satirische Revue in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Bernhard Rose-Theater

Gesundbrunnen, Poststraße 58.
Täglich:
Wie einst im Mai.
Vollständ. mit Gesang in 2 Bildern von Reiflinger.
Die Blüdfahrt im Todesring.
Paul Coradini. X X **Arthur Wolff.**
Luis Trio. X **Lautaro** et **Angela.**
Im Saal: **Ball.**
Entrée 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Wie einst im Mai.

Die Blüdfahrt im Todesring.
Paul Coradini. X X **Arthur Wolff.**
Luis Trio. X **Lautaro** et **Angela.**
Im Saal: **Ball.**
Entrée 30 Pf. Nummerierter Platz 50 Pf.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Sanssouci.

Kollbuscher Thor - Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Soliree:
Tanzkränzchen.
Neu! Zum Schluss: **Neu!**
Unser Kind.
Jeden Mittwoch:

Urania.

Taubenstr. 48/49.
Um 8 Uhr im Theater:
Die Weltausstellung in St. Louis.
Hierauf:
An den Seen Oberitaliens.
Sternwarte Invalidentheater 57/62.

Passage-Panopticum.

Das Bärenweib, lebend.
Der 16-jährige Riesenknabe
Der lange Josef
217 cm gross.
Nada und Mnomos.
Gedankenleser.
Der Leichenfund.
Aga, die schwebende Jungfrau.
Alles ohne Extra-Entree.

P. CASTAN'S PANOPTICUM.

Friedrichstr. 163.
Das grösste Ehepaar der Welt
die grösste Sehenswürdigkeit des 20. Jahrhunderts.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
In der Arena: **Der See-Elefant.**
Eintritt vom Garten 20 Pf., von der Strasse 30 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Cirkus Sarrafani.

Grösster und elegantester Zelt-Cirkus Europas.
Täglich:
5 dressierte Havanna-Schweine.

Diez' Specialitäten-Theater.

Landsberger Allee 70/79.
Direkt Ringabstufung.
Täglich ab Regent im herrlichen Garten od. gr. Saal: das neue konkurrenzlose Programm, ca. 35 erstklassige Nummern. Mit köstlichem Beifall!

Les trois Daills.

die Fahrt im kleinste Todesring.
Beste Motor-Renn-Compagnie mit ununterbrochenen Original-Trips.
Orig. **Köhley-Trio,** senat. Leiter. Akrobaten und Hochturnkünstler.
Hedy Brunien, der kleine Kobold.
Elsa u. Paul Joeschek, urkomisch.
Orig. **Luigia u. den Gigilo,** konkurrenzlos.
Lager **Relange-Alt.**
Max Tripps, der beliebte Fritz Brand zc.
Raffestücke, Volksbelustigungen.
Ab 2 Uhr: **Ball.** Entrée 20 Pf.
Sonntags 30 Pf.

Gebüder Herrnfeld-Theater.

(XIII. Berliner Winter-Saison.)
Nur eine Nacht.
Zwei Akte aus einer Uge.
Am andern Morgen.
Nachspiel zu "Nur eine Nacht".
Beide Stücke mit den Autoren **Anton und Donat Herrnfeld** in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Kassen-Eröffnung 7 Uhr. Vorverkauf täglich 11-2 Uhr.
Der große Naturgarten ist geöffnet.

Fröbels Allerlei-Theater

fr. Pahlmann, Schönhauser Allee 148.
Heute Wohlthätigkeits-Vorstellung des Nationaldanks (17. Lokal-Kommisariat).
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Sommerachts-Tanz.
Anfang 4 1/2 Uhr. Entrée 30 Pf.

W. Noacks Theater.

Direktion: Rob. Dill, Brunnenstr. 16.
Ein Berliner Tangenichts.
Lebensbild mit Ges. von Max Koch. Nach Mitternacht! **Geschw. Kaiser.**
Anfang 6 Uhr. Kassenöffnung v. 3 Uhr ab.
BALL.
Bei schlechtem Wetter Vorst. im Saal.

Sanssouci.

Kollbuscher Thor - Stat. der Hochbahn
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Sonntag, Montag, Donnerstag:
Nach der Soliree:
Tanzkränzchen.
Neu! Zum Schluss: **Neu!**
Unser Kind.
Jeden Mittwoch:

Schweizer-Garten

an Köpenick, am Friedrichshagen 29/32.
Täglich: **Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Das Eiserl, Liebespiel v. Anst.
Das Damenregiment.
Grosse Posse mit Ballett u. Evolution von G.H.
Jeden Mittwoch:

Schweizer-Garten

an Köpenick, am Friedrichshagen 29/32.
Täglich: **Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Das Eiserl, Liebespiel v. Anst.
Das Damenregiment.
Grosse Posse mit Ballett u. Evolution von G.H.
Jeden Mittwoch:

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Ballner-Theater). Morwiz-Cyber.
Freitagabend 8 Uhr:
Wahlsieds-Gesellschaft **Geinrich Bötel** im Schiller-Theater O.:
Der Troubadour.
Grosse Oper in 4 Akten von G. Verdi.
Sonabendabend 8 Uhr:
Robert der Teufel.
Sonntagabend 8 Uhr:
Reihe Opern-Vorstellung im Schiller-Theater O.:
Oberon, König der Elfen.
Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).
Geöffnet inkl. Sonnabend.
Morwiz-Cyber.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
bei halben Preisen:
Der Freischütz.
Sonntagabend 8 Uhr:
Gesellschaft **Geinrich Bötel.**
Der Postillon von Lonjumeau.
Im Garten: **Grosses Militärkonzert.**

Nur noch kurze Zeit!

Flotten-Schauspiele
Kurfürstendamm 153-156.
Straßenbahn-Verbindung: Linien A, A/E, T, V, 91.
Grösste Wasser-Schauspiele der Welt
auf 6000 qm großem See.
In die Luft sprengen von Kriegsschiffen.
Vorstellungen: Wochentags 4 und 8 Uhr. Mittwoch: Sonntags 3, 5 1/2, u. 8 Uhr. Billiger Tag! Donnerstag: Elite-Tag.

Max Klieem's Sommer-Theater

Hasenheide 13-15. - Artistische Leitung: Paul Mühlitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Jeden Montag: **Sommerfest.** - Jeden Mittwoch: **Die beliebtesten Kinderfeste.** - Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Kaffeeküche ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochlegante Regalbahnen, Würfelbahnen, Konditorei, Blumenhand zc.
In den Sälen:
Grosser Ball.

Landes-Ausstellungs-Park.

Täglich: **Doppel-Konzert.**
Dejeuners von Mark 2,50. Diners und Soupers von 4 Markan.
Die neuerbauten Festsäle stehen in den Wintermonaten für Vereins- und Familienfestlichkeiten zur Verfügung. Direkte Anfahrt von der Strasse **Alt-Moabit.**

Passage-Theater.

La belle Georgette,
Flammen- und Radium-Tänzerin.
Bioskop, Ringkampf:
Hackenschmidt-Jenkins.
Vierzehn erstklass. Nummern.
Gustav Böhrens
Specialitäten-Theater,
Frankfurter-Allee 85.
Sonabend, den 9. August:
Grosse Eröffnungs-Gala-Vorstellung.
Erstklassige Kränze, ausserordentliches Programm. Anfang 7 Uhr.

WINTER GARTEN

Eröffnungs-Programm.
Pas de Deux oriental.
Tilly Bébé mit ihren 12 Löwen.
Paula Worm, Operettensängerin.
Ital. Harmonieorchester, 23 Harmonistinnen.
Rudolf Sogommer, Ventrioloquist.
Soverin und Mlle. Dorville in der Pantomime „Der Trunkenbold“.
Die Klein-Familie, Radfahrer.
Die 8 Cocktails, Tanz-Ensemble.
Die Bagassens, komische Jongleure.
Die 3 Meteors, Hochturner.
Marcell Salzer, Vortragskünstler.
Biograph, darstellend d. Ringkampf zwisch. Hackenschmidt u. Jenkins.

Berliner Prater-Theater

Kastanien-Allee 7-9
Täglich: Der rechte Weg.
Pantomime: Ein ruhiges Zimmer zu vermieten.
Satanelle-Trio, Wärdinns.
Grigolati-Truppe, Konzert, Ball, Specialit. Anf. 4 Uhr.
Entr. 30 Pf. Rum. 45. 50 Pf.

Etablissement Guggenhausen

Moritzplatz.
Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch.
Im großen schattigen Naturgarten jeden Abend 8 Uhr:
Konzert.
Dienstags, Donnerstags, Sonntags:
Fuhrmanns-Walde-Sänger.
Sonabend im Kassenlokal: **Tanz.**

Schweizer-Garten

an Köpenick, am Friedrichshagen 29/32.
Täglich: **Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Das Eiserl, Liebespiel v. Anst.
Das Damenregiment.
Grosse Posse mit Ballett u. Evolution von G.H.
Jeden Mittwoch:

Schweizer-Garten

an Köpenick, am Friedrichshagen 29/32.
Täglich: **Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Das Eiserl, Liebespiel v. Anst.
Das Damenregiment.
Grosse Posse mit Ballett u. Evolution von G.H.
Jeden Mittwoch:

Schweizer-Garten

an Köpenick, am Friedrichshagen 29/32.
Täglich: **Theater, Ball u. Spezialitäten-Vorstellung.**
Das Eiserl, Liebespiel v. Anst.
Das Damenregiment.
Grosse Posse mit Ballett u. Evolution von G.H.
Jeden Mittwoch:

Gau 9 Achtung! Gau 9

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Kette“, Tegel.
Sonntag, den 21. August d. Js., in Wilh. Trapps Festsälen, Bahnhofstrasse No. 1:
4. Stiftungsfest,
bestehend in Korsofahrt, Reigenfahren, Kunstfahrten, Spezialitätenvorstellung und Ball.
Empfang der auswärtigen Vereine von 11-2 Uhr mittags im Tegelers Seefeldhofen 3. Klippenstein. Beginn der Korsofahrten Punkt 2 1/2 Uhr. Kaffeeküche von 3 Uhr ab zur Verfügung. Herren, die am Tanze teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet Das Komitee.

Reichshallen-Theater.

Täglich: **Stettiner Sänger.**
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Gildenburger Apotheke

neu eröffnet
Oldenburgerstr. 35,
Ecke Wielestrasse.

Alle Wanzen

werden nebst Brut durch mein Mittel vollständig vertilgt. - H. 50 Pf. u. 1.00. - Ebenso Schwaben, Ruffen, Franzosen, Blattläuse zc. Schil. 30 Pf., 60 Pf. u. 1.00. 59112*
Zahlreiche Anerkennungen.
1000 Mark Belohnung
gegen denjenigen, der mir einen Nachfolger nachweist. Nur allein erst bei Hugo Barth, Drogerie, jetzt Brunnenstraße 14, früher Nr. 18.

Annahme-Stellen für „Kleine Anzeigen“.

Osten:
Wengels, Gr. Frankfurterstr. 133, 6
Gustav Vogel, Kopenstr. 85.
G. Stamm, Holzmärktstr. 48a.
Nordosten:
J. Reul, Barnimstr. 42.
Nord:
G. Rasche, Hagenstr. 21.
Karl Mars, Kastanien-Allee 95/96.
G. Stolzenburg, Wiesenstr. 41/42.
H. Dehaan, Ruhelplatzstr. 24.
H. Vogel, Demminstr. 32.
H. Tich, Invalidenstr. 124.
Nordwesten:
Karl Anders, Salzweberstr. 8.
Südwesten:
G. Werner, Wittenwalderstr. 30.
H. Schröder, Kreuzbergstr. 15.
Süden:
St. Frig, Prinzenstr. 31.
H. Gutschmidt, Kollbuscher Damm 8
Südosten:
Paul Böhm, Vaußner Platz 14/15.
H. Horst, Engel-Ufer 15.
Charlottenburg:
G. Schornberg, Seefelderstr. 1.
Steglitz:
G. Bernice, Schloßstr. 115.
Friedrichsberg:
O. Seiffel, Kronprinzenstr. 50.
Pankow:
Kummerl, Florstr. 48.
Rixdorf:
W. Heinrich, Brigg Handjerystr. 7.
Conrad, Hermannstr. 50.
Schöneberg:
Willy Bäumer, Martin Lutherstr. 51.
Weissensee:
W. Redde, Gählerstr. 46.
Zul. Schilfert, Königshaussee 39a.

Victoria-Bräuerei

Lützowstr. 111/112.
Täglich im Garten oder Saal:
Korsts Norddeutsche Humoristen
und **Quartett-Sänger.**
Anf.: Jede 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Bew. haben Gültigkeit.

Osibahn-Jark.

Am Küstinerplatz, Rüdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich
Gr. Konzert-Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Dr. Simmel, Prinsenzstr. 41.

Spezialist für **Haut- und arnleiden.**
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 2-4.

Fritz Wilkes Festsäle, Brunnenstr. 188.

Säle, Vereinszimmer u. Garten, 40-500 Pers. Fass., Bühne m. 28 Verwandl., noch an Wochenagen, Sonnabenden u. Sonntagen zu vergeben. [59702]*
Prima Weissbier. ♦ Vorzügliche Küche. ♦ Kulanteste Bedingungen.

Socialdemokratischer Wilverein

Schöneberg.
Sonntag, den 21. August 1904:
Grosses Sommerfest
in den Obst'schen Lokalitäten, Meiningenstr. 8.
Aktionen der Volkssänger-Gesellschaft „Lewandowsky“.
Konst. Gratisverlosung wertvoller Gegenstände. Kinder-Fackelzug. Tanzkränzchen usw.
Eintritt 25 Pf. - Anfang nachm. 4 Uhr. - Tanz: Herron 50 Pf.

Konsumverein für Schöneberg und Umgegend in Liquidation.

Freitag, den 26. August, abends 8 Uhr, bei Cbft, Weiningenstr. 8:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
Bericht der Liquidatoren. 126/7
Die Liquidatoren.
Reichs. Kuhlmeij. Mieths.

Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein.

Touren zum Sonntag, den 21. August:
1., 2. 3. Abt. früh 7 Uhr nach Kleinsee, mitt. 1/2 Uhr nach Franz. Buchholz (Rahne).
Beide Starts Prenslauer Thor.
4., 5. u. 6. Abt. früh 8 Uhr nach Ederwalde, mitt. 1 Uhr nach Tegel. Start früh Köpenick, mitt. Köpenickplatz.
6. Abt. früh 7 Uhr nach Tegelort (Bellevue), mitt. 2 1/2 Uhr nach Tegel (Trapp).
Beide Starts Bernauer-Gde, Brunnenstraße.
7. Abt. früh 8 Uhr nach Beetz (Santorium), mitt. 1 1/2 Uhr nach Wilschwerder (Freund).
Beide Starts Müllerstr. 7 (Krause).
8. Abt. früh 8 Uhr nach Köpenick, mitt. 2 Uhr nach Tegel.
Beide Starts Fischer, Waldstr. 8. Hälfte willkommen.
NB. Am Mittwoch, den 24. d. Mts., findet in den Kriminalläden eine außerordentliche Generalversammlung statt. Dieselbe wird pünktlich um 9 Uhr eröffnet. Zahlreicher Besuch wird ermunst.
Neue Mitglieder werden dortselbst aufgenommen. 28/1

Vorwärts-Buchhandlung

SW. Lindenstraße 69, Laden.
Unentbehrlich für Ausflügler!
Spezialarten
der näheren Umgebung Berlins.
Bernau-Biesenthal, Zante, Klein- und Wandlitz-See 1,00 M.
Buckow am Schermügel-See (Pärliche Schwel) nebst Führer 0,75 M.
Köpenick-Friedrichshagen, Wollersdorf-Ernter-Schmidtdorf-Königs-Busterhausen-Wittenwalde 0,75 M.
Ederwalde, Freienwalde-Oderberg 1,25 M.
Ederwalde, Jagdschloß Subertus-Stad, Koller Chortin 1,00 M.
Freienwalde und nähere Umgebung nebst Führer 1,00 M.
Freienwalde, Wriezen, Oderberg 1,00 M.
Grünwald und westliche Vororte Berlins 1,00 M.
Potsdam, Stadtplan mit nächster Umgebung nebst Tourenverzeichnis 0,75 M.
Potsdam und Werder 1,00 M.
Spreewald m. prunkvollen Touristenführer 0,75 M.
Strandberg und der Blumenthal 1,00 M.
Tegel - Heiligensee, Schulendorf, Gernsdorf, Patschdorf und Zante-See 0,75 M.
Ferner empfehlen als sehr praktisch: **Taschenatlas** von Berlin und Umgebung, enthaltend 21 Karten und Pläne mit Führer, leichthandliches Format 2,00 M.
Wanderbuch für die Mark Brandenburg, 3 Bände, Kartenplan 5,00 M.
I. Teil: Nähere Umgebung Berlins, umficht die Gegend von Potsdam, Spandau, Oranienburg, Königs-Busterhausen 1,50 M.
II. Teil: Westliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Brandenburg a. H., Stendal, Tangermünde, Neu-Ruppin, Neu-Strelitz 1,50 M.
III. Teil: Ostliche Hälfte der Umgebung Berlins bis Ederwalde, Frankfurt a. O., Schwedt, Küstrin, Lübben, Spreewald, Rastau 2,00 M.
Diese Wanderbücher bieten praktische Schilderungen der Mark, viele detaillierte Karten und Pläne und sind so dem Wanderer ein zuverlässiger Führer und Berater. 23/11*

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

Dr. Schünemann

Spezialarzt für Haut-, Horn- und Frauenleiden. Seydelstr. 9.
Wochentags 1/2, 12-1/3, 1/6-1/8.

Schutzzollpolitik und socialdemokratische Arbeiterpolitik.

IV. Agrarierfrage.

Der fünfte und sechste Artikel Schippels beschäftigt sich mit Kautsky als „Handelspolitiker“ und „Agrarier“.

Schippel citiert eine Reihe Äußerungen Kautskys (teils aus Parteitage-Protokollen, teils aus Kautskys Schriften über Handelspolitik und Agrarfrage).

„Entgegen dem liberalen Optimismus“, sagt er, „der leider viel zu sehr auf die socialdemokratische Tagesliteratur abgefärbt hat, erkenne ich mit Kautsky an: „eine sehr bedrückende Lage“.

„Ferner herrscht — abermals in starker Abweichung von der freihändlerischen Schablone — zwischen mir und Kautsky eine wesentliche Uebereinstimmung, soweit es sich um die ursächliche Erklärung der heutigen europäischen Agrarkrise handelt.“

„Und zum Beweis wie sehr er mit Kautsky in der Beurteilung der „Agrarkrise“ einverstanden ist, citiert Schippel eine längere Stelle aus seinen „Grundzügen der Handelspolitik“, in der es heißt:

„Seit knapp einem Menschenalter sehen wir den „normalen“ Entwicklungsprozess der europäischen Landwirtschaft plötzlich vollständig unterbrochen und über den Haufen geworfen.“

Selbst Engels muß zur Bekräftigung der Uebereinstimmung herhalten; denn auch er hat auf die amerikanische und russische Konkurrenz hingewiesen (Marx, Kapital, 3. Bd. 2. Teil S. 259).

Gegen diese Konkurrenz — des jungtürkischen Steppenbodens wie des unter der Steuerfahne erliegenden russischen und indischen Bauern — konnte der europäische Bäcker und Bauer bei den alten Renten nicht auskommen.

Ohne einige Fiktionen geht es bei Schippel nicht. Wie er in seinen ersten Artikeln unterstellt, die Partei hätte sich zur englischen Freihandelsdoktrin bekehrt, so unterstellt er hier, die Partei erkenne nicht an, daß infolge der überseeischen und russischen Konkurrenz die Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe entschieden gefallen ist.

„Allerdings die Ansicht, daß die Entwicklung der deutschen Landwirtschaft bis in die siebziger Jahre gewissermaßen eine „normale“ gewesen, dann aber plötzlich ins Anormale umgeschlagen sei, dürfte nur recht wenige Parteigenossen teilen; denn solche Ansicht ist nur möglich, wenn man sich einerseits auf die bloße Betrachtung der deutschen Verhältnisse beschränkt, und andererseits den Einfluß der Kulturentwicklung auf Grundrente und Bodenpreis — nach ignoriert.“

Diese Erscheinung datiert nicht erst seit dem Ausbrechen der überseeischen Lebensmittelkonkurrenz auf dem europäischen Markt. Sie ist im ureigensten Wesen der heutigen kapitalistischen Landwirtschaft begründet.

Deutschland, speziell Preußen, infolge seiner geringeren Produktionskosten ein enormes Uebergewicht, stand doch im Jahrrecht 1850/60 der Londoner Weizenpreis durchschnittlich um 40 M. pro Tonne höher als in Preußen.

Table with 4 columns: Year, Germany (without Schleswig-Holstein), Russia, and United States. Data shows price trends from 1850 to 1865.

Dazu kommt ein beträchtlicher Export Deutschlands an Hafer (1860 = 2,69, 1865 = 1,95 Millionen Centner) und Gerste (1860 gleich 1,59, 1865 = 1,16 Millionen Centner) nach England.

Deutschlands, speziell Ostpreußens Agrarprodukte dominierten auf dem englischen Markt. Zugleich mit diesem Aufschwung des Exports stiegen aber die Produktionskosten der preussischen Landwirtschaft — nicht etwa infolge des Steigens der Landarbeiterlöhne (sie blieben, wie die offiziellen Enquêtes und die Berechnungen des konservativen Nationalökonom Freiherrn Th. von der Goltz beweisen, während dieser ganzen Jahrzehnte des Florierens der Landwirtschaft bis zur Mitte der sechziger Jahre auf demselben Stand).

Aber schon gegen Ende der sechziger Jahre verliert die deutsche Landwirtschaft mehr und mehr den englischen Markt. In ihre Stelle tritt die russische und vornehmlich die amerikanische Landwirtschaft.

„Wäre eher es die Situation der deutschen Landwirtschaft in der Periode 1850/70 ist also die Abdankung des einen Landes nach dem andern als fähiges Getreide-Exportland des „Normalen“.“

„Aber a ganz oder nur teilweise normal — soweit erscheint immerhin den Genossen Schippel diese Entwicklung der Grundrente normal, daß er die Forderung stellt, sie möchte möglichst erhalten bleiben.“

„Und hier bin ich — warum sollte ich das leugnen? — aus der Beobachtung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, aus der Verfolgung der Interessenagitationen, der Litteratur und der parlamentarischen Verhandlungen — eines Landes nach dem andern — allerdings zu dem wesentlich abweichenden Urteil über Antriebe und Ziele der zerschenden industriellen Politik gekommen.“

„Diese modernen Agrarzölle halten mit Ruhe und Rot mit Ach und Krach aufrecht, was in Mitteleurop schon lange war, und was schon längst zusammengebrochen und nicht mehr sein würde, wenn es nicht seitens mitteleuropäischer Staaten gesehen wäre.“

„Die ganze europäische landwirtschaftliche Betriebsweise erliegt... Ackerbau in Europa ist möglich nur, wenn er gesellschaftlich betrieben wird und für Rechnung der Gesellschaft.“

„Ja, Schippel wird gerade während, daß es Leute giebt, die von fester Grundrenten reden und diese dem armen Großgrundbesitzer nicht gönnen.“

„Ja, wodurch“, fragt er, „wird denn die Grundrente fett? Von dem Aufwand zum Weltmarktpreis? Oder von dem wirklich fälligen, wirklich erhaltenen Marktpreis, vom Inlandspreis? Und wenn letzterer, trotz des Falles, sinkt, dann sieht es mit den bar einzustreichenden „Mehrgewinnen“ des Grundbesitzes, mit den „gesteigerten Gütwerten“, den abermals, bei Erbschaft und andern Besitzwechsel „gesteigerten“ Hypothekensummen und mit der ganzen „Schraube ohne Ende“ in der Wirklichkeit vertenfelt anders aus wie in der freihändlerischen „sicheren“ Verrechnung und Vorstellung.“

„Die Grundrente muß also geschüttet werden: jedenfalls eine kurzweilige „socialistische“ Wirtschaftspolitik! Bisher haben fast alle socialistischen Politiker, die etwas von Nationalökonomie verstanden, gepredigt, daß die Grundrente herabgedrückt werden müsse.“

„In diesem Sinne sehen Marx und Engels in der Grundrente einen dem Volk abgezackten Tribut, in diesem Sinne erklärt Engels, wie wir in dem obigen Citat sehen, daß „glücklicherweise“ die Entwicklung den Weg nimmt, den ganzen europäischen Grundbesitz zu ruinieren.“

Schippel dagegen kommt auf Grund seines tiefen Studiums zu der Forderung: die Verkürzung der Grundrente muß möglichst verhütet werden — d. h. zur Forderung der Grafen Kautsky, Armin usw. Es ist denn auch nicht als Humbug, wenn Schippel es so hinstellt, als stehe er mit Engels und Kautsky auf ungefähr gleichem Boden der Erkenntnis.

Meineste Fuchs als Freund der Schwachen.

Dem Organ für katholischen Kapitalismus, der „Germania“ fällt es mit einem Male bei, sich der Ausgebüteten mit einem Eifer anzunehmen, der alle Thaten der Arbeiterpresse in den Schatten stellt.

Die kommt es, daß das Kapitalistenblatt so inbrünstig sich der Ausgebüteten annimmt, daß Meineste Fuchs tugendhaft für das Wohl der Lämmer schwärmt?

Um eine der gemeinsten Handlungsweisen öffentlich zu brandmarken, bittet Sie der Schreiber dieser Zeilen, folgendes der Öffentlichkeit preiszugeben:

„In der Nr. 181 des heutigen „Vorwärts“ befindet sich unter Lokales der hier beigelegte Ausschritt einer Toten-Ehrung! Wie der „Vorwärts“ selbst ausführte, hat dieser Mann neunzehn Jahre lang Nacht für Nacht treu seine Pflicht erfüllt.“

Hochachtungsvoll (folgt Unterschrift).

„Die Unterschrift, so sagt die „Germania“ hinzu, die zudem nicht recht deutlich geschrieben ist, ist wohl sicherlich anonym.“

Um sich über die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der letzten Bemerkung zu unterrichten, brauchte die „Germania“ nur die Arbeitsbedingungen socialdemokratischer Betriebe nachzulesen, die Sonntag und Dienstag in dem unserm Blatte beigelegten Parteitagebericht abgedruckt sind, und dann nachzuforschen, ob ähnliche Maßnahmen zu Gunsten der Angestellten auch in ihrem Betriebe bestehen.“

Zum Fall Hellmann aber bemerken wir folgendes: Der Verstorbenen war, wie aus unserm Nachruf auch klar hervorgeht, nicht 19 Jahre in der Buchdruckerei Vorwärts beschäftigt, konnte dort nicht so lange beschäftigt sein, weil diese Druckerei erst seit dem 1. Oktober 1902 besteht. Vorher war er im Privatbetrieb der Buchdruckerei Max Wabing thätig und ward dort gleich allen andern

In der Zeitungs-Abteilung Beschäftigten bei der Auflösung dieser Abteilung entlassen. Er trat dann, wie gesagt, in den Besitz der Buchdruckerei Paul Singer u. Co. über, wo er ein gutes Jahr in Stellung blieb.

Die Gründe, die zum großen Bedauern der Geschäftsleitung zu seiner Kündigung führten, gehen aus dem folgenden Schreiben der Firma hervor:

Berlin SW. 68, 10. X. 1903.
Eindensstr. 69.

Lieber Herr Hellmann!

Sie waren heute früh schon weg, als ich kam; so muß ich denn die unangenehme Sache schriftlich abmachen.

Die Geschäftsleitung ist der Ueberzeugung, daß unter dem Gesichtspunkte der Verantwortung die Weiterbelebung Ihres Postens durch Sie auf die Dauer unmöglich ist. Wir wissen alle zusammen, daß es Ihnen weder an gutem Willen noch an Pflichtgefühl fehlt, und diese Ueberzeugung macht uns allen den Schritt so schwer. Aber unsererseits sind wir der Ueberzeugung, daß auch bei längerem Zusehen Sie die Maschine doch nicht in dem Maße zu beherrschen lernen werden, die einen sicheren und raschen Druck und ein Gewapnetsein gegen etwaige Zwischenfälle garantieren. Nach unserer Ueberzeugung und nach den Erklärungen der Maschinenfabrik sowie der Monteur liegt die mangelnde Leistungsfähigkeit des Zweibeckers ausschließlich an der Behandlung durch Sie. Zu wiederholten Malen haben wir die Maschine — unter sehr erheblichen Kosten — revidieren lassen — stets dieselbe Antwort, deren Nichtigkeit durch die Thatsache bestätigt wird, daß während Ihrer Abwesenheit Gang und Leistung der Maschine gleichwertig war denen des Dreibeckers.

Wir sehen uns daher zu unserem Leidwesen veranlaßt, das Arbeitsverhältnis mit Ihnen zu lösen; wir fassen die Sache nicht dahin auf, daß Sie nach 14 Tagen etwa aufhören sollen, sondern wir möchten unser Entgegenkommen und unsere persönliche Zufriedenheit mit Ihrem guten Willen, Ihrer geschäftlichen Gewissenhaftigkeit darin bekunden, daß wir Ihnen Zeit geben, sich nach einer andern Stellung (zur Bedienung gewöhnlicher Rotationsmaschinen wie früher) umzusehen oder solche Ihnen zugehende Offerten zu acceptieren. Ob das nun einen oder zwei Monate dauert oder bis Neujahr — das überlassen wir Ihnen, wir wollten Ihnen nur Klarheit verschaffen darüber, daß eine Veränderung eintreten muß, weil wir nicht länger die Verantwortung glauben tragen zu können.

So weit das Geschäft oder ich persönlich irgend etwas für Sie zur Erlangung einer anderweitigen Stellung thun können, dürfen Sie auf uns rechnen.

Als dann seine Kollegen sich für ihn bemühten, erging an deren Vertrauensmann folgendes Schreiben der Geschäftsleitung:

Berlin SW. 68, 16. 12. 1903.

An die Herren Vertrauensleute der Zeitungsgesellschaft „Vorwärts“, z. B. des Herrn A. Haber.

Unserer Abrede gemäß teile ich Ihnen den Bescheid der Geschäftsleitung in der Angelegenheit Hellmann mit:

Die Geschäftsleitung ist zu ihrem Bedauern nicht in der Lage, Ihrem Wunsch: Herrn Hellmann weiter an der Dreibecker- bez. Zweibecker-Maschine zu belassen, zu entsprechen. Wenn die Geschäftsleitung auch nur irgendwie den Glauben hegen könnte, daß Herr Hellmann bei noch längerem Zusehen vielleicht doch noch die an ihn zu stellenden technischen Anforderungen erfüllen könnte, würden wir nochmals ein Vierteljahr es probieren; aber nachdem wir volle anderthalb Jahre mit denkbar größter Rücksichtnahme, wie sie kaum ein anderes Geschäft hätte walten lassen, zugehört haben, und alle, die ein Urteil haben — Monteur und Maschinenfabrik einbezogen — in diesem einig sind, fehlt jede Möglichkeit zu einem solchen Glauben, und somit wäre es geradezu ein Still-Gewissenlosigkeit gegenüber dem Geschäft, es unter Umständen erst zu ernsthaften Störungen mit weitertretenden Folgen kommen zu lassen. Die Geschäftsleitung hat die Frage seit Freitag nach verschiedenen Richtungen hin erwogen und auch mit den Firmeninhabern Rücksprache genommen, die wie wir alle mit Ihnen in dem Sinne einig gehen, Herrn Hellmann (gegen dessen guten Willen wir nichts einzuwenden haben und auch nichts gegen sein Pflichtgefühl den unangenehmen Austritt zu ersparen, aber sie glaubt nicht die Verantwortung länger oder gar auf Dauer tragen zu können.

Hätte das Geschäft Arbeiten genug, um die Zwilling-Rotationsmaschine auch nur amähernd zu beschäftigen, so würden wir einfach Herrn Hellmann an diese Maschine stellen, und die ganze unangenehme Geschichte wäre erledigt. Da dies aber leider nicht der Fall ist und auch keine Aussicht auf solche Aufträge vorhanden, muß es bei dem Herrn Hellmann am 10. Oktober mitgeteilt bleiben.

Würde es sich nur handeln, den Austritt des Herrn Hellmann um 2, 3 oder 4 Wochen zu verschieben, so ist gegen einen solchen Wunsch unsererseits natürlich kein Widerspruch, am allerwenigsten Herrn Hellmann gegenüber.

Es ist wohl überflüssig, diesen Dokumenten noch ein erklärendes Wort hinzuzufügen. Nichts aber in der „Germania“ hat in seiner Ueberschläue unklar gehandelt. Er hoffte, der verhassten Socialdemokratie eine Falle zu stellen und muß sich nun gefallen lassen, daß dies nützliche Instrument jederzeit gegen ihn benützt werden kann, wenn es ihm siederhin beifallen sollte, in der bisher gewohnten Weise über Schredensdichtungen socialdemokratisch organisierter Arbeiter loszuziehen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Central-Verein für Teltow - Seesow - Storkow - Charlottenburg.
Sonntag, 28. August, nachmittags 1 Uhr,

findet die Generalversammlung in Possen statt. Auf der Tagesordnung stehen unter anderem Mitteilungen des Vorstandes, Brandenburgische Provinzialkonferenz, Anträge und Wahl der Delegierten; Bremer Parteitag, Anträge und Wahl der Delegierten; Anträge, Verschiedenes, Lokalfrage. Anträge, welche auf der Generalversammlung ihre Erledigung finden sollen, sind bis spätestens am 18. August an den Centralvorstand, Charlottenburg, zu Händen des Genossen W. Eberhardt, Hofmeisterstr. 3, einzureichen. Auf Grund des § 11 des Statuts ist jeder Verein berechtigt, bis zu drei Delegierte zu entsenden.

Der Centralvorstand. F. A.: W. Eberhardt.

Schöneberg. Am kommenden Sonntag veranstaltet der Wahlverein in den Döbischen Lokalitäten ein großes Sommerfest. Siehe Inserat in heutiger Nummer.

Lokales.

Gute Besinnung in der Justiz.

Folgender für unsere Justiz äußerst charakteristische Vorgang spielte sich Donnerstag im Zimmer 5 des königlichen Schöffengerichts I ab:

Es stand eine Straffache gegen einen Metallarbeiter Krüger wegen Vergehens aus § 153 der Gewerbe-Ordnung an. Die Verhandlung war, nachdem Staatsanwalt und Verteidiger, ersterer auf 6 Wochen Gefängnis, letzterer auf Freisprechung plaidiert hatte, geschlossen, und der Gerichtshof hatte sich zur Beratung zurückgezogen. Nach etwa einer Viertelstunde erschien der Gerichtshof wieder und der Vorsitzende erklärte, vor Festlegung des Urteils habe sich herausgestellt, daß der eine Schöffe Socialdemokrat sei, ob der Staatsanwalt daraufhin Anträge stellen wollte. Der Staatsanwalt war leider außer Stande dieser unter Verletzung der Bestimmungen über die Geheimhaltung der Vorgänge bei der Beratung und Abstimmung gegebenen freundlichen Anregung Folge

zu leisten, weil die Ablehnung eines Richters (Schöffen) nur bis zur Verlesung des Eröffnungsbeschlusses zulässig ist und später nur der Richter (Schöffe) selbst sich für befangen erklären kann. Ueberdies schloß er sich auch der vom Verteidiger mit Energie vertretenen Auffassung an, daß die Socialdemokraten gleichberechtigte Staatsbürger seien und das politische Bekenntnis hier völlig außer Betracht zu bleiben habe, durchaus an. Der Gerichtshof zog sich dann, ohne daß Anträge gestellt worden wären, wieder zurück. Die Verhandlung endete unter Mitwirkung des socialdemokratischen Schöffen mit der Verurteilung des Angeklagten zu 1 Woche Gefängnis.

Im Anschluß hieran möge folgendes bemerkt werden:

Daß unser Justizminister den Polizeiminister um die in seinem Ressort herrschende stramme Disziplin unter den Beamten beneidet, und daß er sich bemüht, möglichst ähnliche Verhältnisse auch bei sich zu schaffen, ist eine alte Geschichte. Das beweist die Teilung der Berliner Gerichtsbezirke, das beweist die verunglückte Amtsgerichts-direktoren-Vorlage usw. Dies Bemühen hat sich nun nicht auf die ihm direkt unterstellten Justizbeamten beschränkt, er sucht schon seit langem auch die Rechtsanwälte unter eine schärfere Kontrolle und so um ein gut Teil ihrer Unabhängigkeit zu bringen. Und dazu haben ihm denn die seit einigen Jahren eingerichteten rühmlichst bekannten Verteilungsstellen ein brauchbares Mittel geboten. Wie bekannt, sind seit dem Bestehen der neuen Gerichtsbezirke-Ordnung u. a. alle Vollstreckungsaufträge an die Verteilungsstelle zu richten, die sie ihrerseits den Gerichtsvollziehern weiterzugeben hat. Mit dieser Thätigkeit hat die Verteilungsstelle sich nicht begnügt. Wie man jetzt erfährt, hat die Verteilungsstelle vielmehr auch bei den ihr von Rechtsanwaltschaft zugehenden Vollstreckungsaufträgen regelmäßig die mit zur Vollstreckung gestellten Gebühren nachgeprüft und, falls sich irgend welche vermeintlichen Anstände ergaben, diese notiert. Diese Liste ist jetzt durch den Justizminister dem Vorstand der hiesigen Anwaltskammer zur weiteren Veranlassung zugegangen, und eine ganze Anzahl Berliner Rechtsanwälte haben denn auch bereits hestographierte Schreiben erhalten, in denen sie zur Erklärung und Einreichung ihrer Handakten erlucht werden. Gleiche Schreiben werden wohl allmählich allen Anwälten zugehen, denn es ist selbstverständlich, daß Versehen in jedem Bureau vorkommen. Um solchem Versehen zu begegnen, ist der Gerichtsvollzieher da. Er hat kraft Befehdes bei jeder Vollstreckung die Ordnungsmäßigkeit der eingestellten Gebühren zu prüfen. Außerdem steht dem Schuldner jederzeit die Erhebung seiner Einwendungen frei. Der Justizverwaltung steht dagegen eine Kontrolle nicht zu. Indem sie sie sich einfach nimmt und sie in der vorgedachten Weise anwendet, zeigt sie ihren Wunsch, die Anwaltschaft unter ihre schärfere Aufsicht und ihren Einfluß zu bringen, nur allzu deutlich. Denn wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, daß die geringfügigen Nebensforderungen — nicht Ueberhebungen — um sie es sich nur handeln kann, da schon die Vollstreckungsgebühren nicht geringfügig sind — regelmäßig auf Versehen zurückzuführen sind und dies auch klargestellt werden wird, so ist doch schon die Notwendigkeit für jeden Anwalt, sich in solch einem Fall erst vor der Anwaltskammer rechtfertigen zu müssen und gar auf Veranlassung des Justizministers rechtfertigen zu müssen, so unangenehm, daß die Verurteilung nur allzugroß wird, alles zu vermeiden, was beim Justizminister Mißfallen erwecken könnte. Inderselbst ist der mißliebige Anwalt allzuleicht der Gefahr ausgesetzt, daß versucht wird, ihm auf diese Weise einen Strich zu drehen. Man denke nur an den Fall Stadthagen. Und deshalb muß gegen das vom Justizminister beliebte Verfahren auf die allerschärfste Weise protestiert werden. Wie wird die Anwaltschaft sich verteidigen?

Professor Förster und Wilhelm II. Es war jüngst die Rede davon, daß Professor Wilhelm Förster, den einst freundschaftliche Beziehungen mit seinem ehemaligen Schüler, den deutschen Kaiser, verbunden hatten, gelegentlich einer öffentlichen Vorlesung einen denkwürdigen Beweis dafür erhielt, daß er nicht mehr in die Gunst des Kaisers stehe. Eine freimütige Kritik, die Förster in politischen Angelegenheiten übte, soll der Grund dieses Stimmungswechsels gewesen sein. Daran anschließend bringt nun die „Kroll- Zeitung“ über Försters Beziehungen zum deutschen Kaiserhof folgende interessante Mitteilungen, für deren Richtigkeit selbstverständlich der genannte Blatt die Verantwortung überlassen bleiben muß: „Bei der Feinsichtigkeit des Direktors der Berliner Sternwarte mag es als auffällig erscheinen, daß er noch ein zweites Mal es unternommen hat, während seine Stimme zu erheben, obwohl er das erste Mal eine Zurückweisung erfahren hatte, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Die damalige Kaiserin Friedrich ist es gewesen, welche den ihr befreundeten Gelehrten direkt dazu aufgefordert hat und die Försters Einwendungen mit Hinweis auf die früheren Erfahrungen mit den Worten zurückwies: „Sie thun meinem Sohne einen großen Gefallen, wenn Sie ihm die Wahrheit sagen.“ Und Förster schrieb in dem Bewußtsein, daß aus seinem Munde mit ihm zugleich die Rutter zum Schiffe spräche. Eine Antwort hat er erst später erhalten. Es war dies zu jener Zeit, als die Stimme gegen die bedrückenden Volksgedankensphäre die intellektuellen und die sittlichen Mächte des Staates aufwühlten. Förster hatte den Entschluß gefaßt, den pietistischen Regungen durch eine Gegenbewegung zu begegnen, und aus diesem Geanzen bestand die Deutsche Gesellschaft für ethische Kultur. Dem Vorstand hat aber niemand geistig so nahe gestanden, als gerade die Rutter des jetzigen Kaisers. Sie ist eine der ersten gewesen, die ihre Eintragung in die Mitgliederlisten der Gesellschaft forderte, weil sie den Gedanken hoch hielt, daß das sittliche Wesen des Staates — soll nicht seine Macht zurückgehen — sich aus der intellektuellen Weltanschauung unserer Tage aufbauen müsse und nicht auf der eines Kulturzustandes, der mehrere Jahrtausende hier uns liegt. Förster zögerte, dem Wunsch der Kaiserin nachzukommen, und zwar aus laienlichen Gründen: es war ihm bekannt, daß jeder Schritt der Kaiserin Friedrich genau beobachtet und als ein Akt persönlicher Opposition aufgefaßt wurde. Und da diese Auffassung dort einen fruchtbareren Boden fand, wo die Macht lag, so war vorzuziehen, daß die Parteinahme der Kaiserin auf den maßgebenden Faktor im negativen Sinne wirken werde. Er bat deshalb die Kaiserin, vorläufig von ihrer Eintragung in die Listen der Gesellschaft für ethische Kultur Abstand zu nehmen, die Gesellschaft sei noch zu jung und müsse erst durch Thaten sich würdig zeigen, so hochgestellt, exponierte Persönlichkeiten zu ihren Mitglieder zählen zu dürfen. Die Kaiserin begriff die Situation, aber ihr moralische Unterstützung wollte sie nicht aufgeben, sie hat in regelmäßige Zusendung des Organs der Gesellschaft, der „Zeitschrift für ethische Kultur“. Diesem Wunsch willfahrte Förster Willig und wurde die weitere Zusendung dem Vorsitzenden der Gesellschaft in seiner Eigenschaft als Direktor der Sternwarte am 1. Oktober verboten, d. h. er wurde in seiner Eigenschaft als Direktor der Sternwarte, als königlicher Beamter aufgefordert, die Zusendung zu unterlassen, und nicht vom Hofhale der Kaiserin Friedrich ging dieses Verbot aus. Das war die Antwort. Förster war dann — nach mehreren Jahren Vorwärtender der Gesellschaft. Das Freundschaftsverhältnis zwischen Schüler und Lehrer war aber in die Brüche gegangen. Nur ein kleines Nachspiel hat es noch erlebt. Der damals noch unse Sohn des großen Gelehrten und edlen Bürgers hatte sich ausnahmsweise bei Worten hinreichend lassen, deren Form ihm eine Anklage wegen Majestätsbeleidigung zuzog. Der Vater selber wird dergleichen gesagt haben, ohne die Form zu verletzen. Die Verteilung des Sohnes hatte aber zur Folge, daß man gegen den Vater den Vorwurf erhob, die Sternwarte sei in ihren Leistungen zurückgegangen, was ja erklärlich sei, wenn andre außerordentliche Beschäftigungen die Kräfte des Direktors in so starkem Maße in Anspruch nähmen. Förster verstand. Seine Vermögensverhältnisse und die Pflichten für seine Familie zwangen ihn, das Brot des Staates mit seinem bitteren Beigeschmack vorläufig weiter zu gießen. Jetzt, da er aus dem

Staatsdienst scheidet, ist er frei, er hat das damals niedergelegte Amt eines Vorsitzenden der Deutschen Gesellschaft für ethische Kultur wieder übernommen, und diese Wirksamkeit wird den sich freundschaftlichen Zielen dieser Vereinigung gewiß nicht zum Nachteil gereichen.“

Auch wer mit einigen Einzelheiten der von der „Frankf. Zeitung“ gegebenen Darstellung nicht einverstanden ist, wird sie als einen beachtenswerten Beitrag zur Kennzeichnung unserer heutigen Zustände einschätzen.

Ein Blinden-Museum, das erste und einzige in ganz Deutschland, wird jetzt auf dem Gelände der königlichen Blindenanstalt zu Steglitz auf Staatskosten errichtet. In diesem Museum werden alle Lehrmittel, Bücher und Apparate, die bisher für die Ausbildung der Blinden erdacht worden sind, ausgestellt werden. Es werden sich darunter Gegenstände befinden, die nur einmal vorhanden und deshalb von großem Werte sind. Das Museum soll vor allem Lehrern, welche die Absicht haben, sich dem Unterrichte der Blinden zu widmen, zur Bereicherung ihres Wissens dienen, es wird aber andererseits zu gewissen Zeiten auch dem großen Publikum zugänglich gemacht werden, damit es sich von den Fortschritten überzeugen kann, die in den letzten Jahren auf dem Gebiete des Unterrichts und der Ausbildung der Blinden gemacht worden sind. Bereits vor zehn Jahren hat die königliche Blindenanstalt eine Sammlung von Lehrmitteln angelegt, die sich in gemieteten und jetzt unzureichend gewordenen Räumen des an die Anstalt grenzenden Blindenheims, einer Privatanstalt, befinden und nunmehr in dem neuen Museum übersichtlich aufgestellt werden sollen. Ein derartiges Museum besteht bereits in Wien.

Ein neues Riesen-Poßamt für den Schlesiens Bahnhof wird gegenwärtig auf den Grundstücken Fruchtstr. 8 und 9 errichtet, nachdem sich die bisherigen Räumlichkeiten für das Poßamt 17 (Schlesiens Bahnhof) als schon längst unzureichend erwiesen haben. Das Grundstück für das neue Poßamt ist etwa 200 Meter lang, an der Vorderfront etwa 30, an der Hinterfront bis zu 100 Meter breit und erstreckt sich vom Schlesiens Bahnhof bis zur Mühlentstraße. In dem Vorderhause wird lediglich das Bezirks- und Westl-Poßamt 17 untergebracht werden, während das riesige Hintergelände für den Bahnpoßverkehr reserviert bleibt. Es werden dort bedeutende Pädereisäpuren errichtet werden, die sich bis zu dem Bahngelände erstrecken. Der Bahnhöfer selbst wird verbreitert und mit Anschlußgleisen für die Post versehen, die lang genug sind, um Postzüge bis zu 10 Wagen zusammenzustellen. Die zu verladenden Pakete werden mittels zahlreicher elektrischer Aufzüge direkt nach den Bahnpoßstellen befördert, sobald die Post resp. Entladung der Waggons mit größter Schnelligkeit erfolgen kann. Die jetzt vom dem Bahnpoßamt benutzten Stadtbahndögen am Schlesiens Bahnhof werden später zur Erweiterung der Bahndienststellen verwendet werden.

Stadtrat Fischek hat nun auch bei der „Germania“ seine Freunde gefunden. Ueber den Ausgang, den die Affaire Fischek contra Augustin-Hoffmann genommen hat, bringt das Blatt einen Artikel voll des Lobes für Fischek und des Geschimpfes auf die Socialdemokratie. Das Opus erinnert nach Inhalt und Form verächtlich an den Schimpfartikel, den die „Freisinnige Zeitung“ damals den socialdemokratischen Stadtverordneten gewidmet hatte. Neu ist eigentlich nur das Eine: Die dreist und gottesfürchtig hinzugefügte Lüge, daß der „Vorwärts“ es für angezeigt erachtet habe, die Niederlage, die sich für seine Parteigänger im Roten Hause aus der Affaire ergeben hat, durch Stillschweigen zu vertuschen.“ Selbstverständlich weiß man bei der „Germania“ ebenso wie im Rathause, daß das Gegenteil der Fall ist.

Für eine im Glend lebende Familie wird wieder einmal die öffentliche Mildthätigkeit angerufen. In dem Hause Birkenstr. 76 wohnt im Keller der Arbeiter Fischek mit Frau und zwei Kindern im Alter von 1 1/2 und sieben Jahren. Der Mann liegt seit Wochen im Krankenhaus, hat dort schwere Operationen durchgemacht und dürfte kaum mit dem Leben davon kommen. Die Frau ernährt in der letzten Zeit sich und ihre Kinder durch Hausierhandel. Sie ist aber vor einigen Tagen von Zwillingen entbunden worden und befindet sich nun in großer Not. Sie schuldet auch die Miete für einige Monate und ist der Gefahr der Exmision bisher nur mit Mühe entgangen. Wir erfüllen gern den und vorgetragenen Wunsch, die Familie der Mildthätigkeit derjenigen zu empfehlen, die etwas drüber haben und geben können. Spenden nimmt entgegen Herr J. Rau, Birkenstr. 76, vorn 1 Treppe. Der Herr ist, wie wir ausdrücklich hinzusetzen wollen, weder Wirt des Hauses noch Verwalter, sondern einer der Mieter. Lieber sehen wir es freilich, wenn die Armenverwaltung sich der Pflicht bewußt wäre, daß sie hier nachdrücklich eingzugreifen und die Frau reichlich zu unterstützen hat, bis sie wieder erwerbsfähig ist. Die zuständige Armenkommission giebt der Frau einen Betrag, mit dem allein sich die Familie nicht einmal vor dem Hunger schützen könnte.

Abgewiesene Krankenpflegerinnen. Die „Kroll- Zeitung“ schreibt: „Aus dem neuesten Rundschreiben der Verursorgungsorganisation der Krankenpflegerinnen Deutschlands (Berlin W. 62) seien folgende Einzelheiten hervorgehoben. Zwei Eingaben an das Kriegsministerium um Zulassung zum Sanitätsdienste im Kriege sind trotz des günstigen Ergebnisses der Sanitätsstatistik abgelehnt worden. Auch eine Immediatengabe an Se. Maj. den Kaiser ist abschlägig beschieden worden. Trotzdem verpflichten die Satzungen die Schwwestern zur Vereitenschaft für den Sanitätsdienst im Kriegsfall.“

Man sollte denken, daß es im Kriege gar nicht genug Krankenpflegerinnen geben kann. Sollte die erwählte Verursorgungsorganisation am Ende für eine Gewerkschaft gehalten werden und daher dem Kriegsministerium zur Pflege Verwundeter ungeeignet erscheinen?

Die Kron-Lampe. In der Friedrichstraße (Central-Hotel) hat der Optiker Reiter seit einigen Tagen im Schaufenster seines Ladens eine „Kron-Lampe“ in Betrieb gesetzt. Wir haben in unserm Artikel in der Unterhaltungsbeilage vom 10. Juni „Wichtiges und teures Licht“ diese Lampe bereits beschrieben. Eine Erfindung unseres Genossen Kron, der sie bereits 1892 der Berliner Hospitalischen Gesellschaft vorführte, ist sie jetzt von Amerikanern in den praktischen Gebrauch eingeführt worden — die Westinghouse-Gesellschaft stellt sie unter dem Namen Cooper-Hewitt-Lampe, die General-Electric-Company unter dem rechtmäßigen Namen „Kron-Lampe“ her. Ein einfaches Glasprisma genügt, um dem Beschauer die Eigenartigkeit des neuen Lichts zu zeigen; betrachtet er durch ein solches irgend eine andre gebräuchliche Lichtquelle, so erscheint sie als ein verworfenes Band mit bunten Rändern; betrachtet er aber durch das Prisma, dessen Kante parallel mit der Längsrichtung der Lampe liegt, die neue Lampe, so wird er verschiedenfarbige deutliche Bilder von ihr nebeneinander liegen sehen, und zwar gelbe, grüne, blaue und violette. Rot fehlt leider gänzlich im Lichte der Quecksilberlampe.

Stiftungsfonds. Aus der Stiftung des Rentanten Wache, welche von der Direction des Bürger-Rettungs-Justizinsituts verwaltet wird, wurden am 7. August d. Js., dem Geburtstag des Stifters, insgesamt 6300 M. an hiesige bedürftige Einwohner in Höhe von je 75 M. verteilt. Unter den Empfängern befanden sich: 20 Weber, 8 Schneider, 8 Schuhmacher, 8 Tischler, je 2 Hader, Buchbinder, Dreher, Hausdiener und Schmiede, je ein Dachdecker, Droschkenschreiber, Feilenhauer, Former, Handelsmann, Heizer, Kassenbote, Nagelschmied, Raschmacher, Schlosser, Seidenwickler, Stellmacher, Töpfer und Tischmacher; ferner 3 Handelsfrauen, 10 Wittwen, 2 geschiedene Frauen und 3 unverheiratete weibliche Personen ohne Beruf.

Wierzig englische Ingenieure, Mitglieder der „Junior Institution of Engineers“, zu Westminster, sind gestern hier eingetroffen. Die Herren befinden sich, wie schon gemeldet, auf einer Studienreise und beabsichtigen in Berlin namentlich die elektrische Hoch- und Untergrundbahn zu besichtigen. Dies soll am heutigen Freitag geschehen. Die fremden Gäste finden sich zu dem Besuche um 9 Uhr vormittags am Untergrundbahnhofe „Potsdamer Platz“ ein und fahren eine Viertelstunde später nach dem Endbahnhofe „Potsdamer

Brücke, wofelbst die große Wagenhalle, die Werkstätten, der Stadtkanal über der Oberbaum-Brücke u. beschäftigt werden sollen.

Ein Jubiläum. Die Tendenz zum Großbetrieb, die unser Zeitalter kennzeichnet, ist wohl selten so augenfällig hervorgetreten, wie in einem Jubiläum, das die Schultzei-Bräuerei morgen begeht. Diese größte Brauerei Deutschlands hat im laufenden Geschäftsjahre nämlich zum erstenmal über eine Million Hektoliter Bier abgesetzt. Im vorigen Jahre betrug die Produktion 987 044 Hektoliter; da heute die Million erreicht ist, wird erwartet, daß bis zum 31. August, wo das Geschäftsjahr zu Ende geht, der Absatz gegen das vorige Jahr sich um 100 000 Hektoliter steigert. Der Schultzei-Bräuerei zunächst kommt im weiten Abstände die Münchener Löwenbräuerei mit 637 000 Hektoliter Jahresproduktion. Zur Feier des Tages will die Brauerei für ihre Angestellten und Arbeiter Sonnabends ein Fest veranstalten; außerdem sollen die Arbeiter, die zehn Jahre im Betriebe beschäftigt sind, einen ganzen Wochenlohn, die übrigen Arbeiter einen halben Wochenlohn besonders erhalten; eine Gabe, die die reiche Brauerei sich immerhin leisten kann. Es ist bekannt, daß zum Unterschied von vielen anderen im Felde der Schmarbächer geleiteten Großbetrieben das Verhältnis zwischen Unternehmern und Arbeitern in der Schultzei-Bräuerei sich seit dem Vierbockst von 1894 durchaus erträglich gestaltet hat. Das ist nicht zum wenigsten der sozialpolitischen Einsicht des vor Jahresfrist verstorbenen Direktors Richard Köpcke zu danken, der dafür vom König Stimm im Reichstage denn auch weidlich abgelangelt wurde.

Die wegen Asphaltierungsarbeiten in der Münz- und Weinmeisterstraße abgeleiteten Straßenbahnlinien werden von heute Freitag ab wieder ihren schiffsaunmigen Weg befahren. Die Münz- und Weinmeisterstraße werden auch für den städtischen Fußverkehr voraussichtlich am Sonntag im vollen Umfange freigegeben werden können.

Ueber das Vermögen des früheren Rechtsanwalts und Notars Merleker, zuletzt in der Leipzigerstr. 121 wohnhaft, jetzt unbekanntem Aufenthaltsort, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. Zum Verwalter der Masse wurde der Kaufmann Wöhme, Neue Köhler, 14, ernannt. Zur Befriedigung der Forderungen ist ein Termin auf den 15. November c. r., vormittags 11 Uhr, vor dem königlichen Amtsgericht I, Berlin, Abteilung 84, in der Klosterstraße anberaumt worden. — Wie wir bereits früher erwähnt, gilt Georg Merleker als ein Opfer des wegen verschiedener Straftaten flüchtig gewordenen „Millionenverben“ Alphonso Böhl; er hätte bald nach dessen Verschwinden Berlin verlassen und sich nach dem Auslande begeben, nachdem er zuvor seine Anwaltspraxis geordnet, seinen Socius zum Vertreter bestellt und sich auch noch vorschriftsmäßig abgemeldet hatte. Merleker, der inzwischen in der Anwaltsliste gelöscht worden ist, soll für Böhl Verpflichtungen von fast einer halben Million übernommen haben und ihm sonst bei seinen vielfachen Geldgeschäften behilflich gewesen sein. Ob sich die Strafbehörden auch mit dem „Fall Merleker“ zu beschäftigen haben werden, ist nicht bekannt.

Das Fahrstuhl-Unglück in der Potsdamerstraße, welches sich unter den Augen des Prinzen Friedrich Leopold abspielte, dürfte, wie uns von sachkundiger Seite mitgeteilt wird, zur Folge haben, daß man die elektrisch angetriebenen Fahrstühle künftig auch daraufhin prüft, ob sie mit „Thür-Kontakten“ (automatischen Schaltern) versehen sind. Es ist dies eine ganz einfache Einrichtung, die aber jedes derartige Unglück völlig ausschließt. Bei Personen-Aufzügen dieser Art geht die Stromleitung an den Türen entlang, welche die einzelnen Stagen gegen den Fallstuhl sicher abstellen. Die Türen sind mit Schnapper-Schlössern versehen; in geschlossenem Zustande drückt der Niegel gegen einen Kontaktpunkt, wodurch der Stromkreis geschlossen gehalten und der elektrische Betrieb ermöglicht wird. Sobald aber die Thür geöffnet und damit der Niegel aus seinem Lager entfernt ist, springt der Kontaktpunkt heraus, die elektrische Leitung ist unterbrochen, und der ganze Mechanismus kann nicht in Thätigkeit gesetzt werden, selbst wenn man die Steuerung danach einstellt würde. Es erhellt daraus, daß bei offener Thür der Fahrstuhl sich gar nicht bewegen kann, wie dies bei jenem beklagten Unglück geschehen ist.

Die sichere Existenz des deutschen Arbeiters. Die Rot hat den 30 Jahre alten Arbeiter Franz Reichhoff aus der Forststr. 3 in den Tod getrieben. Der lebige Mann war so schwächlich, daß er in der Arbeit nicht viel leisten konnte. So oft er auch Beschäftigung fand, stets mußte er nach einigen Tagen aufhören. Nach und nach geriet er in Schulden, aus denen er keinen Ausweg mehr sah, obwohl ihm seine Wirtin, eine Arbeiterfrau, nach Kräften unterstützte. Schwere Sorge machte es ihm auch, daß er die Steuern nicht bezahlen konnte. In der Verzweiflung griff er zum Strick und erhängte sich an der Thür seiner Kammer, als die Wirtin nicht zu Hause war.

Bei der Arbeit mit einem Spiritusplättchen um das Leben gekommen ist das 20 Jahre alte Hausmädchen Luise Gebraus aus der Köpcke-Str. 74. Es beging am vergangenen Sonnabend die Unvorsichtigkeit, aus einer Kanne Spiritus nachzugehen, bevor die Flamme erloschen war, und verbrannte sich bei der Explosion, die daraus entstand, am Gesicht, am Hals und an den Händen so schwer, daß es im Krankenhaus Verhauen starb.

Vom Schreck erschüttert. Der gestern um 8 Uhr vormittags die Station Eichwalde der Berlin-Görlitzer Eisenbahn passierende Schnellzug erlitt bei Eude 13 ein den dortigen Bahnübergang bei geschlossener Schranke passierendes Fuhrwerk. Dieses Gefährt bringt täglich die achtjährige Tochter des Inspektors Deroye vom Mittergute Schulzenhof nach der Station Eichwalde. Der Schnellzug zerstückelte den Wagen und tötete das Pferd. Der Fuhrer Franz Ruden wurde an den Weinen schwer verletzt. Das Kind erlitt harte Verletzungen an Gesicht und Händen. Mehrere Aerzte waren sofort zur Stelle. Die Verletzten wurden nach Anlegung von Notverbanden sofort mit dem nächsten Personenzuge nach dem Mittergute Schulzenhof befördert.

Im Anschluß an diese rein lokale Mitteilung geht und noch folgender Bericht zu: „Die hinter dem Bahnhof belegene Eude 13 liegt an einem nicht allzu stark von Fußgängerfrequenz frequentierten Uebergang. Die Schranken werden von einer Frau bedient. Diese hatte gestern wahrscheinlich ihre Uhr zu Hause gelassen. Das ist das einzige ihr zur Last fallende Verschulden. Jede andre Schuld trifft den Eisenbahnfiiskus. Die Frau, die in einem beamtenmännlichen Zustande der Trostlosigkeit nach dem Unglück herankam, hat von früh um 6 bis abends um 6 Uhr, also 12 Stunden, Dienst und bekommt dafür 1,20 M. Lohn. Dabei hat sie zwei Kinder, deren eines erst fünf Monate alt ist, und das sie im kritischen Moment des Unglücksfalles gerade beruhigte. Dabei muß sie das Läuten überhört haben, was ganz natürlich ist, wenn man jahrelang daselbe Geräusch jede Minute hört. Als sie das Kind ins Bett zurückwerfen wollte, da sie das Heranbrausen des Zuges hörte, war das Unglück geschehen. Die Frau war auf die paar Paar Verdienst angewiesen, da auch ihr Mann nicht gar zu reichlichen Lohn nach Hause bringt. Nun ist sie aus dem Dienst entlassen, sieht womöglich ihrer Bekleidung entgegen, und wenn verdankt sie das? Es sind noch mehr Uebergänge an der Görlitzer Bahn mit Frauen besetzt, weil der Betrieb nur ein zweigleisiger ist. Man spart ja dabei 50 Prozent an Gehältern! Daher steht auch im Staatshaushaltsbericht von 1903 die preußische Eisenbahn mit einem Ertrage von 485 Millionen verzeichnet. — Bis 24 Stunden vor der Niederkunft that die Frau Dienst, alles, um die 120 Pf. zu verdienen. Der Herr Minister sollte nur einige Stunden das durchmachen, was die arme Bahnwärterin jetzt leidet! Was wird aus ihren Kindern, wenn sie in Untersuchungshaft und ins Gefängnis kommt? Wo fragt sie und wie mit ihr.“

Am Entwurfung gehörten der 30 Jahre alte Arbeiter August Wandler aus Wilmersdorf, der dort auf einer Pflanze beschäftigt war und beim Verladen von Steinen vom Wagen fiel. Dem Verunglückten wurde das rechte Bein zertrümmert. Man brachte

ihn mit der Bahn nach dem Steinitz Bahnhof und von dort mit einem Koffspring Rettungswagen nach der königlichen Klinik. Hier wurde ihm das Bein abgenommen, aber er war trotzdem nicht mehr zu retten.

Verschwinden ist seit dem 23. April d. J. der bis dahin Weberstraße 10 wohnhaft gewesene Schraubendreher Adolf Wankenburg, 12. Mai 1860 in Finsterwalde geboren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ihm ein Unglück zugefallen ist. Der Vermisste ist 1,65 Meter groß, hat blondes Haar, freie Stirn, blonde Augenbrauen, blaue Augen, blonden Schnurrbart, mittlere Gestalt. Bekleidet war Wankenburg mit einem dunkelblauen Rock oder einem gleichfarbigen Jackett, einer hellblauen gestreiften Anzughose, brauner Leinwandweste und schwarzem weichen Filzhut. Wankenburg schließt mit dem rechten Auge und hat eine Narbe an der Spitze des Zeigefingers der linken Hand. Er hat sich zuletzt in Tempelhof aufgehalten. Um eventuelle Mitteilung zu 5228 IV./6. 04 ersucht das Polizeipräsidium.

Zum Tode Käfers schreibt die „Neue Vogell. Zeitung“ in Plauen, wo der Unglücksfall sich ereignete, folgendes: Käfer war der erkrankte Liebling der Plauener Sportfreunde, das konnte man auch gestern bemerken; denn die von uns anlässlich des Todes des Verunglückten ausgegebenen Extrablätter waren in ganz kurzer Zeit vergriffen. Abermals wollte sich Käfer in diesem Herbst von der Rennbahn zurückziehen und sein erpartes Vermögen einem andern Verufe dienstbar machen. Ein hanges Empfinden sagte dem Verstorbenen, daß ihm bei dem „Großen Preis von Plauen“ ein Unfall zustoßen würde, doch ließ es seine Verusche nicht zu, vom Start zurückzutreten. Leider sollte sich die Ahnung bestätigen; die Plauener Rennbahn wurde Käfers letztes Ehrenfeld. Der erfolgte Sturz hätte, wie Augenzeugen versichern, nicht zum Tode geführt. Der Verletzte wollte sich schon wieder von der Bahn erheben, als der von Schmidt geführte Motor, welcher dieselbe Linie wie der vorauffahrende Käfer einhielt, herangekam und mit seinem Windfänger die rechte Schläfe und den Nacken des Gefallenen einrückte. Knochen splitter drangen ins Gehirn ein und riefen die lange Bewußtlosigkeit des Verletzten hervor, aus der ihn ärztliche Kunst nicht wieder zu erwecken vermochte. Der ganze Unfall spielte sich mit außerordentlicher Schnelligkeit ab. Anstatt daß die Plauener Sportfreunde ihren Liebling am 4. September, wie erwartet im Dreihunden-Rennen auf der hiesigen Bahn begrüßen können, stehen sie tiefbetäubt an der Bahre des Toten. Sie werden ihm am Freitagvormittag 10 Uhr vom Stadt-Krankenhaus aus das Geleit zu seiner letzten Ruhestätte, die er auf dem hiesigen Friedhofe findet, geben.

Feuerbericht. Ueber ein Duzend Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden wieder zu verzeichnen. Bald nach Mitternacht wurde sie nach der kleinen Markstr. 28 gerufen, weil dort Licht und Regale in Brand geraten waren. Die Gefahr konnte leicht beseitigt werden. Betten, Kleidungsstücke, Decken u. ständen vorher in der Schönhauser Allee 9a in einer Wohnung in Flammen, während in der Potsdamerstr. 35 allerlei Gerümpel und Verpackungsmaterial brannte. Durch die Explosion einer Petroleumlampe war in der Kirchstr. 29 ein Feuer ausgebrochen, das im Ru Möbel und Wäsche ergriffen hatte, aber von der Wehr noch im Keime erstickt werden konnte. Nach der Weigenburgerstraße erfolgte nach ein Alarm, weil dort auf freiem Felde eine Laube in Flammen stand. In der Steintierstr. 4 hatte Leer und in der Liebenwalderstr. 4 alter Handart Feuer gefangen. In beiden Fällen konnte die Abkühlung in kurzer Zeit erfolgen. Im Hause Lindenstraße 40 war ein Gasrohr defekt geworden, so daß das Gas ausströmte und die Gefahr einer Explosion vorlag. Wehrmänner von der daneben liegenden Hauptfeuerwache beseitigten die Gefahr. Die übrigen Alarmierungen waren auf „blinden Lärm“ zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

Die Schönholzer Heide. Die Gastwirte aus den an der Schönholzer Heide belegenen Vororten wollen bei der Regierung einschreiten gegen die Zustände Einbruch erheben, in denen die Schönholzer Heide von der tiefen Wald für den Flus aufsteigenden Firma Borch u. Co. belassen wird. Schon vor sechs Monaten wurden die Straßen durchgeschlagen und noch immer liegen die gefällten Baumstämme über den Wegen, so daß die Passage behindert wird. Die Baumwurzeln sind überall ausgegraben, aber die entstandenen Löcher offen geblieben. Bei eintretender Dunkelheit ist es dadurch mit Lebensgefahr verbunden, den Wald zu passieren. Ungeachtet des für die Gastwirte so günstigen Sommers ist der Verkehr bei weitem geringer als im vorigen Jahre gewesen, was nicht wundernehmen kann, denn die Schönholzer Heide schreckt jetzt die Ausflügler ab. — Die Firma Borch u. Co. stellt sich auf den Standpunkt, daß der Wald vollständig für den Verkehr gesperrt werden könne.

In der Bierkne ertrunken. In einer mit Wasser gefüllten Bierkne ist am Dienstagabend in Potsdam der zweijährige Sohn Max des Redakteurs 24 wohnenden Arbeiters Karl Schmidt ertrunken. Das Kind wurde, nachdem man es einige Zeit vermisst hatte, von dem Vater in dem Stallgebäude, mit dem Kopf nach unten liegend, in einer dort stehenden halb gefüllten Bierkne tot aufgefunden. Es hatte im Stall mit jungen Hunden gespielt und die Tiere mit Wasser bespritzt, wobei es das Gleichgewicht verlor, kopfüber in die Lauge stürzte und ertrank. Das Unglück wird vor allen Dingen die Landbesitzer veranlassen, ihre Bassertonnen gut zugudecken.

Großfeuer in Steglitz. Ein großer Brand hat gestern abend gegen 1/11 Uhr die Einwohner von Steglitz erschreckt. Er hat mit der Dahlemer Katastrophe infolge Ähnlichkeit, als es sich wieder um ein isoliert gelegenes Grundstück handelt und auch wahrscheinlich wiederum Brandstiftung vorliegt. Das Feuer kam auf dem einem Maurermeister Meyer gehörenden Auktionsplatz an der Schildhornstraße aus und nahm, da es an unherliegendes Baumaterialien reichlich Nahrung fand, bald bedenkliche Dimensionen an. Erst nach circa zweistündiger Arbeit gelang es der Steglitzer freiwilligen Feuerwehr, der bald auch die Wehren von Friedenau, Schmargendorf und Wilmersdorf zu Hilfe kamen, das Feuer zu bewältigen. Große Mühe machte es, ein Uebergreifen des Brandes auf den benachbarten Lagerplatz des Seilermeisters Hoppe zu verhindern, doch konnte man auch hierfür gegen zwölf Uhr die Gefahr für beseitigt halten. Der Brand hat unter der Steglitzer Bevölkerung große Erregung hervorgerufen, da man vermutet, es handle sich vielleicht um eine Bande, die systematisch die Brandstiftung an einsamen Gehöften betreibt.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter (V. S. 25, Hamburg). Filiale Berlin 4. Sonnabend, den 20. d. M., abends 9 Uhr, bei Veronika, Andreasstraße 26, Mitgliederversammlung. Berliner Tanzlehrer-Verein. Freitagabend 9 Uhr bei Feuerstein, Alle Kalchstraße 75, Übungsstunde. Meinstädter- und Hingebend. Sonnabendabend 6 Uhr im Lokale der Wehr. Leber (Schützenhaus): Dessentliche Versammlung der Krankenkassen-Mitglieder. Jahrestages Ereignissen erwartet der Einberuf.

Vermischtes.

Die Feuersbrunst bei Primsenan. Von der Brandstätte giebt der Breslauer General-Anzeiger folgende Schilderung: Einen furchtbaren Eindruck macht der heimgekehrte Wald. In düsterer Trauer ragen die verkohlten, ästeleeren Stämme gen Himmel, weilenweit eine Stille summer Trostlosigkeit hissend. Nur bellommenen Herzens vermag der Wanderer diese starren, leblosen und kahlen Baumstämme zu durchschreiten, die auf dem schwarzen, mit verkohltem Gezweig bedeckten Moosboden wie auf einem schwarzen Teppich zu stehen scheinen, der das Unheimliche dieses Waldesdüsterns noch erhöht. Während war, die Angst und den Schreden des Haarwildes mit anzusehen, das sich in verzweifelter

Anstrengungen vor dem unerbittlichsten aller Verfolger, den züngelnden, knisternden, lösenden Flammen zu retten versuchte. In herzzerreißenden Tönen sagend, taunten ganze Rudel von Hirschen und Rehen an den Wildgattern entlang, vergeblich nach einem Ausweg suchend. Und der Schrecken des nahen Todes bracht es fertig, daß die sonst so menschenähnlichen Tiere mutig über die Köpfe der Wämannschaften hinwegsprangen, um sich ins Freie zu retten, dem todbringenden Qualm zu entziehen. Leider ist auch der große Bestand an Rudthirschen, die Herzog Ernst Günther aus Rußland importiert hatte, der Feuersbrunst zum Opfer gefallen. Nur zwei Exemplare konnten sich retten. Heute morgen sah ich ein erschöpftes Reh sich mit Aufgebot seiner letzten Kräfte aus dem Walde schleppen, hinterdrein hinkte ein Häslein, dem ein Hinterlauf total verbrannt war. Alles Lebendige ist in den Waldtrümmern ausgehört, kein Käfergequäm, kein Vogelgeschatter oder Gezwitscher läßt sich mehr hören. Meilenweit Totenstille, nur stellenweise unterbrochen von dem Knistern noch glimmenden Holzes oder den Tritten der patrouillierenden Militär- und Arbeiterkolonnen, die im Walde den Sickerheilsdienst versehen. Leider hat die Katastrophe auch ein Menschenleben vernichtet. In Woltersdorf wurde heute morgen ein alter Mann, der Waldarbeiter Art, anscheinend von dem niedergedrückten Rauch erstickt, tot aufgefunden. Ein Auenfeld bildet das ausgebrannte Dorf Neubornwerf: nackte Mauern, umgeben von chaotischem Brandschutt. Von Gab und Gut der Bewohner konnte nur wenig geborgen werden; nur der größte Teil des Viehs ist durch Zusammenreiben auf die großen Lichtungen in der Umgebung des Dorfes gerettet worden. Die vom Feuer vernichteten Tiere sehen schrecklich aus: aufgedunsen, zerfetzt, mit aus dem Leibe getretenen Därmen liegen sie halb verkohlt da.

Der Traum des Jaren. Durch einen allen Abonnenten aus Rußland-Polen erzählt der „Gesellige“ von einem eigenartigen Traum des Jaren, der dort — natürlich im „geheimen“ — viel folpertiert wird. Dem Jaren träumte, er sehe drei Kühe: eine fette, eine magere und eine blinde. Kerwös und auch abergläubisch, wie der Jar sein soll, ließ er nach dem Erwachen — gerade wie zu Josephs Zeiten — im Lande nach einem Traumberater suchen, welcher auch bald ermittelt wurde und den Traum folgendermaßen auslegte: „Die fette Kuh, o Jar, ist Deine Intendantur, die magere Deine Armee und die blinde Kuh bist Du, großer Jar, selbst.“ — Es ist nicht gesagt worden, ob der Traumberater dafür zu reichlich belohnt wurde wie Joseph in Ägypten, oder ob er, was in Rußland das Wahrscheinlichere ist, nach Sibirien geschickt wurde.

Schiffszusammenstoß. Aus Petersburg wird berichtet: Im Seeanal erfolgte Mittwoch ein Zusammenstoß zwischen dem deutschen Dampfer „Diana“ und dem norwegischen Dampfer „Dana“; letzterer sank an einer 10 Fuß tiefen Stelle. „Diana“, die ebenfalls beschädigt wurde, brachte die Mannschaft des gesunkenen Dampfers hierher.

Feuersbrunst. Groß-Schlatten (Siebenbürgen), 18. August. Die 11 Kilometer von hier entfernte Ortschaft Zapanalja ist heute gänzlich niedergebrannt. Der Schaden übersteigt 1/2, Millionen Kronen.

Eine Straßenbahnkatastrophe hat sich gestern in Chicago ereignet. Zwischen einem Personenzuge und einem Wagen der elektrischen Straßenbahn, der mit Fahrgästen zu dem Pferdebahnhof abfuhr, fand ein Zusammenstoß statt. 8 Personen wurden getötet, 16 verletzt.

Ein schwerer Unwetter wird aus Magensfurt berichtet: Ueber Moline im Heimstal ging ein jähzähbares Gewitter nieder. Durch den Wind wurden verschiedene Gebäude vernichtet und 5 Personen getötet. In den Regelsbergen verursachte ein schreckliches Unwetter großen Schaden, wobei ebenfalls mehrere Menschen getötet wurden. Bei Raiborget hat eine Wasserkatastrophe die Bahn an vier Stellen beschädigt. Ein Personenzug steht zwischen zwei Abrutschstellen.

Frankfurt a. M. In Soest ist der Frankfurter Maler Peter Decker vorige Nacht an einer Lungenentzündung gestorben.

Brände. Die Frankfurter Zeitung meldet aus Herborn: Hier ist abermals ein großer Brand ausgebrochen. Ein Stadtteil steht in Flammen. — Das Dorf Schweppendhausen bei Kreuznach steht seit heute vormittag 5 Uhr in Flammen. Eine Anzahl Gehöfte ist bereits eingeebnet. — Das Dorf Liebhas (Bezirk Bayreuth) ist vorige Nacht vollständig niedergebrannt. Nur die Schule und ein Wirtshaus blieben erhalten. — Lipppringe, 18. August. Im benachbarten lippschen Dorfe Schlangen sind 60 Gebäude abgebrannt, das Feuer ist noch nicht lokalisiert, viel Vieh verbrannt, ein Kind wird vermisst. Die Ursache des Feuers ist unbekannt. Sturm und Wassermangel trugen zum Umsichgreifen des Feuers bei.

Ein ungetreuer Beamter. Hanau. Unter dem Verdachte, zahlreiche zu bestellende Einschreibebriefe unterschlagen und daraus Wertpapiere in hohem Betrage entwendet zu haben, wurde der Briefträger Bernhard Schmidt in Untersuchungshaft genommen. Gleichzeitig wurde seine Schwester verhaftet, durch deren Vermittlung er die Wertpapiere in auswärtigen Städten absche.

Paris. In Brissou hat gestern eine Feuersbrunst 55 Häuser eingeebnet. Schaden ist enorm.

Judenverfolgungen. Petersburg. Neue antijüdische Ausschreitungen haben gestern stattgefunden, und zwar in Ditrow. Die Ausschreitungen dauerten mehrere Stunden. Zahlreiche Häuser der Juden wurden demoliert und die Bewohner thätlich angegriffen. Ein Jude ist heute seinen Verletzungen erlegen, 22 andre sind mehr oder minder schwer verletzt.

Schiffsunfall. London. Das Schiff „Weston“ ist heute mit einem holländischen Schiffe zusammengestoßen. Letzteres sank sofort. Die neun Mann starke Besatzung ist ertrunken. Auch das englische Schiff erlitt harte Havarien.

Militär-Revolte. Rom. Das 44. Infanterie-Regiment, welches in Biervo in Garnison liegt, hat revoltiert. Nach einem längeren beschwerlichen Marsche verlangten die Soldaten Vergeben der Nationen. Sie warfen ihre Waffen weg und lehnten sich gegen ihre Vorgesetzten auf. Eine große Anzahl wurde verhaftet.

Marktpreise von Berlin am 17. August. Nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums. Für 1 Doppel-Centner: Weizen**, gute Sorte 17,70—17,96 M., mittel 17,62—17,53 M., geringe 17,54—17,50 M. Roggen**, gute Sorte 13,90—13,79 M., mittel 13,78—13,77 M., geringe 13,76—13,75 M. Futtergerste**, gute Sorte 14,00—14,00 M., mittel 14,00 bis 13,90 M., geringe 13,20—12,70 M. Hafer**, gute Sorte 16,30—15,60 M., mittel 15,50—14,80 M., geringe 14,70—14,00 M. Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00—28,00 M. Speldebohnen, weiße 50,00—28,00 M. Bohnen 60,00—25,00 M. Kartoffeln, neue, 12,00—8,00 M. Rübölroh 5,00—4,32 M. Hen 8,70—6,40 M. Für 1 Kilogramm Butter 2,60—2,60 M. Eier per Schock 4,00—2,40 M. *) Frei Wagen und ab Bahn. **) ab Bahn.

Wasserstand am 17. August. Elbe bei Maggig — 0,92 Meter, bei Dresden — 2,27 Meter, bei Magdeburg — 0,02 Meter. — Unstrut bei Straßfurt + 0,65 Meter. — Oder bei Raibor + 0,41 Meter, bei Breslau Ober-Regel + 4,10 Meter, bei Breslau Unter-Regel — 1,92 Meter, bei Frankfurt + 0,67 Meter. — Bei Havel bei Brahmünde + 1,62 Meter. — Saale bei Posen — 0,28 Meter. — Rye bei Hg 0,27 Meter.

Witterungsbericht vom 18. August 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hoch man	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer hoch man	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. n. G. in G. = F. R.	
Zwinnende	759	SW	3	Regen	13	Saparanda	755	W	2	wolkig	13
Hamburg	752	SW	3	bedeckt	17	Petersburg	754	W	1	bedeckt	13
Berlin	753	SW	3	bedeckt	17	Essl	—	—	—	—	—
Frankf. a. M.	758	SW	3	bedeckt	18	Überden	757	SW	3	bedeckt	11
München	759	SW	3	bedeckt	18	Paris	761	SW	3	bedeckt	16
Wien	756	SW	3	bedeckt	21						

Weiter-Prognose für Freitag, den 19. August 1901. Etwas kühler, zeitweise heiter, vormorgens wolkig mit schwachen Regenschauern und mäßigen westlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

